Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9078**

16. Wahlperiode 07. 04. 2008

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 und zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 (Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen 2004)

A. Problem und Ziel

Durch das Gesetzesvorhaben soll im Geltungsbereich des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens eine international harmonisierte Verbesserung des haftungsrechtlichen Schutzes geschaffen werden.

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlich sind, um die folgenden Protokolle zu ratifizieren:

– das Protokoll vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 und

– das Protokoll vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982.

Neben diesem Vertragsgesetz bedarf es ferner eines hiervon getrennten Umsetzungsgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Durch die im Änderungsprotokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen vorgesehene Anhebung der Summen für staatliche Ersatzleistungen könnten dem Bund im Schadensfalle zusätzliche Kosten entstehen, deren Höhe – in dem von dem Übereinkommen festgesetzten Rahmen – vom Ausmaß des nuklearen Schadens abhängt.

E. Sonstige Kosten

Die im Änderungsprotokoll zum Pariser Übereinkommen vorgesehenen neuen Mindesthaftungs- und Mindestdeckungssummen bei der Beförderung von Kernmaterialien (80 Millionen Euro) und für Anlagen mit geringem Risiko (70 Millionen Euro) könnten zu einer Anhebung von Versicherungsprämien führen, woraus Anlageninhabern und Beförderungsunternehmen höhere Kosten entstünden, die jedoch nicht bezifferbar sind.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Für Wirtschaft, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger werden keine Informationspflichten geändert, neu eingeführt oder aufgehoben.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 7. Mai 2008

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 und zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982
> (Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen 2004)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Abs. 1 NKRG ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Bundesrat hat in seiner 843. Sitzung am 25. April 2008 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage 1

Entwurf

Gesetz zu den Protokollen vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 und zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982

(Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen 2004)

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Paris am 12. Februar 2004 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokollen wird zugestimmt:

1. Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (BGBl. 1976 II S. 310, 311) und des Protokolls vom 16. November 1982 (BGBl. 1985 II S. 690, 691)

   – Protokoll 2004 zum Pariser Übereinkommen,

2. Protokoll zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (BGBl. 1976 II S. 310, 318) und des Protokolls vom 16. November 1982 (BGBl. 1985 II S. 690, 698)

   – Protokoll 2004 zum Brüsseler Zusatzübereinkommen.

Die Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Protokoll zum Pariser Übereinkommen nach seinem Abschnitt II Abs. e in Verbindung mit Artikel 20 des Pariser Übereinkommens und das Protokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen nach seinem Abschnitt II Abs. e in Verbindung mit Artikel 21 des Brüsseler Zusatzübereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

(3) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit kann das Pariser Übereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 sowie das Brüsseler Zusatzübereinkommen zum Pariser Übereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 jeweils in der durch die Protokolle vom 12. Februar 2004 geänderten Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Der Entwurf sieht die nach dem Grundgesetz erforderliche Zustimmung des Gesetzgebers zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen vom 12. Februar 2004 vor.

Diese Protokolle ändern das Pariser Übereinkommen und das Brüsseler Zusatzübereinkommen; beide Übereinkommen waren zuletzt jeweils durch die Protokolle vom 16. November 1982 geändert worden.

Das Pariser Übereinkommen, mit dem eine multilaterale Grundlage für eine zivilrechtliche Haftung des Inhabers einer Kernanlage für nukleare Schäden geschaffen wurde, ist für die Bundesrepublik Deutschland am 30. September 1975 in Kraft getreten. Vertragsparteien sind außerdem Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Slowenien, Spanien, die Türkei und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

Ergänzt wird das Pariser Übereinkommen durch das Brüsseler Zusatzübereinkommen, das im Falle eines nuklearen Schadens über die Ersatzleistungen hinaus, die nach dem Pariser Übereinkommen vom haftpflichtigen Inhaber der Kernanlage zu erbringen sind, die Verfügbarkeit weiterer Entschädigungsmittel gewährleistet. Das Brüsseler Zusatzübereinkommen ist für die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1976 in Kraft getreten. Vertragsparteien sind außerdem Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Slowenien, Spanien und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

Durch die Änderung des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens wird der Opferschutz verbessert. Die wesentlichen Neuregelungen sind:

Im Pariser Übereinkommen werden die Haftungshöchstsummen des Inhabers einer Kernanlage von 15 Millionen Sonderziehungsrechten (SZR) bzw. 150 Millionen SZR nach einer Empfehlung des Direktionsausschusses der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im Folgenden: Direktionsausschuss) von 1990 auf einen Mindestbetrag von 700 Millionen Euro erhöht. Die Mindesthaftung des Inhabers in Höhe von bisher 5 Millionen SZR wird für die Beförderung nuklearen Materials auf 80 Millionen Euro und für Anlagen mit geringem Risiko auf 70 Millionen Euro angehoben. Weitere wichtige Änderungen sind die Einführung einer Definition des Begriffs „nuklearer Schaden“, verbunden mit einer materiellen Ausweitung des Begriffsinhalts, sowie die Erweiterung des territorialen Anwendungsbereichs des Übereinkommens.

Im Brüsseler Zusatzübereinkommen werden die Höchstsummen garantierter Ersatzleistung von bisher 300 Millionen SZR auf 1 500 Millionen Euro angehoben.

Die Erhöhung der Entschädigungssummen bedeutet – angesichts immer noch relativ niedriger Haftungshöchstgrenzen in einigen Vertragsstaaten – eine erhebliche Verbesserung des Nuklearhaftungsniveaus auf internationaler Ebene.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf die Protokolle zur Änderung des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens wird Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes angewendet, da sich die Protokolle, soweit sie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften fallen, auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist jeweils der Zeitpunkt, zu dem das Protokoll zum Pariser Übereinkommen nach seinem Abschnitt II Abs. e in Verbindung mit Artikel 20 des Pariser Übereinkommens und das Protokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkom-

men nach seinem Abschnitt II Abs. e in Verbindung mit Artikel 21 des Brüsseler Zusatzübereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Absatz 3 enthält eine Ermächtigung für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Bekanntmachung des Pariser Übereinkommens in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 sowie des Brüsseler Zusatzübereinkommens in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 jeweils in der durch die Protokolle vom 12. Februar 2004 geänderten Fassung, um die Lesbarkeit dieser Übereinkommen zu erleichtern.

Schlussbemerkung

Kosten der öffentlichen Haushalte

Die im Änderungsprotokoll zum Pariser Übereinkommen vorgesehene Erhöhung der Haftung des Inhabers einer Kernanlage auf einen Mindestbetrag von 700 Millionen Euro hat zur Folge, dass deutsche Opfer künftig höhere Schadenssummen vom Anlageninhaber eines anderen Vertragsstaates im Falle eines dort eingetretenen nuklearen Ereignisses erhalten. Bundesmittel aufgrund des § 38 Abs. 1 des Atomgesetzes (Ausgleich durch den Bund) werden daher zu einem geringeren Teil oder gar nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Durch die im Änderungsprotokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen vorgesehene Erhöhung der garantierten Ersatzleistung von bisher 300 Millionen SZR auf 1 500 Millionen Euro können für den Bund zusätzliche Kosten entstehen, soweit die dritte Tranche i. H. v. 300 Millionen Euro (bisher 125 Millionen SZR) betroffen ist (1 SZR = 1,077 Euro; Stand: 5. Februar 2008). Diese Summe ist von den Vertragsparteien aus öffentlichen Mitteln nach einem bestimmen Verteilungsschlüssel gemeinsam aufzubringen. Das Geld wird nicht im Voraus in einen Fonds eingezahlt, sondern erst im Schadensfall abgerufen.

Die zweite Tranche i. H. v. 500 Millionen Euro (bisher 175 Millionen SZR) ist von der Vertragspartei bereitzustellen, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers liegt, und zwar nach dem Wortlaut des Übereinkommens ebenfalls durch öffentliche Mittel. Allerdings haben sich die Vertragsparteien darauf geeinigt, dass die Vertragsstaaten, in denen die Haftung des Anlageninhabers über der Referenzsumme von 700 Millionen Euro liegt oder unbegrenzt ist, diese privaten Mittel zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nutzen können (vgl. Artikel 9 Abs. c des Brüsseler Zusatzübereinkommens). Da der Inhaber einer Kernanlage nach dem Atomgesetz unbegrenzt haftet, wird für die zweite Tranche vorrangig auf private Mittel zurückgegriffen werden, bevor öffentliche Mittel eingesetzt werden.

Die erste Tranche i. H. v. 700 Millionen Euro (bisher mindestens 5 Millionen SZR) wird grundsätzlich vom Anlageninhaber bereitgestellt und entspricht der Referenzsumme nach dem Pariser Übereinkommen.

Bürokratiekosten

Für Wirtschaft, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger werden keine Informationspflichten geändert, neu eingeführt oder aufgehoben.

Sonstige Kosten

Dadurch, dass die Haftung des Inhabers einer Kernanlage auf einen Mindestbetrag von 700 Millionen Euro angehoben und der territoriale Anwendungsbereich des Pariser Übereinkommens erweitert wird, entstehen für die inländische Wirtschaft keine Kosten. Nach dem Atomgesetz haftet der Inhaber einer Kernanlage bereits heute ohne Begrenzung der Summe und des territorialen Anwendungsbereichs.

Im Änderungsprotokoll zum Pariser Übereinkommen sind für die Beförderung von Kernmaterialien (80 Millionen Euro) und für Anlagen mit geringem Risiko (70 Millionen Euro) Mindestsummen für die Deckungsvorsorge festgesetzt, die teilweise über das geltende deutsche Recht hinausgehen. Dies könnte eventuell zu einer Anhebung von Versicherungsprämien führen, woraus Anlageninhabern und Beförderungsunternehmen höhere Kosten entstünden, die jedoch nicht bezifferbar sind.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982

Protocol to amend the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982

Protocole portant modification de la Convention du 29 juillet 1960 sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Spanien, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Hellenischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Republik Slowenien, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Türkei –

in der Erwägung, dass es wünschenswert ist, das im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, am 29. Juli 1960 in Paris geschlossene Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des am 28. Januar 1964 in Paris unterzeichneten Zusatzprotokolls und des am 16. November 1982 in Paris unterzeichneten Protokolls zu ändern –

sind wie folgt übereingekommen:

I.

Das Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 wird wie folgt geändert:

A. Artikel 1 Absatz (a) (i) und (ii) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

The Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the Kingdom of Spain, the Republic of Finland, the French Republic, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the Portuguese Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Republic of Slovenia, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation and the Republic of Turkey;

Considering that it is desirable to amend the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded at Paris on 29 July 1960 within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development, as amended by the Additional Protocol signed at Paris on 28 January 1964 and by the Protocol signed at Paris on 16 November 1982;

Have agreed as follows:

I.

The Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982, shall be amended as follows:

A. Sub-paragraphs (i) and (ii) of paragraph (a) of Article 1 shall be replaced by the following text:

Les Gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, du Royaume de l'Espagne, de la République de Finlande, de la République Française, de la République Hellénique, de la République Italienne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de la République de Slovénie, du Royaume de Suède, de la Confédération Suisse et de la République de Turquie;

considérant qu'il est souhaitable de modifier la Convention sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire, conclue à Paris le 29 juillet 1960 dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Économique, devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques, amendée par le Protocole Additionnel signé à Paris le 28 janvier 1964 et par le Protocole signé à Paris le 16 novembre 1982;

sont convenus de ce qui suit:

I.

La Convention sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire du 29 juillet 1960, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982, est modifiée comme suit:

A. Les alinéas (i) et (ii) du paragraphe (a) de l'article 1 sont remplacés par le texte suivant:

(i) „nukleares Ereignis“ jedes einen nuklearen Schaden verursachende Geschehnis oder jede Reihe solcher aufeinander folgender Geschehnisse desselben Ursprungs;

(ii) „Kernanlage“ Reaktoren, ausgenommen solche, die Teil eines Beförderungsmittels sind; Fabriken für die Erzeugung oder Bearbeitung von Kernmaterialien; Fabriken zur Trennung der Isotope von Kernbrennstoffen; Fabriken für die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe; Einrichtungen für die Lagerung von Kernmaterialien, ausgenommen die Lagerung solcher Materialien während der Beförderung; Anlagen zur Entsorgung von Kernmaterialien; alle Reaktoren, Fabriken, Einrichtungen oder Anlagen, die außer Betrieb genommen werden, sowie sonstige Anlagen, in denen sich Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle befinden und die vom Direktionsausschuss für Kernenergie der Organisation (im Folgenden „Direktionsausschuss“ genannt) jeweils bestimmt werden; jede Vertragspartei kann bestimmen, dass zwei oder mehr Kernanlagen eines einzigen Inhabers, die sich auf demselben Gelände befinden, zusammen mit anderen Anlagen auf diesem Gelände, in denen sich Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle befinden, als eine einzige Kernanlage behandelt werden;

i) “A nuclear incident” means any occurrence or series of occurrences having the same origin which causes nuclear damage.

ii) “Nuclear installation” means reactors other than those comprised in any means of transport; factories for the manufacture or processing of nuclear substances; factories for the separation of isotopes of nuclear fuel; factories for the reprocessing of irradiated nuclear fuel; facilities for the storage of nuclear substances other than storage incidental to the carriage of such substances; installations for the disposal of nuclear substances; any such reactor, factory, facility or installation that is in the course of being decommissioned; and such other installations in which there are nuclear fuel or radioactive products or waste as the Steering Committee for Nuclear Energy of the Organisation (hereinafter referred to as the “Steering Committee”) shall from time to time determine; any Contracting Party may determine that two or more nuclear installations of one operator which are located on the same site shall, together with any other premises on that site where nuclear fuel or radioactive products or waste are held, be treated as a single nuclear installation.

i) «Un accident nucléaire» signifie tout fait ou succession de faits de même origine ayant causé des dommages nucléaires.

ii) «Installation nucléaire» signifie les réacteurs à l’exception de ceux qui font partie d’un moyen de transport; les usines de préparation ou de fabrication de substances nucléaires; les usines de séparation des isotopes de combustibles nucléaires; les usines de traitement de combustibles nucléaires irradiés; les installations d’entreposage de substances nucléaires à l’exclusion de l’entreposage de ces substances en cours de transport; les installations destinées au stockage définitif de substances nucléaires; y compris de tels réacteurs, usines et installations qui sont en cours de déclassement; ainsi que toute autre installation dans laquelle des combustibles nucléaires ou des produits ou des déchets radioactifs sont détenus et qui serait désignée par le Comité de Direction de l’Énergie Nucléaire de l’Organisation (appelé ci-après le «Comité de Direction»); toute Partie Contractante peut décider que seront considérées comme une installation nucléaire unique, plusieurs installations nucléaires ayant le même exploitant et se trouvant sur le même site, ainsi que toute autre installation sur ce site où sont détenus des combustibles nucléaires ou des produits ou déchets radioactifs.

B. Artikel 1 Absatz (a) werden vier neue Ziffern (vii), (viii), (ix) und (x) angefügt, und zwar wie folgt:

(vii) „nuklearer Schaden“

1. Tötung oder Verletzung eines Menschen;
2. Verlust von oder Schaden an Vermögenswerten

sowie folgender Schaden in dem durch das Recht des zuständigen Gerichts festgelegten Ausmaß:

3. wirtschaftlicher Verlust auf Grund des unter Nummer 1 oder 2 aufgeführten Verlusts oder Schadens, soweit er unter diesen Nummern nicht erfasst ist, wenn davon jemand betroffen ist, der hinsichtlich eines solchen Verlusts oder Schadens anspruchsberechtigt ist;
4. die Kosten von Maßnahmen zur Wiederherstellung geschädigter Umwelt, sofern diese Schädigung nicht unbeträchtlich ist, wenn solche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden oder ergriffen werden sollen, und soweit diese Kosten nicht durch Nummer 2 erfasst werden;

B. Four new sub-paragraphs (vii), (viii), (ix) and (x), shall be added to paragraph (a) of Article 1 as follows:

vii) “Nuclear damage” means,

1. loss of life or personal injury;
2. loss of or damage to property;

and each of the following to the extent determined by the law of the competent court,

3. economic loss arising from loss or damage referred to in sub-paragraph 1 or 2 above insofar as not included in those sub-paragraphs, if incurred by a person entitled to claim in respect of such loss or damage;
4. the costs of measures of reinstatement of impaired environment, unless such impairment is insignificant, if such measures are actually taken or to be taken, and insofar as not included in sub-paragraph 2 above;

B. Quatre nouveaux alinéas (vii), (viii), (ix) et (x) sont ajoutés au paragraphe (a) de l’article 1, comme suit:

vii) «Dommage nucléaire» signifie:

1. tout décès ou dommage aux personnes;
2. toute perte de biens ou tout dommage aux biens;

et, pour chacune des catégories suivantes dans la mesure déterminée par le droit du tribunal compétent,

3. tout dommage immatériel résultant d’une perte ou d’un dommage visé aux sous-alinéas 1 ou 2 ci-dessus, pour autant qu’il ne soit pas inclus dans ces alinéas, s’il est subi par une personne qui est fondée à demander réparation de cette perte ou de ce dommage;
4. le coût des mesures de restauration d’un environnement dégradé, sauf si la dégradation est insignifiante, si de telles mesures sont effectivement prises ou doivent l’être, et pour autant que ce coût ne soit pas inclus dans le sous-alinéa 2 ci-dessus;

5. Einkommensverlust aus einem unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse an der Nutzung oder dem Genuss der Umwelt, der infolge einer beträchtlichen Umweltschädigung eingetreten ist, soweit dieser Einkommensverlust nicht durch Nummer 2 erfasst wird;

6. die Kosten von Vorsorgemaßnahmen und anderer Verlust oder Schaden infolge solcher Maßnahmen,

und zwar hinsichtlich der Nummern 1 bis 5 in dem Ausmaß, in dem der Verlust oder Schaden von ionisierender Strahlung herrührt oder sich daraus ergibt, die von einer Strahlenquelle innerhalb einer Kernanlage oder von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen in einer Kernanlage oder von Kernmaterialien, die von einer Kernanlage kommen, dort ihren Ursprung haben oder an sie gesandt werden, ausgeht, unabhängig davon, ob der Verlust oder Schaden von den radioaktiven Eigenschaften solcher Materialien oder einer Verbindung der radioaktiven Eigenschaften mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften des betreffenden Materials herrührt;

(viii) „Maßnahmen zur Wiederherstellung" angemessene Maßnahmen, die von den zuständigen Behörden des Staates genehmigt wurden, in dem sie ergriffen wurden, und die auf eine Wiederherstellung oder Erneuerung geschädigter oder zerstörter Teile der Umwelt, oder, sofern angemessen, auf ein Einbringen eines entsprechenden Ersatzes dieser Teile der Umwelt gerichtet sind. Die Gesetzgebung des Staates, in dem der Schaden eingetreten ist, legt fest, wer befugt ist, solche Maßnahmen zu ergreifen;

(ix) „Vorsorgemaßnahmen" angemessene Maßnahmen, die von jemandem nach einem nuklearen Ereignis oder einem Geschehnis, das zu einer ernsten und unmittelbaren Gefahr eines nuklearen Schadens führt, ergriffen werden, um nuklearen Schaden im Sinne des Absatzes (a) (vii) Nummern 1 bis 5 zu verhindern oder auf ein Mindestmaß zu beschränken, vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Behörden, wie es das Recht des Staates, in dem die Maßnahmen ergriffen wurden, vorsieht;

(x) „angemessene Maßnahmen" solche Maßnahmen, die nach dem Recht des zuständigen Gerichts als geeignet und verhältnismäßig gelten, wobei alle Umstände berücksichtigt werden, wie beispielsweise

1. Art und Umfang des eingetretenen nuklearen Schadens oder, im Fall von Vorsorgemaßnahmen, Art und Ausmaß des Schadensrisikos;

5. loss of income deriving from a direct economic interest in any use or enjoyment of the environment, incurred as a result of a significant impairment of that environment, and insofar as not included in sub-paragraph 2 above;

6. the costs of preventive measures, and further loss or damage caused by such measures,

in the case of sub-paragraphs 1 to 5 above, to the extent that the loss or damage arises out of or results from ionising radiation emitted by any source of radiation inside a nuclear installation, or emitted from nuclear fuel or radioactive products or waste in, or of nuclear substances coming from, originating in, or sent to, a nuclear installation, whether so arising from the radioactive properties of such matter, or from a combination of radioactive properties with toxic, explosive or other hazardous properties of such matter.

viii) "Measures of reinstatement" means any reasonable measures which have been approved by the competent authorities of the State where the measures were taken, and which aim to reinstate or restore damaged or destroyed components of the environment, or to introduce, where reasonable, the equivalent of these components into the environment. The legislation of the State where the nuclear damage is suffered shall determine who is entitled to take such measures.

ix) "Preventive measures" means any reasonable measures taken by any person after a nuclear incident or an event creating a grave and imminent threat of nuclear damage has occurred, to prevent or minimise nuclear damage referred to in sub-paragraphs (a)(vii) 1 to 5, subject to any approval of the competent authorities required by the law of the State where the measures were taken.

x) "Reasonable measures" means measures which are found under the law of the competent court to be appropriate and proportionate, having regard to all the circumstances, for example:

1. the nature and extent of the nuclear damage incurred or, in the case of preventive measures, the nature and extent of the risk of such damage;

5. tout manque à gagner directement en relation avec une utilisation ou une jouissance quelconque de l'environnement qui résulte d'une dégradation importante de cet environnement, et pour autant que ce manque à gagner ne soit pas inclus dans le sous-alinéa 2 ci-dessus;

6. le coût des mesures de sauvegarde et toute autre perte ou tout autre dommage causé par de telles mesures,

s'agissant des sous-alinéas 1 à 5 ci-dessus, dans la mesure où la perte ou le dommage découle ou résulte des rayonnements ionisants émis par toute source de rayonnements se trouvant à l'intérieur d'une installation nucléaire, ou émis par des combustibles nucléaires ou des produits ou déchets radioactifs se trouvant dans une installation nucléaire, ou de substances nucléaires qui proviennent d'une installation nucléaire, en émanent ou y sont envoyées, que la perte ou le dommage résulte des propriétés radioactives de ces matières ou d'une combinaison de ces propriétés et des propriétés toxiques, explosives ou autres propriétés dangereuses de ces matières.

viii) «Mesures de restauration» signifie toutes mesures raisonnables qui ont été approuvées par les autorités compétentes de l'État où les mesures sont prises et qui visent à restaurer ou à rétablir des éléments endommagés ou détruits de l'environnement, ou à introduire, lorsque cela est raisonnable, l'équivalent de ces éléments dans l'environnement. La législation de l'État où le dommage nucléaire est subi détermine qui est habilité à prendre de telles mesures.

ix) «Mesures de sauvegarde» signifie toutes mesures raisonnables prises par quiconque, après qu'est survenu un accident nucléaire ou un événement créant une menace grave et imminente de dommage nucléaire pour prévenir ou réduire au minimum les dommages nucléaires mentionnés aux sous-alinéas (a)(vii) 1 à 5, sous réserve de l'approbation des autorités compétentes si celle-ci est requise par la législation de l'État où les mesures sont prises.

x) «Mesures raisonnables» signifie toutes mesures qui sont considérées comme appropriées et proportionnées par le droit du tribunal compétent eu égard à toutes les circonstances, par exemple:

1. la nature et l'ampleur du dommage nucléaire subi ou, dans le cas des mesures de sauvegarde, la nature et l'ampleur du risque d'un tel dommage;

2. die im Zeitpunkt der Ergreifung solcher Maßnahmen bestehende Erfolgsaussicht und
3. das zweckdienliche wissenschaftliche und technische Fachwissen.

C. Artikel 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Dieses Übereinkommen gilt für nuklearen Schaden, der eintritt im Hoheitsgebiet oder in nach dem Völkerrecht festgelegten Meereszonen

(i) einer Vertragspartei;

(ii) eines Nichtvertragsstaats, der im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses Vertragspartei des Wiener Übereinkommens vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden sowie der für diese Vertragspartei in Kraft befindlichen Änderungen und des Gemeinsamen Protokolls vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens ist, vorausgesetzt jedoch, dass die Vertragspartei des Pariser Übereinkommens, in deren Hoheitsgebiet die Anlage des haftenden Inhabers gelegen ist, eine Vertragspartei des Gemeinsamen Protokolls ist;

(iii) eines Nichtvertragsstaats, der im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses in seinem Hoheitsgebiet oder in seinen nach dem Völkerrecht festgelegten Meereszonen keine Kernanlage besitzt;

(iv) eines sonstigen Nichtvertragsstaats, in dem im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses Gesetzgebung über die Haftung für nuklearen Schaden in Kraft ist, die entsprechende Leistungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bietet und die auf Grundsätzen beruht, die mit denen dieses Übereinkommens identisch sind, darunter Haftung ohne Verschulden des haftenden Inhabers, ausschließliche Haftung des Inhabers oder eine Vorschrift mit derselben Wirkung, ausschließliche Zuständigkeit des zuständigen Gerichts, gleiche Behandlung aller Opfer eines nuklearen Ereignisses, Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen, freier Transfer von Schadensersatzleistungen, Zinsen und Kosten,

oder, außer im Hoheitsgebiet von Nichtvertragsstaaten, die nicht unter den Ziffern (ii) bis (iv) genannt sind, an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeugs, das von einer Vertragspartei oder einem der unter den Ziffern (ii) bis (iv) genannten Nichtvertragsstaaten registriert wurde.

(b) Dieser Artikel hindert eine Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernan-

2. the extent to which, at the time they are taken, such measures are likely to be effective; and
3. relevant scientific and technical expertise.

C. Article 2 shall be replaced by the following text:

a) This Convention shall apply to nuclear damage suffered in the territory of, or in any maritime zones established in accordance with international law of, or, except in the territory of a non-Contracting State not mentioned under (ii) to (iv) of this paragraph, on board a ship or aircraft registered by,

i) a Contracting Party;

ii) a non-Contracting State which, at the time of the nuclear incident, is a Contracting Party to the Vienna Convention on Civil Liability for Nuclear Damage of 21 May 1963 and any amendment thereto which is in force for that Party, and to the Joint Protocol relating to the Application of the Vienna Convention and the Paris Convention of 21 September 1988, provided however, that the Contracting Party to the Paris Convention in whose territory the installation of the operator liable is situated is a Contracting Party to that Joint Protocol;

iii) a non-Contracting State which, at the time of the nuclear incident, has no nuclear installation in its territory or in any maritime zones established by it in accordance with international law; or

iv) any other non-Contracting State which, at the time of the nuclear incident, has in force nuclear liability legislation which affords equivalent reciprocal benefits, and which is based on principles identical to those of this Convention, including, inter alia, liability without fault of the operator liable, exclusive liability of the operator or a provision to the same effect, exclusive jurisdiction of the competent court, equal treatment of all victims of a nuclear incident, recognition and enforcement of judgements, free transfer of compensation, interests and costs.

b) Nothing in this Article shall prevent a Contracting Party in whose territory the

2. la probabilité, au moment où elles sont prises, que ces mesures soient efficaces;
3. les connaissances scientifiques et techniques pertinentes.

C. L'article 2 est remplacé par le texte suivant:

a) La présente Convention s'applique aux dommages nucléaires subis sur le territoire de, ou dans toute zone maritime établie conformément au droit international par, ou, excepté sur le territoire d'un État non-Contractant non visé aux alinéas (ii) à (iv) du présent paragraphe, à bord d'un navire ou aéronef immatriculé par,

i) une Partie Contractante;

ii) un État non-Contractant qui, au moment de l'accident nucléaire, est une Partie Contractante à la Convention de Vienne relative à la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, du 21 mai 1963, et à tout amendement à cette Convention qui est en vigueur pour cette Partie, et au Protocole Commun relatif à l'application de la Convention de Vienne et de la Convention de Paris, du 21 septembre 1988, à la condition toutefois que la Partie Contractante à la Convention de Paris sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, soit une Partie Contractante à ce Protocole Commun;

iii) un État non-Contractant qui, au moment de l'accident nucléaire, n'a pas d'installation nucléaire sur son territoire ou dans toute zone maritime établie par lui conformément au droit international;

iv) tout autre État non-Contractant où est en vigueur, au moment de l'accident nucléaire, une législation relative à la responsabilité nucléaire qui accorde des avantages équivalents sur une base de réciprocité et qui repose sur des principes identiques à ceux de la présente Convention, y compris, entre autres, la responsabilité objective de l'exploitant responsable, la responsabilité exclusive de l'exploitant ou une disposition ayant le même effet, la compétence exclusive d'une juridiction, le traitement égal de toutes les victimes d'un accident nucléaire, la reconnaissance et l'exécution des jugements, le libre transfert des indemnités, intérêts et dépens.

b) Rien dans cet article n'empêche une Partie Contractante sur le territoire de

lage des haftenden Inhabers gelegen ist, nicht daran, in ihrer Gesetzgebung einen größeren Anwendungsbereich dieses Übereinkommens vorzusehen.

nuclear installation of the operator liable is situated from providing for a broader scope of application of this Convention under its legislation.

laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, de prévoir dans sa législation un champ d'application plus large en ce qui concerne la présente Convention.

D. Artikel 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen für nuklearen Schaden, ausgenommen

(i) Schaden an der Kernanlage selbst und anderen Kernanlagen, einschließlich einer Kernanlage während der Errichtung, auf dem Gelände, auf dem sich die Anlage befindet, und

(ii) Schaden an jeglichen Vermögenswerten auf demselben Gelände, die im Zusammenhang mit einer solchen Anlage verwendet werden oder verwendet werden sollen,

wenn bewiesen wird, dass dieser Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das in der Kernanlage eingetreten oder auf aus der Kernanlage stammende Kernmaterialien zurückzuführen ist, soweit Artikel 4 nichts anderes bestimmt.

(b) Wird der nukleare Schaden gemeinsam durch ein nukleares und ein nichtnukleares Ereignis verursacht, so gilt der Teil des Schadens, der durch das nichtnukleare Ereignis verursacht worden ist, soweit er sich von dem durch das nukleare Ereignis verursachten nuklearen Schaden nicht hinreichend sicher trennen lässt, als durch das nukleare Ereignis verursacht. Ist der nukleare Schaden gemeinsam durch ein nukleares Ereignis und eine nicht unter dieses Übereinkommen fallende ionisierende Strahlung verursacht worden, so wird durch dieses Übereinkommen die Haftung von Personen hinsichtlich dieser ionisierenden Strahlung weder eingeschränkt noch anderweitig berührt.

D. Article 3 shall be replaced by the following text:

a) The operator of a nuclear installation shall be liable, in accordance with this Convention, for nuclear damage other than:

i) damage to the nuclear installation itself and any other nuclear installation, including a nuclear installation under construction, on the site where that installation is located; and

ii) damage to any property on that same site which is used or to be used in connection with any such installation,

upon proof that such damage was caused by a nuclear incident in such installation or involving nuclear substances coming from such installation, except as otherwise provided for in Article 4.

b) Where nuclear damage is caused jointly by a nuclear incident and by an incident other than a nuclear incident, that part of the damage which is caused by such other incident, shall, to the extent that it is not reasonably separable from the nuclear damage caused by the nuclear incident, be considered to be nuclear damage caused by the nuclear incident. Where nuclear damage is caused jointly by a nuclear incident and by an emission of ionising radiation not covered by this Convention, nothing in this Convention shall limit or otherwise affect the liability of any person in connection with that emission of ionizing radiation.

D. L'article 3 est remplacé par le texte suivant:

a) L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable conformément à la présente Convention de tout dommage nucléaire à l'exclusion:

i) des dommages causés à l'installation nucléaire elle-même et aux autres installations nucléaires, même en cours de construction, qui se trouvent sur le site où est implantée cette installation;

ii) des dommages aux biens qui se trouvent sur ce même site et qui sont ou doivent être utilisés en rapport avec l'une ou l'autre de ces installations,

s'il est établi que ce dommage est causé par un accident nucléaire survenu dans cette installation, ou mettant en jeu des substances nucléaires provenant de cette installation, sous réserve des dispositions de l'article 4.

b) Lorsque des dommages nucléaires sont causés conjointement par un accident nucléaire et un accident autre qu'un accident nucléaire, le dommage causé par ce second accident, dans la mesure où on ne peut le séparer avec certitude du dommage nucléaire causé par l'accident nucléaire, est considéré comme un dommage causé par l'accident nucléaire. Lorsque le dommage nucléaire est causé conjointement par un accident nucléaire et par une émission de rayonnements ionisants qui n'est pas visée par la présente Convention, aucune disposition de la présente Convention ne limite ni n'affecte autrement la responsabilité de toute personne en ce qui concerne cette émission de radiations ionisantes.

E. In Artikel 4 werden die Absätze (c) und (d) als Absätze (d) und (e) neu nummeriert und ein neuer Absatz (c) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

(c) Die Übertragung der Haftung auf den Inhaber einer anderen Kernanlage in Übereinstimmung mit den Absätzen (a) (i) und (ii) und (b) (i) und (ii) ist nur möglich, wenn dieser Inhaber ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse an den beförderten Kernmaterialien hat.

E. Paragraphs (c) and (d) of Article 4 shall be renumbered as paragraphs (d) and (e) respectively and a new paragraph (c) shall be added to read as follows:

c) The transfer of liability to the operator of another nuclear installation pursuant to paragraphs (a)(i) and (ii) and (b)(i) and (ii) of this Article may only take place if that operator has a direct economic interest in the nuclear substances that are in the course of carriage.

E. Les paragraphes (c) et (d) de l'article 4 sont renumérotés comme paragraphes (d) et (e) respectivement et un nouveau paragraphe (c) est ajouté à l'article 4, rédigé comme suit:

c) Le transfert de responsabilité à l'exploitant d'une autre installation nucléaire conformément aux paragraphes (a)(i) et (ii) et (b)(i) et (ii) du présent article, ne peut être réalisé que si cet exploitant a un intérêt économique direct à l'égard des substances nucléaires en cours de transport.

F. Artikel 5 Absätze (b) und (d) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(b) Wird jedoch ein nuklearer Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht, das in einer Kernanlage eintritt und nur mit

F. Paragraphs (b) and (d) of Article 5 shall be replaced by the following text:

b) Where, however, nuclear damage is caused by a nuclear incident occurring in a nuclear installation and involving only

F. Les paragraphes (b) et (d) de l'article 5 sont remplacés par le texte suivant:

b) Toutefois, si un dommage nucléaire est causé par un accident nucléaire survenu dans une installation nucléaire et ne

Kernmaterialien im Zusammenhang steht, die dort in Verbindung mit ihrer Beförderung gelagert werden, so haftet der Inhaber dieser Kernanlage nicht, sofern gemäß Artikel 4 ein anderer Inhaber oder ein Dritter haftet.

(d) Haften gemäß diesem Übereinkommen mehrere Inhaber von Kernanlagen für einen nuklearen Schaden, so können sie gemeinsam und einzeln nebeneinander für den gesamten Schaden in Anspruch genommen werden; ergibt sich jedoch die Haftung als Folge eines nuklearen Schadens, der durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernmaterialien im Verlauf einer Beförderung auf ein und demselben Beförderungsmittel oder bei einer mit der Beförderung in Verbindung stehenden Lagerung in ein und derselben Kernanlage verursacht worden ist, so bemisst sich der Gesamtbetrag, bis zu dem die Inhaber haften, nach dem höchsten Betrag, der gemäß Artikel 7 für einen von ihnen festgesetzt ist. Keinesfalls ist ein einzelner Inhaber verpflichtet, in Bezug auf ein nukleares Ereignis Leistungen zu erbringen, die über den für ihn gemäß Artikel 7 festgesetzten Betrag hinausgehen.

nuclear substances stored therein incidentally to their carriage, the operator of the nuclear installation shall not be liable where another operator or person is liable pursuant to Article 4.

d) If nuclear damage gives rise to liability of more than one operator in accordance with this Convention, the liability of these operators shall be joint and several, provided that where such liability arises as a result of nuclear damage caused by a nuclear incident involving nuclear substances in the course of carriage in one and the same means of transport, or, in the case of storage incidental to the carriage, in one and the same nuclear installation, the maximum total amount for which such operators shall be liable shall be the highest amount established with respect to any of them pursuant to Article 7. In no case shall any one operator be required, in respect of a nuclear incident, to pay more than the amount established with respect to him pursuant to Article 7.

mettant en jeu que des substances nucléaires qui y sont entreposées en cours de transport, l'exploitant de l'installation nucléaire n'est pas responsable lorsqu'un autre exploitant ou une autre personne est responsable en vertu de l'article 4.

d) Si le dommage nucléaire implique la responsabilité de plusieurs exploitants conformément à la présente Convention, leur responsabilité est solidaire; toutefois, lorsqu'une telle responsabilité résulte du dommage nucléaire causé par un accident nucléaire mettant en jeu des substances nucléaires en cours de transport, soit dans un seul et même moyen de transport, soit, en cas d'entreposage en cours de transport, dans une seule et même installation nucléaire, le montant total maximum de la responsabilité desdits exploitants est égal au montant le plus élevé fixé pour un des exploitants conformément à l'article 7. En aucun cas, la responsabilité d'un exploitant résultant d'un accident nucléaire ne peut dépasser le montant fixé, en ce qui le concerne, conformément à l'article 7.

G. Artikel 6 Absätze (c), (e) und (g) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(c) (i) Nicht berührt durch dieses Übereinkommen wird die Haftung

1. einer natürlichen Person, die durch eine in Schädigungsabsicht begangene Handlung oder Unterlassung einen durch ein nukleares Ereignis entstandenen nuklearen Schaden verursacht hat, für den der Inhaber einer Kernanlage gemäß Artikel 3 (a) oder Artikel 9 nicht nach diesem Übereinkommen haftet;
2. eines zum Betrieb eines Reaktors, der Teil eines Beförderungsmittels ist, ordnungsgemäß Befugten für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten nuklearen Schaden, sofern nicht ein Inhaber einer Kernanlage für diesen Schaden gemäß Artikel 4 (a) (iii) oder (b) (iii) haftet.

(ii) Außerhalb dieses Übereinkommens haftet der Inhaber einer Kernanlage nicht für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten nuklearen Schaden.

(e) Weist der Inhaber nach, dass sich der nukleare Schaden ganz oder teilweise entweder aus grober Fahrlässigkeit der den Schaden erleidenden Person oder aus einer in Schädigungsabsicht begangenen Handlung oder Unterlassung dieser Person ergibt, so kann das zuständige Gericht, wenn das innerstaatliche Recht dies vorsieht, den Inhaber ganz oder teilweise von

G. Paragraphs (c), (e) and (g) of Article 6 shall be replaced by the following text:

c) i) Nothing in this Convention shall affect the liability:

1. of any individual for nuclear damage caused by a nuclear incident for which the operator, by virtue of Article 3(a) or Article 9, is not liable under this Convention and which results from an act or omission of that individual done with intent to cause damage;
2. of a person duly authorised to operate a reactor comprised in a means of transport for nuclear damage caused by a nuclear incident when an operator is not liable for such damage pursuant to Article 4(a)(iii) or (b)(iii).

ii) The operator shall incur no liability outside this Convention for nuclear damage caused by a nuclear incident.

e) If the operator proves that the nuclear damage resulted wholly or partly either from the gross negligence of the person suffering the damage or from an act or omission of such person done with intent to cause damage, the competent court may, if national law so provides, relieve the operator wholly or partly from his obligation to pay compensation in respect of the

G. Les paragraphes (c), (e) et (g) de l'article 6 sont remplacés par le texte suivant:

c) i) Aucune disposition de la présente Convention n'affecte la responsabilité:

1. de toute personne physique qui, par un acte ou une omission procédant de l'intention de causer un dommage, a causé un dommage nucléaire résultant d'un accident nucléaire dont l'exploitant, conformément à l'article 3(a) ou à l'article 9, n'est pas responsable en vertu de la présente Convention;
2. de la personne dûment autorisée à exploiter un réacteur faisant partie d'un moyen de transport pour un dommage nucléaire causé par un accident nucléaire, lorsqu'un exploitant n'est pas responsable de ce dommage en vertu de l'article 4(a)(iii) ou (b)(iii).

ii) L'exploitant ne peut être rendu responsable, en dehors de la présente Convention, d'un dommage nucléaire causé par un accident nucléaire.

e) Si l'exploitant prouve que le dommage nucléaire résulte, en totalité ou en partie, d'une négligence grave de la personne qui l'a subi ou que cette personne a agi ou omis d'agir dans l'intention de causer un dommage, le tribunal compétent peut, si le droit national en dispose ainsi, dégager l'exploitant, en totalité ou en partie, de l'obligation de réparer le dommage subi

seiner Schadensersatzpflicht in Bezug auf den von dieser Person erlittenen Schaden befreien.

(g) Soweit der Inhaber einer Kernanlage ein Rückgriffsrecht gemäß Absatz (f) gegen einen anderen hat, steht diesem kein Recht gemäß Absatz (d) gegen den Inhaber zu.

H. Artikel 7 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Jede Vertragspartei sieht in ihrer Gesetzgebung vor, dass die Haftung des Inhabers für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten nuklearen Schaden mindestens 700 Millionen Euro beträgt.

(b) Ungeachtet des Absatzes (a) dieses Artikels sowie des Artikels 21 (c) kann jede Vertragspartei

(i) unter Berücksichtigung der Art der betreffenden Kernanlage sowie der wahrscheinlichen Folgen eines von dieser ausgehenden nuklearen Ereignisses einen niedrigeren Haftungsbetrag für diese Anlage festsetzen, unter der Voraussetzung jedoch, dass auf keinen Fall ein so festgesetzter Betrag weniger als 70 Millionen Euro betragen darf, und

(ii) unter Berücksichtigung der Art der betreffenden Kernmaterialien sowie der wahrscheinlichen Folgen eines von diesen ausgehenden nuklearen Ereignisses einen niedrigeren Haftungsbetrag für die Beförderung von Kernmaterialien festsetzen, unter der Voraussetzung jedoch, dass auf keinen Fall ein so festgesetzter Betrag weniger als 80 Millionen Euro betragen darf.

(c) Der Ersatz für nuklearen Schaden an den Beförderungsmitteln, auf denen sich die betreffenden Kernmaterialien zurzeit des nuklearen Ereignisses befanden, darf nicht bewirken, dass die Haftung des Inhabers einer Kernanlage für anderen nuklearen Schaden auf einen Betrag vermindert wird, der entweder unter 80 Millionen Euro oder unter einem durch die Gesetzgebung einer Vertragspartei festgesetzten höheren Betrag liegt.

(d) Der gemäß Absatz (a) oder (b) dieses Artikels oder Artikel 21 (c) für Inhaber von Kernanlagen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei festgesetzte Haftungsbetrag sowie die Bestimmungen der Gesetzgebung einer Vertragspartei gemäß Absatz (c) dieses Artikels gelten für die Haftung dieser Inhaber, wo immer das nukleare Ereignis eintritt.

(e) Eine Vertragspartei kann die Durchfuhr von Kernmaterialien durch ihr Hoheitsgebiet davon abhängig machen, dass der Höchstbetrag der Haftung des betreffenden ausländischen Inhabers einer Kernanlage hinaufgesetzt wird, wenn sie der Auffassung ist, dass dieser Betrag die Risiken eines nuklearen Ereignisses im Verlauf die-

damage suffered by such person.

g) If the operator has a right of recourse to any extent pursuant to paragraph (f) of this Article against any person that person shall not, to that extent, have a right against the operator under paragraph (d) of this Article.

H. Article 7 shall be replaced by the following text:

a) Each Contracting Party shall provide under its legislation that the liability of the operator in respect of nuclear damage caused by any one nuclear incident shall not be less than 700 million euros.

b) Notwithstanding paragraph (a) of this Article and Article 21(c), any Contracting Party may,

i) having regard to the nature of the nuclear installation involved and to the likely consequences of a nuclear incident originating therefrom, establish a lower amount of liability for that installation, provided that in no event shall any amount so established be less than 70 million euro; and

ii) having regard to the nature of the nuclear substances involved and to the likely consequences of a nuclear incident originating therefrom, establish a lower amount of liability for the carriage of nuclear substances, provided that in no event shall any amount so established be less than 80 million euro.

c) Compensation for nuclear damage caused to the means of transport on which the nuclear substances involved were at the time of the nuclear incident shall not have the effect of reducing the liability of the operator in respect of other nuclear damage to an amount less than either 80 million euro, or any higher amount established by the legislation of a Contracting Party.

d) The amount of liability of operators of nuclear installations in the territory of a Contracting Party established in accordance with paragraph (a) or (b) of this Article or with Article 21(c), as well as the provisions of any legislation of a Contracting Party pursuant to paragraph (c) of this Article shall apply to the liability of such operators wherever the nuclear incident occurs.

e) A Contracting Party may subject the transit of nuclear substances through its territory to the condition that the maximum amount of liability of the foreign operator concerned be increased, if it considers that such amount does not adequately cover the risks of a nuclear incident in the course of the transit, provided that the maximum

par cette personne.

g) Pour autant que l'exploitant ait un droit de recours contre une personne en vertu du paragraphe (f) du présent article, ladite personne ne peut avoir un droit de recours contre l'exploitant en vertu du paragraphe (d) du présent article.

H. L'article 7 est remplacé par le texte suivant:

a) Toute Partie Contractante doit prévoir dans sa législation que la responsabilité de l'exploitant pour les dommages nucléaires causés par chaque accident nucléaire n'est pas inférieure à 700 millions d'euros.

b) Nonobstant le paragraphe (a) du présent article et l'article 21(c), une Partie Contractante peut,

i) eu égard à la nature de l'installation nucléaire en cause et aux conséquences prévisibles d'un accident nucléaire la mettant en jeu, fixer un montant de responsabilité moins élevé pour cette installation, sans toutefois que le montant ainsi fixé puisse être inférieur à 70 millions d'euros;

ii) eu égard à la nature des substances nucléaires en cause et aux conséquences prévisibles d'un accident nucléaire les mettant en jeu, fixer un montant de responsabilité moins élevé pour le transport de substances nucléaires, sans toutefois que le montant ainsi fixé puisse être inférieur à 80 millions d'euros.

c) La réparation des dommages nucléaires causés au moyen de transport sur lequel les substances nucléaires en cause se trouvent au moment de l'accident nucléaire ne peut avoir pour effet de réduire la responsabilité de l'exploitant pour les autres dommages nucléaires à un montant inférieur soit à 80 millions d'euros, soit au montant plus élevé fixé par la législation d'une Partie Contractante.

d) Les montants fixés en vertu des paragraphes (a) ou (b) du présent article ou de l'article 21(c) pour la responsabilité des exploitants d'installations nucléaires situées sur le territoire d'une Partie Contractante ainsi que les dispositions de la législation d'une Partie Contractante prises en vertu du paragraphe (c) du présent article, s'appliquent à la responsabilité desdits exploitants quel que soit le lieu de l'accident nucléaire.

e) Une Partie Contractante peut subordonner le transit de substances nucléaires à travers son territoire, à la condition que le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant étranger en cause soit augmenté, si elle estime que ledit montant ne couvre pas d'une manière adéquate les risques d'un accident nucléaire au cours de

ser Durchfuhr nicht angemessen deckt; jedoch darf der so hinaufgesetzte Höchstbetrag den Höchstbetrag der Haftung der Inhaber der in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Kernanlagen nicht übersteigen.

(f) Absatz (e) gilt nicht

(i) für die Beförderung auf dem Seeweg, wenn auf Grund des Völkerrechts ein Recht, in dringenden Notfällen in die Häfen der betreffenden Vertragspartei einzulaufen, oder ein Recht der friedlichen Durchfahrt durch ihr Hoheitsgebiet besteht;

(ii) für die Beförderung auf dem Luftweg, wenn auf Grund von Staatsverträgen oder des Völkerrechts ein Recht besteht, das Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei zu überfliegen oder darin zu landen.

(g) Sofern das Übereinkommen auf Nichtvertragsstaaten gemäß Artikel 2 (a) (iv) anwendbar ist, kann eine Vertragspartei für nuklearen Schaden Haftungsbeträge festsetzen, die niedriger als die nach diesem Artikel oder Artikel 21 (c) festgesetzten Mindestbeträge sind, soweit dieser Staat keine Leistungen in entsprechender Höhe auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gewährt.

(h) Zinsen und Kosten, die von einem Gericht in einem Schadensersatzprozess gemäß diesem Übereinkommen zugesprochen werden, gelten nicht als Schadensersatz im Sinne dieses Übereinkommens und sind vom Inhaber einer Kernanlage zusätzlich zu dem Betrag zu zahlen, für den er gemäß diesem Artikel haftet.

(i) Die in diesem Artikel genannten Beträge können in runden Zahlen in die nationalen Währungen umgerechnet werden.

(j) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass diejenigen, die Schaden erlitten haben, ihre Schadensersatzansprüche geltend machen können, ohne verschiedene Verfahren je nach Herkunft der für den Schadensersatz zur Verfügung gestellten Mittel einleiten zu müssen.

amount thus increased shall not exceed the maximum amount of liability of operators of nuclear installations situated in its territory.

f) The provisions of paragraph (e) of this Article shall not apply:

i) to carriage by sea where, under international law, there is a right of entry in cases of urgent distress into the ports of such Contracting Party or a right of innocent passage through its territory; or

ii) to carriage by air where, by agreement or under international law, there is a right to fly over or land on the territory of such Contracting Party.

g) In cases where the Convention is applicable to a non-Contracting State in accordance with Article 2(a)(iv), any Contracting Party may establish in respect of nuclear damage amounts of liability lower than the minimum amounts established under this Article or under Article 21(c) to the extent that such State does not afford reciprocal benefits of an equivalent amount.

h) Any interest and costs awarded by a court in actions for compensation under this Convention shall not be considered to be compensation for the purposes of this Convention and shall be payable by the operator in addition to any sum for which he is liable in accordance with this Article.

i) The sums mentioned in this Article may be converted into national currency in round figures.

j) Each Contracting Party shall ensure that persons suffering damage may enforce their rights to compensation without having to bring separate proceedings according to the origin of the funds provided for such compensation.

ce transit. Toutefois, le montant maximum ainsi augmenté ne peut excéder le montant maximum de la responsabilité des exploitants d’installations nucléaires situées sur le territoire de cette Partie Contractante.

f) Les dispositions du paragraphe (e) du présent article ne s’appliquent pas:

i) au transport par mer lorsqu’il y a, en vertu du droit international, un droit de refuge dans les ports de ladite Partie Contractante, par suite d’un danger imminent, ou un droit de passage inoffensif à travers son territoire;

ii) au transport par air lorsqu’il y a, en vertu d’un accord ou du droit international, un droit de survol du territoire ou d’atterrissage sur le territoire de ladite Partie Contractante.

g) Lorsque la présente Convention est applicable à un État non-Contractant conformément à l’article 2(a)(iv), toute Partie Contractante peut fixer des montants de responsabilité moins élevés à l’égard des dommages nucléaires que les montants minimums fixés conformément au présent article ou à l’article 21(c), dans la mesure où cet État n’accorde pas des avantages réciproques d’un montant équivalent.

h) Les intérêts et dépens liquidés par le tribunal saisi d’une action en réparation en vertu de la présente Convention ne sont pas considérés comme des indemnités au sens de la présente Convention et sont dus par l’exploitant en sus du montant des réparations qui peuvent être dues en vertu du présent article.

i) Les montants prévus au présent article peuvent être convertis en monnaie nationale en chiffres ronds.

j) Chaque Partie Contractante prend les dispositions nécessaires pour que les personnes ayant subi des dommages nucléaires puissent faire valoir leurs droits à réparation sans avoir à entamer des procédures différentes selon l’origine des fonds destinés à cette réparation.

I. Artikel 8 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Der Anspruch auf Schadensersatz gemäß diesem Übereinkommen unterliegt der Verjährung oder dem Erlöschen, wenn eine Klage

(i) wegen Tötung oder Verletzung eines Menschen nicht binnen dreißig Jahren nach dem nuklearen Ereignis;

(ii) wegen anderen nuklearen Schadens nicht binnen zehn Jahren nach dem nuklearen Ereignis

erhoben wird.

(b) Die innerstaatliche Gesetzgebung kann jedoch eine längere als die in Absatz (a) (i) oder (ii) genannte Frist festsetzen, wenn die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haften-

I. Article 8 shall be replaced by the following text:

a) The right of compensation under this Convention shall be subject to prescription or extinction if an action is not brought,

i) with respect to loss of life and personal injury, within thirty years from the date of the nuclear incident;

ii) with respect to other nuclear damage, within ten years from the date of the nuclear incident.

b) National legislation may, however, establish a period longer than that set out in sub-paragraph (i) or (ii) of paragraph (a) of this Article, if measures have been taken by the Contracting

I. L’article 8 est remplacé par le texte suivant:

a) Les actions en réparation, en vertu de la présente Convention, doivent sous peine de déchéance ou de prescription être intentées,

i) du fait de décès ou de dommages aux personnes, dans les trente ans à compter de la date de l’accident nucléaire;

ii) du fait de tout autre dommage nucléaire, dans les dix ans à compter de la date de l’accident nucléaire.

b) La législation nationale peut toutefois fixer un délai supérieur aux délais visés aux alinéas (i) ou (ii) du paragraphe (a) ci-dessus si la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l’in-

den Inhabers gelegen ist, Maßnahmen für die Deckung der Haftpflicht dieses Inhabers für Schadensersatzklagen getroffen hat, die nach Ablauf der in Absatz (a) (i) oder (ii) genannten Frist während der Zeit der Verlängerung erhoben werden.

(c) Wenn jedoch eine längere Frist gemäß Absatz (b) festgesetzt wird, darf auf keinen Fall der Anspruch desjenigen auf Schadensersatz gemäß diesem Übereinkommen beeinträchtigt werden, der gegen den Inhaber einer Kernanlage Klage erhoben hat

(i) binnen dreißig Jahren wegen Tötung oder Verletzung eines Menschen;

(ii) binnen zehn Jahren wegen anderen nuklearen Schadens.

(d) Die innerstaatliche Gesetzgebung kann für das Erlöschen oder die Verjährung des Schadensersatzanspruchs gemäß diesem Übereinkommen eine Frist von mindestens drei Jahren von dem Zeitpunkt an festsetzen, in dem der Geschädigte von dem nuklearen Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hatte oder hätte haben müssen; jedoch dürfen die nach den Absätzen (a) und (b) festgesetzten Fristen nicht überschritten werden.

(e) In den Fällen des Artikels 13 (f) (ii) unterliegt der Schadensersatzanspruch nicht der Verjährung oder dem Erlöschen, wenn binnen der in den Absätzen (a), (b) und (d) vorgesehenen Frist

(i) vor der Entscheidung des in Artikel 17 genannten Gerichtshofs eine Klage bei einem der Gerichte erhoben worden ist, unter denen der Gerichtshof wählen kann; erklärt der Gerichtshof ein anderes Gericht als dasjenige, bei dem diese Klage bereits erhoben worden ist, für zuständig, so kann er eine Frist bestimmen, binnen deren die Klage bei dem für zuständig erklärten Gericht zu erheben ist, oder

(ii) bei einer Vertragspartei der Antrag gestellt worden ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts durch den Gerichtshof gemäß Artikel 13 (f) (ii) einzuleiten, und nach dieser Bestimmung binnen einer vom Gerichtshof festgesetzten Frist Klage erhoben wird.

(f) Soweit das innerstaatliche Recht nichts Gegenteiliges bestimmt, kann derjenige, der einen durch ein nukleares Ereignis verursachten nuklearen Schaden erlitten und binnen der in diesem Artikel vorgesehenen Frist Schadensersatzklage erhoben hat, zusätzliche Ansprüche wegen einer etwaigen Vergrößerung des nuklearen Schadens nach Ablauf dieser Frist geltend machen, solange das zuständige Gericht noch kein endgültiges Urteil gefällt hat.

Party within whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated to cover the liability of that operator in respect of any actions for compensation begun after the expiry of the period set out in sub-paragraph (i) or (ii) of paragraph (a) of this Article and during such longer period.

c) If, however, a longer period is established in accordance with paragraph (b) of this Article, an action for compensation brought within such period shall in no case affect the right of compensation under this Convention of any person who has brought an action against the operator,

i) within a thirty year period in respect of personal injury or loss of life;

ii) within a ten year period in respect of all other nuclear damage.

d) National legislation may establish a period of not less than three years for the prescription or extinction of rights of compensation under the Convention, determined from the date at which the person suffering nuclear damage had knowledge, or from the date at which that person ought reasonably to have known of both the nuclear damage and the operator liable, provided that the periods established pursuant to paragraphs (a) and (b) of this Article shall not be exceeded.

e) Where the provisions of Article 13(f)(ii) are applicable, the right of compensation shall not, however, be subject to prescription or extinction if, within the time provided for in paragraphs (a), (b) and (d) of this Article,

i) prior to the determination by the Tribunal referred to in Article 17, an action has been brought before any of the courts from which the Tribunal can choose; if the Tribunal determines that the competent court is a court other than that before which such action has already been brought, it may fix a date by which such action has to be brought before the competent court so determined; or

ii) a request has been made to a Contracting Party concerned to initiate a determination by the Tribunal of the competent court pursuant to Article 13(f)(ii) and an action is brought subsequent to such determination within such time as may be fixed by the Tribunal.

f) Unless national law provides to the contrary, any person suffering nuclear damage caused by a nuclear incident who has brought an action for compensation within the period provided for in this Article may amend his claim in respect of any aggravation of the nuclear damage after the expiry of such period, provided that final judgement has not been entered by the competent court.

stallation nucléaire dont l'exploitant est responsable prévoit des mesures pour couvrir la responsabilité de l'exploitant à l'égard des actions en réparation introduites après l'expiration des délais visés aux alinéas (i) ou (ii) du paragraphe (a) ci-dessus et pendant la période de prolongation de ce délai.

c) Toutefois, si un délai plus long est prévu, conformément au paragraphe (b) ci-dessus, les actions en réparation intentées pendant ce délai ne peuvent porter atteinte en aucun cas aux droits à réparation en vertu de la présente Convention des personnes ayant intenté contre l'exploitant une action avant l'expiration,

i) d'un délai de trente ans du fait de décès ou de dommage aux personnes;

ii) d'un délai de dix ans du fait de tout autre dommage nucléaire.

d) La législation nationale peut fixer un délai de déchéance ou de prescription de trois ans au moins, soit à compter du moment où le lésé a eu connaissance du dommage nucléaire et de l'exploitant responsable, soit à compter du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance, sans que les délais établis en vertu des paragraphes (a) et (b) du présent article puissent être dépassés.

e) Dans les cas prévus à l'article 13(f)(ii), il n'y a pas déchéance ou prescription de l'action en réparation si, dans les délais prévus aux paragraphes (a), (b) et (d) du présent article,

i) une action a été intentée, avant que le Tribunal visé à l'article 17 n'ait pris une décision, devant l'un des tribunaux entre lesquels ledit Tribunal peut choisir; si le Tribunal désigne comme tribunal compétent, un autre tribunal que celui devant lequel l'action a déjà été intentée, il peut fixer un délai dans lequel l'action doit être intentée devant le tribunal compétent ainsi désigné;

ii) une demande a été introduite auprès d'une Partie Contractante intéressée en vue de la désignation du tribunal compétent par le Tribunal conformément à l'article 13(f)(ii), à condition qu'une action soit intentée après cette désignation dans le délai qui serait fixé par ledit Tribunal.

f) Sauf disposition contraire du droit national, une personne ayant subi un dommage nucléaire causé par un accident nucléaire qui a intenté une action en réparation dans le délai prévu au présent article peut présenter une demande complémentaire en cas d'aggravation du dommage nucléaire après l'expiration de ce délai, tant qu'un jugement définitif n'est pas intervenu.

J. Artikel 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Der Inhaber einer Kernanlage haftet nicht für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten nuklearen Schaden, wenn dieses Ereignis unmittelbar auf Handlungen eines bewaffneten Konflikts, von Feindseligkeiten, eines Bürgerkriegs oder eines Aufstands zurückzuführen ist.

K. Artikel 10 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Zur Deckung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Haftung ist der Inhaber einer Kernanlage gehalten, eine Versicherung oder eine sonstige finanzielle Sicherheit in der gemäß Artikel 7 (a) oder 7 (b) oder Artikel 21 (c) festgesetzten Höhe einzugehen und aufrechtzuerhalten; ihre Art und Bedingungen werden von der zuständigen Behörde bestimmt.

(b) Sofern die Haftung des Inhabers einer Kernanlage nicht betragsmäßig beschränkt ist, legt die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, einen Höchstbetrag für die finanzielle Sicherheit des haftenden Inhabers fest, unter der Voraussetzung, dass auf keinen Fall ein so festgesetzter Betrag unter dem in Artikel 7 (a) oder 7 (b) genannten Betrag liegen darf.

(c) Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, stellt die Leistung des Schadensersatzes, zu dem der Inhaber einer Kernanlage wegen eines nuklearen Schadens verpflichtet wurde, durch Bereitstellung der notwendigen Mittel in dem Maß sicher, wie die Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit hierzu nicht zur Verfügung steht oder nicht ausreicht, und zwar bis zu einem Betrag, der nicht unter dem in Artikel 7 (a) oder Artikel 21 (c) genannten Betrag liegen darf.

(d) Kein Versicherer und kein anderer, der eine finanzielle Sicherheit erbringt, darf die in Absatz (a) oder (b) vorgesehene Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit aussetzen oder beenden, ohne dies der zuständigen Behörde mindestens zwei Monate vorher schriftlich anzuzeigen. Soweit sich diese Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit auf die Beförderung von Kernmaterialien bezieht, ist ihre Aussetzung oder Beendigung für die Dauer der Beförderung ausgeschlossen.

(e) Die aus Versicherung, Rückversicherung oder sonstiger finanzieller Sicherheit herrührenden Beträge dürfen nur für den Ersatz eines Schadens herangezogen werden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist.

L. Artikel 12 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Der gemäß diesem Übereinkommen zu leistende Schadensersatz, die Versicherungs- und Rückversicherungsprämien sowie die gemäß Artikel 10 aus Versiche-

J. Article 9 shall be replaced by the following text:

The operator shall not be liable for nuclear damage caused by a nuclear incident directly due to an act of armed conflict, hostilities, civil war, or insurrection.

K. Article 10 shall be replaced by the following text:

a) To cover the liability under this Convention, the operator shall be required to have and maintain insurance or other financial security of the amount established pursuant to Article 7(a) or 7(b) or Article 21(c) and of such type and terms as the competent public authority shall specify.

b) Where the liability of the operator is not limited in amount, the Contracting Party within whose territory the nuclear installation of the liable operator is situated shall establish a limit upon the financial security of the operator liable, provided that any limit so established shall not be less than the amount referred to in Article 7(a) or 7(b).

c) The Contracting Party within whose territory the nuclear installation of the liable operator is situated shall ensure the payment of claims for compensation for nuclear damage which have been established against the operator by providing the necessary funds to the extent that the insurance or other financial security is not available or sufficient to satisfy such claims, up to an amount not less than the amount referred to in Article 7(a) or Article 21(c).

d) No insurer or other financial guarantor shall suspend or cancel the insurance or other financial security provided for in paragraph (a) or (b) of this Article without giving notice in writing of at least two months to the competent public authority or, in so far as such insurance or other financial security relates to the carriage of nuclear substances, during the period of the carriage in question.

e) The sums provided as insurance, reinsurance, or other financial security may be drawn upon only for compensation for nuclear damage caused by a nuclear incident.

L. Article 12 shall be replaced by the following text:

Compensation payable under this Convention, insurance and reinsurance premiums, sums provided as insurance, reinsurance, or other financial security required

J. L'article 9 est remplacé par le texte suivant:

L'exploitant n'est pas responsable des dommages nucléaires causés par un accident nucléaire si cet accident est dû directement à des actes de conflit armé, d'hostilités, de guerre civile ou d'insurrection.

K. L'article 10 est remplacé par le texte suivant:

a) Tout exploitant devra être tenu, pour faire face à la responsabilité prévue par la présente Convention, d'avoir et de maintenir, à concurrence du montant fixé conformément à l'article 7(a) ou 7(b) ou à l'article 21(c), une assurance ou une autre garantie financière correspondant au type et aux conditions déterminés par l'autorité publique compétente.

b) Lorsque la responsabilité de l'exploitant n'est pas limitée dans son montant, la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable établit une limite à la garantie financière de l'exploitant responsable, pour autant que la limite ainsi établie ne soit pas inférieure au montant visé à l'article 7(a) ou 7(b).

c) La Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable assure le paiement des indemnités pour dommage nucléaire reconnues comme étant à la charge de l'exploitant en fournissant les sommes nécessaires, dans la mesure où l'assurance ou autre garantie financière n'est pas disponible ou n'est pas suffisante pour payer ces indemnités, à concurrence d'un montant qui ne peut être inférieur au montant visé à l'article 7(a) ou à l'article 21(c).

d) L'assureur ou toute autre personne ayant accordé une garantie financière ne peut suspendre l'assurance ou la garantie financière prévue aux paragraphes (a) ou (b) du présent article, ou y mettre fin, sans un préavis de deux mois au moins donné par écrit à l'autorité publique compétente, ou, dans la mesure où ladite assurance ou autre garantie financière concerne un transport de substances nucléaires, pendant la durée de ce transport.

e) Les sommes provenant de l'assurance, de la réassurance ou d'une autre garantie financière ne peuvent servir qu'à la réparation des dommages nucléaires causés par un accident nucléaire.

L. L'article 12 est remplacé par le texte suivant:

Les indemnités payables conformément à la présente Convention, les primes d'assurance et de réassurance ainsi que les sommes provenant de l'assurance, de la

rung, Rückversicherung oder sonstiger finanzieller Sicherheit herrührenden Beträge und die in Artikel 7 (h) angeführten Zinsen und Kosten sind zwischen den Währungsgebieten der Vertragsparteien frei transferierbar.

M. Artikel 13 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Sofern dieser Artikel nichts anderes bestimmt, sind für Klagen gemäß den Artikeln 3, 4 und 6 (a) nur die Gerichte derjenigen Vertragspartei zuständig, in deren Hoheitsgebiet das nukleare Ereignis eingetreten ist.

(b) Tritt ein nukleares Ereignis innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone einer Vertragspartei ein oder, wenn eine solche Zone nicht festgelegt wurde, in einem nicht über die Grenzen einer ausschließlichen Wirtschaftszone hinausgehenden Gebiet, würde eine solche festgelegt, so sind für Klagen wegen nuklearen Schadens aus diesem nuklearen Ereignis für die Zwecke dieses Übereinkommens ausschließlich die Gerichte dieser Vertragspartei zuständig, unter der Voraussetzung, dass die betroffene Vertragspartei dem Generalsekretär der Organisation vor Eintreten des nuklearen Ereignisses ein solches Gebiet notifiziert hat. Dieser Absatz darf nicht so ausgelegt werden, als erlaube er die Ausübung der Zuständigkeit oder die Abgrenzung einer Meereszone auf eine dem internationalen Seerecht entgegenstehende Weise.

(c) Tritt ein nukleares Ereignis außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien ein, oder tritt es innerhalb eines Gebiets ein, hinsichtlich dessen keine Notifikation gemäß Absatz (b) erfolgte, oder kann der Ort des nuklearen Ereignisses nicht mit Sicherheit festgestellt werden, so sind für solche Klagen die Gerichte derjenigen Vertragspartei zuständig, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist.

(d) Tritt ein nukleares Ereignis in einem Gebiet ein, auf das die in Artikel 17 (d) genannten Umstände zutreffen, liegt die Zuständigkeit bei den Gerichten, die auf Antrag einer betroffenen Vertragspartei von dem in Artikel 17 genannten Gerichtshof als die Gerichte derjenigen Vertragspartei bestimmt werden, die zu dem Ereignis die engste Beziehung hat und am meisten von den Folgen betroffen ist.

(e) Aus der Ausübung der Zuständigkeit nach diesem Artikel sowie aus der Notifikation eines Gebiets gemäß Absatz (b) dieses Artikels ergibt sich kein Recht oder keine Verpflichtung und auch kein Präzedenzfall im Hinblick auf die Abgrenzung von Meeresgebieten zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten.

(f) Ergäbe sich aus Absatz (a), (b) oder (c) die Zuständigkeit der Gerichte von mehr als einer Vertragspartei, so sind zuständig,

pursuant to Article 10, and interest and costs referred to in Article 7(h), shall be freely transferable between the monetary areas of the Contracting Parties.

M. Article 13 shall be replaced by the following text:

a) Except as otherwise provided in this Article, jurisdiction over actions under Articles 3, 4 and 6(a) shall lie only with the courts of the Contracting Party in whose territory the nuclear incident occurred.

b) Where a nuclear incident occurs within the area of the exclusive economic zone of a Contracting Party or, if such a zone has not been established, in an area not exceeding the limits of an exclusive economic zone were one to be established, jurisdiction over actions concerning nuclear damage from that nuclear incident shall, for the purposes of this Convention, lie only with the courts of that Party, provided that the Contracting Party concerned has notified the Secretary-General of the Organisation of such area prior to the nuclear incident. Nothing in this paragraph shall be interpreted as permitting the exercise of jurisdiction or the delimitation of a maritime zone in a manner which is contrary to the international law of the sea.

c) Where a nuclear incident occurs outside the territory of the Contracting Parties, or where it occurs within an area in respect of which no notification has been given pursuant to paragraph (b) of this Article, or where the place of the nuclear incident cannot be determined with certainty, jurisdiction over such actions shall lie with the courts of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated.

d) Where a nuclear incident occurs in an area in respect of which the circumstances of Article 17(d) apply, jurisdiction shall lie with the courts determined, at the request of a Contracting Party concerned, by the Tribunal referred to in Article 17 as being the courts of that Contracting Party which is most closely related to and affected by the consequences of the incident.

e) The exercise of jurisdiction under this Article as well as the notification of an area made pursuant to paragraph (b) of this Article shall not create any right or obligation or set a precedent with respect to the delimitation of maritime areas between States with opposite or adjacent coasts.

f) Where jurisdiction would lie with the courts of more than one Contracting Party by virtue of paragraph (a), (b) or (c) of this Article, jurisdiction shall lie,

réassurance ou d'une autre garantie financière en vertu de l'article 10 et les intérêts et dépens visés à l'article 7(h), sont librement transférables entre les zones monétaires des Parties Contractantes.

M. L'article 13 est remplacé par le texte suivant:

a) Sauf dans les cas où le présent article en dispose autrement, les tribunaux de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle l'accident nucléaire est survenu, sont seuls compétents pour statuer sur les actions introduites en vertu des articles 3, 4 et 6(a).

b) Lorsqu'un accident nucléaire survient dans l'espace de la zone économique exclusive d'une Partie Contractante ou, quand une telle zone n'a pas été établie, dans un espace qui ne s'étendrait pas au-delà des limites d'une zone économique exclusive si une telle zone devait être établie, les tribunaux de cette Partie sont seuls compétents aux fins de la présente Convention pour connaître des actions concernant le dommage nucléaire résultant de cet accident nucléaire, à la condition toutefois que la Partie Contractante concernée ait notifié cet espace au Secrétaire général de l'Organisation avant l'accident nucléaire. Rien dans le présent paragraphe n'est interprété comme autorisant l'exercice de la compétence juridictionnelle ou la délimitation d'une zone maritime d'une manière qui soit contraire au droit international de la mer.

c) Lorsqu'un accident nucléaire survient hors des territoires des Parties Contractantes ou dans un espace qui n'a pas fait l'objet d'une notification conformément au paragraphe (b) du présent article, ou lorsque le lieu de l'accident nucléaire ne peut pas être déterminé avec certitude, les tribunaux de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable sont seuls compétents.

d) Lorsqu'un accident nucléaire se produit dans un espace à l'égard duquel s'appliquent les dispositions de l'article 17(d), sont compétents les tribunaux désignés, à la demande d'une Partie Contractante intéressée, par le Tribunal visé à l'article 17, comme étant les tribunaux de la Partie Contractante la plus directement liée à l'accident et affectée par ses conséquences.

e) Ni l'exercice de la compétence juridictionnelle en vertu du présent article, ni la notification d'un espace effectuée conformément au paragraphe (b) du présent article, ne créent de droit ou obligation ou constituent un précédent en ce qui concerne la délimitation des espaces maritimes entre les États ayant des côtes se faisant face ou adjacentes.

f) Lorsqu'en vertu des paragraphes (a), (b) ou (c) du présent article les tribunaux de plusieurs Parties Contractantes sont compétents, la compétence est attribuée,

(i) wenn das nukleare Ereignis zum Teil außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien und zum Teil im Hoheitsgebiet nur einer Vertragspartei eingetreten ist, die Gerichte dieser Vertragspartei;

(ii) in allen sonstigen Fällen die Gerichte, die auf Antrag einer betroffenen Vertragspartei von dem in Artikel 17 genannten Gerichtshof als die Gerichte derjenigen Vertragspartei bestimmt werden, die zu dem Ereignis die engste Beziehung hat und am meisten von den Folgen betroffen ist.

(g) Die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, stellt sicher, dass hinsichtlich Schadensersatzklagen wegen nuklearen Schadens

(i) ein Staat für Personen, die nuklearen Schaden erlitten haben und Angehörige dieses Staates sind oder ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben und ihr Einverständnis dazu erklärt haben, Klage erheben kann;

(ii) jeder Klage erheben kann, um Rechte gemäß diesem Übereinkommen durchzusetzen, die durch Abtretung oder Übergang erworben wurden.

(h) Die Vertragspartei, deren Gerichte gemäß diesem Übereinkommen zuständig sind, stellt sicher, dass nur eines ihrer Gerichte für Entscheidungen über den Ersatz von nuklearem Schaden, der durch nukleare Ereignisse verursacht wurde, zuständig ist, wobei die Auswahlkriterien durch die innerstaatliche Gesetzgebung dieser Vertragspartei festgelegt werden.

(i) Hat ein gemäß diesem Artikel zuständiges Gericht nach einer streitigen Verhandlung oder im Säumnisverfahren ein Urteil gefällt und ist dieses nach dem von diesem Gericht angewandten Recht vollstreckbar geworden, so ist es im Hoheitsgebiet jeder anderen Vertragspartei vollstreckbar, sobald die von dieser anderen Vertragspartei vorgeschriebenen Förmlichkeiten erfüllt worden sind; eine sachliche Nachprüfung ist nicht zulässig. Dies gilt nicht für vorläufig vollstreckbare Urteile.

(j) Wird eine Klage gemäß diesem Übereinkommen gegen eine Vertragspartei erhoben, so kann sich diese vor dem gemäß diesem Artikel zuständigen Gericht nicht auf Immunität von der Gerichtsbarkeit berufen, ausgenommen bei der Zwangsvollstreckung.

N. Artikel 14 Absatz (b) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(b) Die Ausdrücke „innerstaatliches Recht“ und „innerstaatliche Gesetzgebung“ bedeuten das Recht oder die innerstaatliche Gesetzgebung des Gerichts, das gemäß diesem Übereinkommen für die Entscheidung über Ansprüche zuständig ist, die sich aus einem nuklearen Ereignis ergeben, mit Ausnahme des Kollisions-

i) if the nuclear incident occurred partly outside the territory of any Contracting Party and partly in the territory of a single Contracting Party, with the courts of that Contracting Party; and

ii) in any other case, with the courts determined, at the request of a Contracting Party concerned, by the Tribunal referred to in Article 17 as being the courts of that Contracting Party which is most closely related to and affected by the consequences of the incident.

g) The Contracting Party whose courts have jurisdiction shall ensure that in relation to actions for compensation of nuclear damage:

i) any State may bring an action on behalf of persons who have suffered nuclear damage, who are nationals of that State or have their domicile or residence in its territory, and who have consented thereto; and

ii) any person may bring an action to enforce rights under this Convention acquired by subrogation or assignment.

h) The Contracting Party whose courts have jurisdiction under this Convention shall ensure that only one of its courts shall be competent to rule on compensation for nuclear damage arising from any one nuclear incident, the criteria for such selection being determined by the national legislation of such Contracting Party.

i) Judgements entered by the competent court under this Article after trial, or by default, shall, when they have become enforceable under the law applied by that court, become enforceable in the territory of any of the other Contracting Parties as soon as the formalities required by the Contracting Party concerned have been complied with. The merits of the case shall not be the subject of further proceedings. The foregoing provisions shall not apply to interim judgements.

j) If an action is brought against a Contracting Party under this Convention, such Contracting Party may not, except in respect of measures of execution, invoke any jurisdictional immunities before the court competent in accordance with this Article.

N. Paragraph (b) of Article 14 shall be replaced by the following text:

b) “National law” and “national legislation” mean the law or the national legislation of the court having jurisdiction under this Convention over claims arising out of a nuclear incident, excluding the rules on conflict of laws relating to such claims. That law or legislation shall apply to all matters both substantive and procedural not

i) si l’accident nucléaire est survenu en partie hors du territoire de toute Partie Contractante et en partie sur le territoire d’une seule Partie Contractante, aux tribunaux de cette dernière;

ii) dans tout autre cas, aux tribunaux désignés, à la demande d’une Partie Contractante intéressée, par le Tribunal visé à l’article 17, comme étant les tribunaux de la Partie Contractante la plus directement liée à l’accident et affectée par ses conséquences.

g) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents prend, pour les actions en réparation de dommages nucléaires, les dispositions nécessaires pour:

i) que tout État puisse intenter une action au nom de personnes qui ont subi des dommages nucléaires, qui sont des ressortissants de cet État ou qui ont leur domicile ou leur résidence sur son territoire, et qui y ont consenti;

ii) que toute personne puisse intenter une action pour faire valoir, en vertu de la présente Convention, des droits acquis par subrogation ou par cession.

h) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents en vertu de la présente Convention prend les dispositions nécessaires pour qu’un seul de ses tribunaux soit compétent pour statuer sur un accident nucléaire déterminé; les critères de sélection de ce tribunal sont fixés par la législation nationale de cette Partie Contractante.

i) Lorsque les jugements prononcés contradictoirement ou par défaut par le tribunal compétent en vertu des dispositions du présent article sont exécutoires d’après les lois appliquées par ce tribunal, ils deviennent exécutoires sur le territoire de toute autre Partie Contractante dès l’accomplissement des formalités prescrites par la Partie Contractante intéressée. Aucun nouvel examen du fond de l’affaire n’est admis. Cette disposition ne s’applique pas aux jugements qui ne sont exécutoires que provisoirement.

j) Si une action en réparation est intentée contre une Partie Contractante en vertu de la présente Convention, ladite Partie Contractante ne peut invoquer son immunité de juridiction devant le tribunal compétent en vertu du présent article, sauf en ce qui concerne les mesures d’exécution.

N. Le paragraphe (b) de l’article 14 est remplacé par le texte suivant:

b) Le «droit national» et la «législation nationale» signifient le droit ou la législation nationale du tribunal compétent en vertu de la présente Convention pour statuer sur les actions résultant d’un accident nucléaire, à l’exclusion des règles relatives aux conflits de lois. Ce droit ou cette législation est applicable pour toutes les questions de

rechts, das sich auf solche Ansprüche bezieht. Dieses Recht oder diese Gesetzgebung ist auf alle materiell- und verfahrensrechtlichen Fragen anzuwenden, die durch das vorliegende Übereinkommen nicht besonders geregelt sind.

specifically governed by this Convention.

fond et de procédure qui ne sont pas réglées spécialement par la présente Convention.

O. Artikel 15 Absatz (b) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(b) Soweit die Zahlung von Schadensersatz den in Artikel 7 (a) genannten Betrag von 700 Millionen Euro übersteigt, können diese Maßnahmen, unabhängig von ihrer Form, unter Bedingungen angewandt werden, die von den Vorschriften dieses Übereinkommens abweichen.

O. Paragraph (b) of Article 15 shall be replaced by the following text:

b) In so far as compensation for nuclear damage is in excess of the 700 million euro referred to in Article 7(a), any such measure in whatever form may be applied under conditions which may derogate from the provisions of this Convention.

O. Le paragraphe (b) de l’article 15 est remplacé par le texte suivant:

b) Pour la part des dommages nucléaires dont la réparation excéderait le montant de 700 millions d’euros prévu à l’article 7(a), l’application de ces mesures, quelle que soit leur forme, pourrait éventuellement être soumise à des conditions particulières dérogeant aux dispositions de la présente Convention.

P. Nach Artikel 16 wird ein neuer Artikel 16bis eingefügt:

Artikel 16bis

Durch dieses Übereinkommen werden die Rechte und Pflichten einer Vertragspartei auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht berührt.

P. A new Article 16bis shall be added after Article 16 as follows:

Article 16bis

This Convention shall not affect the rights and obligations of a Contracting Party under the general rules of public international law.

P. Un nouvel article 16bis est ajouté après l’article 16, rédigé comme suit:

Article 16bis

La présente Convention n’affecte pas les droits et les obligations d’une Partie Contractante en vertu des règles générales du droit international public.

Q. Artikel 17 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Ergeben sich Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, so beraten die Streitparteien gemeinsam im Hinblick auf eine Beilegung der Streitigkeit durch Verhandlungen oder auf anderem gütlichen Weg.

(b) Ist eine in Absatz (a) genannte Streitigkeit nicht binnen sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, in dem sie von einer der Streitparteien als bestehend bestätigt wurde, beigelegt worden, so treffen sich die Vertragsparteien, um die Streitparteien bei einer gütlichen Einigung zu unterstützen.

(c) Ist eine Beilegung der Streitigkeit nicht binnen drei Monaten nach dem in Absatz (b) genannten Treffen erreicht worden, so wird sie auf Antrag einer der Streitparteien dem Europäischen Kernenergie-Gericht vorgelegt, das durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie errichtet worden ist.

(d) Streitigkeiten über die Festlegung von Seegrenzen liegen nicht im Geltungsbereich dieses Übereinkommens.

Q. Article 17 shall be replaced by the following text:

a) In the event of a dispute arising between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, the parties to the dispute shall consult with a view to settling the dispute by negotiation or other amicable means.

b) Where a dispute referred to in paragraph (a) is not settled within six months from the date upon which such dispute is acknowledged to exist by any party thereto, the Contracting Parties shall meet in order to assist the parties to the dispute to reach a friendly settlement.

c) Where no resolution to the dispute has been reached within three months of the meeting referred to in paragraph (b), the dispute shall, upon the request of any party thereto, be submitted to the European Nuclear Energy Tribunal established by the Convention of 20 December 1957 on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy.

d) Disputes concerning the delimitation of maritime boundaries are outside the scope of this Convention.

Q. L’article 17 est remplacé par le texte suivant:

a) En cas de différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes relatif à l’interprétation ou à l’application de la présente Convention, les parties intéressées se consulteront en vue de régler ce différend par voie de négociation ou autre mode de règlement à l’amiable.

b) Lorsqu’un différend visé au paragraphe (a) n’est pas réglé dans les six mois suivant la date à laquelle un tel différend a été constaté par l’une des parties intéressées, les Parties Contractantes se réuniront pour aider les parties intéressées à parvenir à un règlement à l’amiable.

c) Lorsque le différend n’est pas réglé dans les trois mois suivant la date à laquelle les Parties Contractantes se sont réunies conformément au paragraphe (b), ce différend, à la demande de l’une ou l’autre des parties intéressées, sera soumis au Tribunal Européen pour l’Énergie Nucléaire créé par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l’établissement d’un contrôle de sécurité dans le domaine de l’énergie nucléaire.

d) Les différends se rapportant à la délimitation des zones maritimes sont en dehors du champ de la présente Convention.

R. Artikel 18 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Vorbehalte zu einer oder mehreren Bestimmungen dieses Übereinkommens können jederzeit vor der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Übereinkommens oder vor dem Beitritt zu ihm oder vor der Notifikation gemäß Artikel 23 hinsichtlich des oder der darin genannten

R. Article 18 shall be replaced by the following text:

a) Reservations to one or more of the provisions of this Convention may be made at any time prior to ratification, acceptance or approval of, or accession to, this Convention or prior to the time of notification under Article 23 in respect of any territory or territories mentioned in the notification,

R. L’article 18 est remplacé par le texte suivant:

a) Des réserves portant sur une ou plusieurs dispositions de la présente Convention peuvent être formulées à tout moment avant la ratification, l’acceptation, l’approbation ou l’adhésion à la présente Convention, ou avant la notification faite en vertu de l’article 23 en ce qui concerne le ou les

Hoheitsgebiete gemacht werden. Vorbehalte sind nur zulässig, wenn die Unterzeichnerstaaten ihnen ausdrücklich zugestimmt haben.

(b) Die Zustimmung eines Unterzeichnerstaates ist nicht erforderlich, wenn er dieses Übereinkommen nicht selbst binnen zwölf Monaten, nachdem ihm der Vorbehalt durch den Generalsekretär der Organisation gemäß Artikel 24 mitgeteilt worden ist, ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat.

(c) Jeder gemäß diesem Artikel zugelassene Vorbehalt kann jederzeit durch Notifikation an den Generalsekretär der Organisation zurückgezogen werden.

S. Artikel 19 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt.

(b) Dieses Übereinkommen tritt mit Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden durch mindestens fünf Unterzeichnerstaaten in Kraft. Für jeden Unterzeichnerstaat, der es später ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt es mit Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

T. Artikel 20 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Änderungen dieses Übereinkommens werden im gegenseitigen Einvernehmen aller Vertragsparteien angenommen. Sie treten in Kraft, wenn sie von zwei Dritteln der Vertragsparteien ratifiziert, angenommen oder genehmigt sind. Für jede Vertragspartei, die sie später ratifiziert, annimmt oder genehmigt, treten sie mit der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung in Kraft.

U. Artikel 21 wird ein neuer Absatz (c) mit folgendem Wortlaut angefügt:

(c) Ungeachtet des Artikels 7 (a) kann eine Regierung, die nicht Unterzeichnerstaat dieses Übereinkommens ist, diesem aber nach dem 1. Januar 1999 beitritt, in ihrer Gesetzgebung festlegen, dass die Haftung des Inhabers einer Kernanlage in Bezug auf einen durch ein nukleares Ereignis hervorgerufenen nuklearen Schaden für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren vom Zeitpunkt der Annahme des Protokolls vom 12. Februar 2004 zur Änderung dieses Übereinkommens auf einen Übergangsbetrag von mindestens 350 Millionen Euro für ein innerhalb dieses Zeitraums liegendes

and shall be admissible only if the terms of these reservations have been expressly accepted by the Signatories.

b) Such acceptance shall not be required from a Signatory which has not itself ratified, accepted or approved this Convention within a period of twelve months after the date of notification to it of such reservation by the Secretary-General of the Organisation in accordance with Article 24.

c) Any reservation admitted in accordance with this Article may be withdrawn at any time by notification addressed to the Secretary-General of the Organisation.

S. Article 19 shall be replaced by the following text:

a) This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation.

b) This Convention shall come into force upon the deposit of instruments of ratification, acceptance or approval by not less than five of the Signatories. For each Signatory ratifying, accepting or approving thereafter, this Convention shall come into force upon the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

T. Article 20 shall be replaced by the following text:

Amendments to this Convention shall be adopted by mutual agreement of all the Contracting Parties. They shall come into force when ratified, accepted or approved by two-thirds of the Contracting Parties. For each Contracting Party ratifying, accepting or approving thereafter, they shall come into force at the date of such ratification, acceptance or approval.

U. A new paragraph (c) shall be added to Article 21 to read as follows:

c) Notwithstanding Article 7(a), where a Government which is not a Signatory to this Convention accedes to this Convention after 1 January 1999, it may provide under its legislation that the liability of the operator in respect of nuclear damage caused by any one nuclear incident may be limited, for a maximum period of five years from the date of the adoption of the Protocol of 12 February 2004 to amend this Convention, to a transitional amount of not less 350 million euro in respect of a nuclear incident occurring within that period.

territoires visés par cette notification; ces réserves ne sont recevables que si leurs termes ont été expressément acceptés par les Signataires.

b) Toutefois, l'acceptation d'un Signataire n'est pas requise, si celui-ci n'a pas lui-même ratifié, accepté ou approuvé la Convention dans un délai de douze mois à partir de la date où la notification de la réserve lui a été communiquée par le Secrétaire général de l'Organisation, conformément à l'article 24.

c) Toute réserve acceptée conformément au présent article peut être retirée à tout moment par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation.

S. L'article 19 est remplacé par le texte suivant:

a) La présente Convention sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

b) La présente Convention entrera en vigueur dès que cinq au moins des Signataires auront déposé leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Pour tout Signataire qui la ratifiera, l'acceptera ou l'approuvera ultérieurement, la présente Convention entrera en vigueur dès qu'il aura déposé son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

T. L'article 20 est remplacé par le texte suivant:

Les modifications à la présente Convention seront adoptées par accord mutuel de toutes les Parties Contractantes. Elles entreront en vigueur lorsqu'elles auront été ratifiées, acceptées ou approuvées par les deux tiers des Parties Contractantes. Pour toute Partie Contractante qui les ratifiera, acceptera ou approuvera ultérieurement, les modifications entreront en vigueur à la date de cette ratification, acceptation ou approbation.

U. Un nouveau paragraphe (c) est ajouté à l'article 21, rédigé comme suit:

c) Nonobstant l'article 7(a), lorsqu'un Gouvernement d'un pays non Signataire de la présente Convention y adhère après le 1er janvier 1999, il peut prévoir dans sa législation que la responsabilité de l'exploitant pour les dommages nucléaires causés par chaque accident nucléaire peut être limitée, pour une durée maximum de cinq ans à compter de la date d'adoption du Protocole du 12 février 2004 portant modification de la présente Convention, à un montant transitoire qui n'est pas inférieur à 350 millions d'euros en ce qui concerne un accident nucléaire survenant

nukleares Ereignis begrenzt sein kann.

V. In Artikel 22 wird Absatz (c) zu Absatz (d), und ein neuer Absatz (c) wird in Artikel 22 eingefügt; er lautet wie folgt:

(c) Die Vertragsparteien beraten nach Ablauf jeder Fünfjahresfrist ab dem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt, gemeinsam über alle Fragen von gemeinsamem Interesse, die durch die Anwendung dieses Übereinkommens aufgeworfen werden; insbesondere um zu prüfen, ob Erhöhungen der Beträge für die Haftung und für die finanzielle Sicherheit gemäß diesem Übereinkommen wünschenswert sind.

W. Artikel 23 Absatz (b) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(b) Jeder Unterzeichnerstaat oder jede Vertragspartei kann anlässlich der Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens oder dem Beitritt zu ihm oder zu jedem späteren Zeitpunkt dem Generalsekretär der Organisation notifizieren, dass dieses Übereinkommen auch in den nicht unter Absatz (a) fallenden Gebieten der Vertragsparteien gilt, die in der Notifikation angeführt werden; dies gilt auch für Gebiete, für deren internationale Beziehungen der Unterzeichnerstaat oder die Vertragspartei verantwortlich ist. Jede derartige Notifikation kann bezüglich der darin angeführten Gebiete unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch ein an den Generalsekretär der Organisation zu richtendes Schreiben zurückgezogen werden.

X. Artikel 24 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Der Generalsekretär der Organisation zeigt allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten den Eingang jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Beitritts- oder Kündigungsurkunde, jeder Notifikation gemäß Artikel 13 (b) und 23 und jeder Entscheidung des Direktionsausschusses gemäß Artikel 1 (a) (ii), 1 (a) (iii) und 1 (b) an. Er notifiziert ihnen auch den Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt, den Wortlaut aller Änderungen, den Zeitpunkt, in dem sie in Kraft treten, sowie jeden gemäß Artikel 18 gemachten Vorbehalt.

Y. Der in den folgenden Artikeln gebrauchte Ausdruck „Schaden“ wird durch den Ausdruck „nuklearer Schaden“ ersetzt:

Artikel 4 (a) und (b)

Artikel 5 (a) und (c)

Artikel 6 (a), (b), (d), (f) und (h).

V. Paragraph (c) of Article 22 shall be renumbered as paragraph (d) and a new paragraph (c) shall be added to read as follows:

c) The Contracting Parties shall consult each other at the expiry of each five year period following the date upon which this Convention comes into force, upon all problems of common interest raised by the application of this Convention, and in particular, to consider whether increases in the liability and financial security amounts under this Convention are desirable.

W. Paragraph (b) of Article 23 shall be replaced by the following text:

b) Any Signatory or Contracting Party may, at the time of signature, ratification, acceptance or approval of, or accession to, this Convention or at any later time, notify the Secretary-General of the Organisation that this Convention shall apply to those of its territories, including the territories for whose international relations it is responsible, to which this Convention is not applicable in accordance with paragraph (a) of this Article and which are mentioned in the notification. Any such notification may, in respect of any territory or territories mentioned therein, be withdrawn by giving twelve months' notice to that effect to the Secretary-General of the Organisation.

X. Article 24 shall be replaced with the following text:

The Secretary-General of the Organisation shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, acceptance, approval, accession or withdrawal, of any notification under Articles 13(b) and 23, of decisions of the Steering Committee under Article 1(a)(ii), 1(a)(iii) and 1(b), of the date on which this Convention comes into force, of the text of any amendment thereto and the date on which such amendment comes into force, and of any reservation made in accordance with Article 18.

Y. The term “damage” appearing in the following articles shall be replaced by the term “nuclear damage”:

Article 4(a) and (b)

Article 5(a) and (c)

Article 6(a), (b), (d), (f) and (h).

pendant cette période.

V. Le paragraphe (c) de l’article 22 est renuméroté (d) et un nouveau paragraphe (c) est ajouté à l’article 22, rédigé comme suit:

c) Les Parties Contractantes se consulteront, à l’expiration de chaque période de cinq ans suivant la date de l’entrée en vigueur de la présente Convention, à l’égard de tous les problèmes d’intérêt commun posés par l’application de la présente Convention et, notamment, sur l’opportunité d’augmenter les montants de responsabilité et de garantie financière.

W. Le paragraphe (b) de l’article 23 est remplacé par le texte suivant:

b) Tout Signataire ou Partie Contractante peut, au moment de la signature ou de la ratification, l’acceptation ou l’approbation de la présente Convention ou de son adhésion à la présente Convention, ou ultérieurement à tout moment, indiquer par notification adressée au Secrétaire général de l’Organisation que la présente Convention s’applique à ceux de ses territoires, y compris les territoires pour lesquels la Partie Contractante est responsable dans les relations internationales, auxquels elle n’est pas applicable en vertu du paragraphe (a) du présent article et qui sont désignés dans la notification. Une telle notification peut, en ce qui concerne tout territoire qui y est désigné, être retirée en donnant un préavis d’un an à cet effet au Secrétaire général de l’Organisation.

X. L’article 24 est remplacé par le texte suivant:

Le Secrétaire général de l’Organisation donnera communication à tous les Signataires et Gouvernements ayant adhéré à la Convention de la réception des instruments de ratification, d’acceptation, d’approbation, d’adhésion et de retrait, ainsi que des notifications faites en vertu des articles 13(b) et 23 et des décisions prises par le Comité de Direction en vertu de l’article 1(a)(ii), 1(a)(iii) et 1(b). Il leur notifiera également la date de l’entrée en vigueur de la présente Convention, le texte des modifications adoptées et la date de l’entrée en vigueur desdites modifications, ainsi que les réserves faites conformément à l’article 18.

Y. Le terme «dommage» est remplacé par les termes «dommage nucléaire» dans les articles suivants:

Article 4(a) et (b)

Article 5(a) et (c)

Article 6(a), (b), (d), (f) et (h).

Z. In Artikel 4 Satz 1 des französischen Wortlauts wird das Wort „stockage“ durch das Wort „entreposage“ ersetzt; in Absatz (a) desselben Artikels wird das Wort „transportées“ durch den Ausdruck „en cours de transport“ ersetzt. In Artikel 6 (h) des englischen Wortlauts wird das Wort „workmen's“ durch das Wort „workers“ ersetzt.

AA. Anhang II des Übereinkommens wird gestrichen.

II.

(a) Die Bestimmungen dieses Protokolls sind im Verhältnis seiner Vertragsparteien untereinander Bestandteil des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 (im Folgenden „Übereinkommen“ genannt); das Übereinkommen wird als „Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964, des Protokolls vom 16. November 1982 und des Protokolls vom 12. Februar 2004“ bezeichnet.

(b) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinterlegt.

(c) Die Unterzeichner dieses Protokolls, die das Übereinkommen bereits ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, bekunden ihre Absicht, das Protokoll so bald wie möglich zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen. Die anderen Unterzeichner dieses Protokolls verpflichten sich, es gleichzeitig mit der Ratifikation des Übereinkommens zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen.

(d) Dieses Protokoll steht nach Artikel 21 des Übereinkommens zum Beitritt offen. Der Beitritt zum Übereinkommen ist nur zulässig, wenn er mit dem Beitritt zum Protokoll verbunden ist.

(e) Dieses Protokoll tritt nach Artikel 20 des Übereinkommens in Kraft.

(f) Der Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigt allen Unterzeichnern und allen beitretenden Regierungen den Eingang jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- und Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll an.

Z. In the first sentence of Article 4 of the French text the word “stockage” shall be replaced by the word “entreposage”, and in this same Article the word “transportées” is replaced by the words “en cours de transport”. In paragraph (h) of Article 6 of the English text, the word “workmen's” shall be replaced by the word “workers”.

AA. Annex II of the Convention shall be deleted.

II.

a) The provisions of this Protocol shall, as between the Parties thereto, form an integral part of the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982 (hereinafter referred to as the “Convention”), which shall be known as the “Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964, by the Protocol of 16 November 1982 and by the Protocol of 12 February 2004”.

b) This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval. An instrument of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development.

c) The Signatories of this Protocol who have already ratified or acceded to the Convention express their intention to ratify, accept or approve this Protocol as soon as possible. The other Signatories of this Protocol undertake to ratify, accept or approve it at the same time as they ratify the Convention.

d) This Protocol shall be open for accession in accordance with the provisions of Article 21 of the Convention. Accessions to the Convention will be accepted only if they are accompanied by accession to this Protocol.

e) This Protocol shall come into force in accordance with the provisions of Article 20 of the Convention.

f) The Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession to this Protocol.

Z. Dans la première phrase de l'article 4, les mots «le stockage» sont remplacés par «l'entreposage» et dans le paragraphe (a) de ce même article, le mot «transportées» est remplacé par «en cours de transport» (texte en langue française seulement). Dans le paragraphe (h) de l'article 6, le mot «workmen's» est remplacé par «workers» (texte en langue anglaise seulement).

A.A. L'Annexe II de la Convention est supprimée.

II.

a) Entre les Parties au présent Protocole, les dispositions dudit Protocole font partie intégrante de la Convention du 29 juillet 1960 sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982 (appelée ci-après la «Convention» qui sera dénommée «Convention du 29 juillet 1960 sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964, par le Protocole du 16 novembre 1982 et par le Protocole du 12 février 2004».

b) Le présent Protocole sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent Protocole seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques.

c) Les Signataires du présent Protocole qui ont déjà ratifié ou adhéré à la Convention, expriment leur intention de ratifier, accepter ou approuver aussitôt que possible le présent Protocole. Les autres Signataires du présent Protocole s'engagent à le ratifier, l'accepter ou l'approuver en même temps qu'ils ratifieront la Convention.

d) Le présent Protocole sera ouvert à l'adhésion conformément aux dispositions de l'article 21 de la Convention. Aucune adhésion à la Convention ne sera reçue si elle n'est accompagnée d'une adhésion au présent Protocole.

e) Le présent Protocole entrera en vigueur conformément aux dispositions de l'article 20 de la Convention.

f) Le Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques donnera communication à tous les Signataires, ainsi qu'aux Gouvernements adhérents, de la réception des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion à ce Protocole.

Protokoll zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982

Protocol to amend the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982

Protocole portant modification de la Convention du 31 janvier 1963 Complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Spanien, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Republik Slowenien, des Königreichs Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

in der Erwägung, dass einige Bestimmungen des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 durch das am 12. Februar 2004 in Paris geschlossene Protokoll, dessen Unterzeichner sie sind, geändert wurden;

in der Erwägung, dass es wünschenswert ist, auch das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 zu ändern –

sind wie folgt übereingekommen:

I.

Das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 wird wie folgt geändert:

The Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the Kingdom of Spain, the Republic of Finland, the French Republic, the Italian Republic, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Republic of Slovenia, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation;

Considering that certain provisions of the Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982, have been amended by the Protocol concluded at Paris on 12 February 2004, and of which they are Signatories;

Considering that it is desirable to amend also the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982;

Have agreed as follows:

I.

The Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982, is amended as follows:

Les Gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, du Royaume de l'Espagne, de la République de Finlande, de la République Française, de la République Italienne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de la République de Slovénie, du Royaume de Suède et de la Confédération Suisse;

considérant que certaines dispositions de la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982, ont été modifiées par le Protocole conclu à Paris le 12 février 2004, dont ils sont Signataires;

considérant qu'il est souhaitable de modifier également la Convention du 31 janvier 1963 Complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982;

sont convenus de ce qui suit:

I.

La Convention du 31 janvier 1963 Complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982, est modifiée comme suit:

A. Absatz 2 der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

als Vertragsparteien des im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, geschlossenen Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des am 28. Januar 1964 in Paris geschlossenen Zusatzprotokolls, des am 16. November 1982 in Paris geschlossenen Protokolls und des am 12. Februar 2004 in Paris geschlossenen Protokolls (im Folgenden „Pariser Übereinkommen“ genannt);

B. Artikel 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 2

a) Unter dieses Übereinkommen fällt nuklearer Schaden, für den auf Grund des Pariser Übereinkommens der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei dieses Übereinkommens (im Folgenden „Vertragspartei“ genannt) gelegenen, für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlage haftet, und der entstanden ist

i) im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder

ii) in oder über den Meeresgebieten außerhalb des Küstenmeers einer Vertragspartei

1. an Bord eines die Flagge einer Vertragspartei führenden Schiffes oder durch ein solches Schiff, oder an Bord eines im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registrierten Luftfahrzeugs oder durch ein solches Luftfahrzeug, oder auf einer der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei unterstehenden künstlichen Insel, Anlage oder Struktur oder durch eine solche Insel, Anlage oder Struktur oder
2. einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei

mit Ausnahme von Schaden, der in oder über dem Küstenmeer eines Nichtvertragsstaates dieses Übereinkommens entstanden ist, oder

iii) in oder über der ausschließlichen Wirtschaftszone einer Vertragspartei oder auf dem Festlandsockel einer Vertragspartei in Verbindung mit der Ausbeutung oder Erforschung der natürlichen Ressourcen dieser ausschließlichen Wirtschaftszone oder dieses Festlandsockels,

vorausgesetzt, dass die Gerichte einer Vertragspartei gemäß dem Pariser Übereinkommen zuständig sind.

b) Jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat kann bei der Unterzeichnung dieses

A. The second paragraph of the Preamble shall be replaced by the following text:

Being Parties to the Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development, and as amended by the Additional Protocol concluded at Paris on 28 January 1964, by the Protocol concluded at Paris on 16 November 1982 and by the Protocol concluded at Paris on 12 February 2004 (hereinafter referred to as the “Paris Convention”);

B. Article 2 shall be replaced by the following text:

Article 2

a) The system of this Convention shall apply to nuclear damage for which an operator of a nuclear installation, used for peaceful purposes, situated in the territory of a Contracting Party to this Convention (hereinafter referred to as a “Contracting Party”), is liable under the Paris Convention, and which is suffered:

i) in the territory of a Contracting Party; or

ii) in or above maritime areas beyond the territorial sea of a Contracting Party

1. on board or by a ship flying the flag of a Contracting Party, or on board or by an aircraft registered in the territory of a Contracting Party, or on or by an artificial island, installation or structure under the jurisdiction of a Contracting Party, or
2. by a national of a Contracting Party,

excluding damage suffered in or above the territorial sea of a State not Party to this Convention; or

iii) in or above the exclusive economic zone of a Contracting Party or on the continental shelf of a Contracting Party in connection with the exploitation or the exploration of the natural resources of that exclusive economic zone or continental shelf,

provided that the courts of a Contracting Party have jurisdiction pursuant to the Paris Convention.

b) Any Signatory or acceding Government may, at the time of signature of or

A. Le deuxième paragraphe du préambule est remplacé par le texte suivant:

Parties à la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l’énergie nucléaire, conclue dans le cadre de l’Organisation Européenne de Coopération Économique devenue l’Organisation de Coopération et de Développement Économiques et telle qu’elle a été modifiée par le Protocole Additionnel conclu à Paris, le 28 janvier 1964, par le Protocole conclu à Paris, le 16 novembre 1982 et par le Protocole conclu à Paris, le 12 février 2004 (ci-après dénommée la «Convention de Paris»);

B. L’article 2 est remplacé par le texte suivant:

Article 2

a) Le régime de la présente Convention s’applique aux dommages nucléaires dont la responsabilité incombe, en vertu de la Convention de Paris, à l’exploitant d’une installation nucléaire à usage pacifique, située sur le territoire d’une Partie Contractante à la présente Convention (ci-après dénommée «Partie Contractante»), et qui sont subis:

i) sur le territoire d’une Partie Contractante, ou

ii) dans les zones maritimes situées au-delà de la mer territoriale d’une Partie Contractante ou au-dessus de telles zones,

1. à bord d’un navire ou par un navire battant pavillon d’une Partie Contractante ou à bord d’un aéronef ou par un aéronef immatriculé sur le territoire d’une Partie Contractante ou dans ou par une île artificielle, une installation ou une construction sous la juridiction d’une Partie Contractante ou
2. par un ressortissant d’une Partie Contractante,

à l’exclusion d’un dommage subi dans la mer territoriale d’un État non-Contractant ou au-dessus, ou

iii) dans la zone économique exclusive d’une Partie Contractante ou au-dessus ou sur le plateau continental d’une Partie Contractante, à l’occasion de l’exploitation ou de la prospection des ressources naturelles de cette zone économique exclusive ou de ce plateau continental,

sous réserve que les tribunaux d’une Partie Contractante soient compétents conformément à la Convention de Paris.

b) Tout Signataire ou Gouvernement adhérent peut, au moment de la signature

Übereinkommens, bei seinem Beitritt zu diesem oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde erklären, dass er natürliche Personen, die im Sinne seiner Gesetzgebung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben, oder bestimmte Gruppen solcher Personen bei der Anwendung des Absatzes a) ii) 2. seinen Staatsangehörigen gleichstellt.

c) Im Sinne dieses Artikels schließt der Ausdruck „Staatsangehöriger einer Vertragspartei" eine Vertragspartei und alle ihre Gebietskörperschaften sowie öffentliche und private Gesellschaften und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit ein, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ihren Sitz haben.

C. Artikel 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 3

a) Unter den in diesem Übereinkommen festgelegten Bedingungen verpflichten sich die Vertragsparteien, dafür Sorge zu tragen, dass Entschädigung für den in Artikel 2 genannten nuklearen Schaden vorbehaltlich der Anwendung des Artikels 12bis bis zu einem Betrag von 1 500 Millionen Euro je nuklearem Ereignis geleistet wird.

b) Diese Entschädigung wird wie folgt geleistet:

i) bis zu einem Betrag von mindestens 700 Millionen Euro, der zu diesem Zweck in der Gesetzgebung derjenigen Vertragspartei festgesetzt wird, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, durch Mittel, die aus einer Versicherung oder einer sonstigen finanziellen Sicherheit stammen, oder durch gemäß Artikel 10 c) des Pariser Übereinkommens bereitgestellte öffentliche Mittel, wobei diese Mittel bis zu einem Betrag von 700 Millionen Euro in Übereinstimmung mit dem Pariser Übereinkommen verteilt werden;

ii) zwischen dem in Absatz b) i) genannten Betrag und 1 200 Millionen Euro durch öffentliche Mittel, die von derjenigen Vertragspartei bereitzustellen sind, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist;

iii) zwischen 1 200 Millionen Euro und 1 500 Millionen Euro durch öffentliche Mittel, die von den Vertragsparteien nach dem in Artikel 12 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel bereitzustellen sind, wobei dieser Betrag in Übereinstimmung mit der in Artikel 12bis genannten Regelung erhöht werden kann.

c) Zu diesem Zweck muss jede Vertragspartei

i) entweder in ihrer Gesetzgebung festlegen, dass die Haftung des Inhabers einer Kernanlage mindestens die Höhe

accession to this Convention or on the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval declare that, for the purposes of the application of paragraph (a)(ii)2 of this Article, individuals or certain categories thereof, considered under its law as having their habitual residence in its territory, are assimilated to its own nationals.

c) In this Article, the expression "a national of a Contracting Party" shall include a Contracting Party or any of its constituent sub-divisions, or a partnership, or any public or private body whether corporate or not, established in the territory of a Contracting Party.

C. Article 3 shall be replaced by the following text:

Article 3

a) Under the conditions established by this Convention, the Contracting Parties undertake that compensation in respect of nuclear damage referred to in Article 2 shall be provided up to the amount of 1 500 million euro per nuclear incident, subject to the application of Article 12bis.

b) Such compensation shall be provided as follows:

i) up to an amount of at least 700 million euro, out of funds provided by insurance or other financial security, or out of public funds provided pursuant to Article 10(c) of the Paris Convention, such amount to be established under the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated, and to be distributed, up to 700 million euro, in accordance with the Paris Convention;

ii) between the amount referred to in paragraph (b)(i) of this Article and 1 200 million euro out of public funds to be made available by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated;

iii) between 1 200 million euro and 1 500 million euro out of public funds to be made available by the Contracting Parties according to the formula for contributions referred to in Article 12, subject to such amount being increased in accordance with the mechanism referred to in Article 12bis.

c) For this purpose, each Contracting Party shall either:

i) establish under its legislation that the liability of the operator shall not be less than the amount referred to in para-

de la présente Convention ou de son adhésion à celle-ci ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, déclarer qu'il assimile à ses propres ressortissants, aux fins de l'application du paragraphe (a)(ii) 2 ci-dessus, les personnes physiques qui ont leur résidence habituelle sur son territoire au sens de sa législation, ou certaines catégories d'entre elles.

c) Au sens du présent article, l'expression «ressortissant d'une Partie Contractante» couvre une Partie Contractante ou toute subdivision politique d'une telle Partie, ou toute personne morale de droit public ou de droit privé, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique établie, sur le territoire d'une Partie Contractante.

C. L'article 3 est remplacé par le texte suivant:

Article 3

a) Dans les conditions fixées par la présente Convention, les Parties Contractantes s'engagent à ce que la réparation des dommages nucléaires visés à l'article 2 soit effectuée à concurrence d'un montant de 1 500 millions d'euros par accident nucléaire, sous réserve de l'application de l'article 12bis.

b) Cette réparation est effectuée comme suit:

i) à concurrence d'un montant au moins égal à 700 millions d'euros, fixé à cet effet en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, au moyen de fonds provenant d'une assurance ou d'une autre garantie financière ou de fonds publics alloués conformément à l'article 10(c) de la Convention de Paris, ces fonds étant répartis jusqu'à concurrence de 700 millions d'euros, conformément à la Convention de Paris;

ii) entre le montant visé à l'alinéa (i) ci-dessus et 1 200 millions d'euros, au moyen de fonds publics à allouer par la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable;

iii) entre 1 200 millions d'euros et 1 500 millions d'euros, au moyen de fonds publics à allouer par les Parties Contractantes selon la clé de répartition prévue à l'article 12, ce montant pouvant être accru conformément au mécanisme prévu à l'article 12bis.

c) À cet effet, chaque Partie Contractante doit:

i) soit prévoir dans sa législation que la responsabilité de l'exploitant n'est pas inférieure au montant visé au para-

des in Absatz a) genannten Betrags erreichen muss, und bestimmen, dass diese Haftung aus den in Absatz b) genannten Mitteln gedeckt wird, oder

ii) in ihrer Gesetzgebung festlegen, dass die Haftung des Inhabers einer Kernanlage mindestens die Höhe des nach Absatz b) i) oder Artikel 7 b) des Pariser Übereinkommens festgesetzten Betrags erreichen muss, und bestimmen, dass über diesen Betrag hinaus bis zu dem in Absatz a) genannten Betrag die in Absatz b) i), ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt als dem der Deckung der Haftung des Inhabers bereitgestellt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die materiellen und Verfahrensvorschriften dieses Übereinkommens unberührt bleiben.

d) Die Erfüllung der Verpflichtung des Inhabers einer Kernanlage zum Ersatz des Schadens oder der Zinsen und Kosten aus Mitteln gemäß Absatz b) ii) und iii) und Absatz g) kann gegen ihn jeweils nur insoweit durchgesetzt werden, wie diese Mittel tatsächlich bereitstehen.

e) Macht ein Staat von der in Artikel 21 c) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, so kann er nur dann Vertragspartei dieses Übereinkommens werden, wenn er sicherstellt, dass Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Differenz zwischen dem Haftungsbetrag des Inhabers einer Kernanlage und 700 Millionen Euro zu decken.

f) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Durchführung dieses Übereinkommens von der in Artikel 15 b) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis zur Festsetzung besonderer Bedingungen über die in diesem Übereinkommen festgesetzten Bedingungen hinaus bei dem Schadensersatz für nuklearen Schaden, der aus den in Absatz a) genannten Mitteln geleistet wird, keinen Gebrauch zu machen.

g) Die in Artikel 7 h) des Pariser Übereinkommens genannten Zinsen und Kosten sind zusätzlich zu den in Absatz b) genannten Beträgen zu zahlen und gehen zu Lasten

i) des haftenden Inhabers, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) i) bezeichneten Mitteln entfallen;

ii) der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage dieses haftenden Inhabers gelegen ist, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) ii) bezeichneten Mitteln entfallen und in dem Maße, wie diese Vertragspartei Mittel zur Verfügung stellt;

iii) aller Vertragsparteien, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) iii) bezeichneten Mitteln entfallen.

h) Die in diesem Übereinkommen genannten Beträge werden in die Landes-

graph (a) of this Article, and provide that such liability shall be covered by all the funds referred to in paragraph (b) of this Article; or

ii) establish under its legislation the liability of the operator at an amount at least equal to that established pursuant to paragraph (b)(i) of this Article or Article 7(b) of the Paris Convention, and provide that, in excess of such amount and up to the amount referred to in paragraph (a) of this Article, the public funds referred to in paragraphs (b)(i), (ii) and (iii) of this Article shall be made available by some means other than as cover for the liability of the operator, provided that the rules of substance and procedure laid down in this Convention are not thereby affected.

d) The obligation of the operator to pay compensation, interest or costs out of public funds made available pursuant to paragraphs (b)(ii) and (iii) and (g) of this Article shall only be enforceable against the operator as and when such funds are in fact made available.

e) Where a State makes use of the option provided for under Article 21(c) of the Paris Convention, it may only become a Contracting Party to this Convention if it ensures that funds will be available to cover the difference between the amount for which the operator is liable and 700 million euro.

f) The Contracting Parties, in carrying out this Convention, undertake not to make use of the right provided for in Article 15(b) of the Paris Convention to apply special conditions, other than those laid down in this Convention, in respect of compensation for nuclear damage provided out of the funds referred to in paragraph (a) of this Article.

g) The interest and costs referred to in Article 7(h) of the Paris Convention are payable in addition to the amounts referred to in paragraph (b) of this Article, and shall be borne in so far as they are awarded in respect of compensation payable out of the funds referred to in:

i) paragraph (b)(i) of this Article, by the operator liable;

ii) paragraph (b)(ii) of this Article, by the Contracting Party in whose territory the installation of the operator liable is situated to the extent of the funds made available by that Contracting Party;

iii) paragraph (b)(iii) of this Article, by the Contracting Parties together.

h) The amounts mentioned in this Convention shall be converted into the national

graphe (a) ci-dessus et disposer que cette responsabilité est couverte par l'ensemble des fonds visés au paragraphe (b) ci-dessus;

ii) soit prévoir dans sa législation que la responsabilité de l'exploitant est fixée à un niveau au moins égal à celui qui est fixé conformément au paragraphe (b)(i) ci-dessus ou à l'article 7(b) de la Convention de Paris, et disposer qu'au-delà de ce montant et jusqu'au montant visé au paragraphe (a) ci-dessus, les fonds publics visés au paragraphe (b)(i), (ii) et (iii) ci-dessus sont alloués à un titre différent de celui d'une couverture de la responsabilité de l'exploitant; toutefois, elle ne doit pas porter atteinte aux règles de fond et de procédure fixées par la présente Convention.

d) Les créances découlant de l'obligation, pour l'exploitant, de réparer des dommages ou de payer des intérêts et dépens au moyen des fonds alloués conformément aux paragraphes b(ii) et (iii) et (g) du présent article ne sont exigibles à son égard qu'au fur et à mesure de l'allocation effective de ces fonds.

e) Si un État fait usage de la faculté prévue par l'article 21(c) de la Convention de Paris, il ne peut devenir Partie Contractante à la présente Convention qu'à la condition qu'il garantisse que des fonds sont disponibles pour couvrir la différence entre le montant pour lequel l'exploitant est responsable et 700 millions d'euros.

f) Les Parties Contractantes s'engagent à ne pas faire usage, dans l'exécution de la présente Convention, de la faculté prévue à l'article 15(b) de la Convention de Paris d'édicter des conditions particulières, autres que celles prévues par la présente Convention, pour la réparation des dommages nucléaires au moyen des fonds visés au paragraphe (a) du présent article.

g) Les intérêts et dépens visés à l'article 7(h) de la Convention de Paris sont payables au-delà des montants indiqués au paragraphe (b) ci-dessus. Dans la mesure où ils sont alloués au titre d'une réparation payable sur les fonds visés:

i) au paragraphe (b)(i) ci-dessus, ils sont à la charge de l'exploitant responsable;

ii) au paragraphe (b)(ii) ci-dessus, ils sont à la charge de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de cet exploitant, dans la limite des fonds alloués par cette Partie Contractante;

iii) au paragraphe (b)(iii) ci-dessus, ils sont à la charge de l'ensemble des Parties Contractantes.

h) Les montants mentionnés dans la présente Convention sont convertis dans la

währung der Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, entsprechend dem Wert dieser Währung am Tage des Ereignisses umgerechnet, sofern nicht ein anderer Tag für ein bestimmtes Ereignis einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien festgesetzt worden ist.

D. Artikel 4 wird gestrichen.

E. Artikel 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 5

Steht dem haftenden Inhaber einer Kernanlage gemäß Artikel 6 f) des Pariser Übereinkommens ein Rückgriffsrecht zu, so steht den Vertragsparteien dieses Übereinkommens dasselbe Rückgriffsrecht zu, soweit öffentliche Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) und g) bereitgestellt werden.

F. Artikel 6 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 6

Bei der Berechnung der gemäß diesem Übereinkommen bereitzustellenden öffentlichen Mittel werden bei Tötung oder Verletzung eines Menschen nur die innerhalb von dreißig Jahren nach Eintritt des nuklearen Ereignisses und bei anderem nuklearen Schaden nur die innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt des nuklearen Ereignisses geltend gemachten Entschädigungsansprüche berücksichtigt. Diese Frist verlängert sich in den in Artikel 8 e) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Fällen unter den dort festgesetzten Bedingungen. Die nach Ablauf dieser Frist gemäß Artikel 8 f) des Pariser Übereinkommens zusätzlich geltend gemachten Ansprüche werden ebenfalls berücksichtigt.

G. Artikel 7 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 7

Macht eine Vertragspartei von der in Artikel 8 d) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis Gebrauch, so ist die von ihr festgesetzte Frist eine mindestens dreijährige Verjährungsfrist, die mit dem Zeitpunkt beginnt, in dem der Geschädigte von dem Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hat oder hätte Kenntnis haben müssen.

H. Artikel 8 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 8

Alle Personen, auf welche die Bestimmungen dieses Übereinkommens Anwendung finden, haben Anspruch auf vollstän-

currency of the Contracting Party whose courts have jurisdiction in accordance with the value of that currency at the date of the incident, unless another date is fixed for a given incident by agreement between the Contracting Parties.

D. Article 4 shall be deleted.

E. Article 5 shall be replaced by the following text:

Article 5

Where the operator liable has a right of recourse pursuant to Article 6(f) of the Paris Convention, the Contracting Parties to this Convention shall have the same right of recourse, to the extent that public funds have been made available pursuant to Article 3(b) and (g).

F. Article 6 shall be replaced by the following text:

Article 6

In calculating the public funds to be made available pursuant to this Convention, account shall be taken only of those rights to compensation exercised within thirty years from the date of the nuclear incident in the case of loss of life or personal injury, and ten years from the date of the nuclear incident in the case of all other nuclear damage. Such period is, moreover, extended in the cases and under the conditions laid down in Article 8(e) of the Paris Convention. Amendments made to claims after the expiry of this period, under the conditions laid down in Article 8(f) of the Paris Convention, shall also be taken into account.

G. Article 7 shall be replaced by the following text:

Article 7

Where a Contracting Party makes use of the right provided for in Article 8(d) of the Paris Convention, the period which it establishes shall be a period of prescription of at least three years either from the date at which the person suffering damage has knowledge or from the date at which he ought reasonably to have known of both the damage and the operator liable.

H. Article 8 shall be replaced by the following text:

Article 8

Any person who is entitled to benefit from the provisions of this Convention shall have the right to full compensation in

monnaie nationale de la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents suivant la valeur de cette monnaie à la date de l'accident à moins qu'une autre date ne soit fixée d'un commun accord pour un accident donné, par les Parties Contractantes.

D. L'article 4 est supprimé.

E. L'article 5 est remplacé par le texte suivant:

Article 5

Dans le cas où l'exploitant responsable a un droit de recours conformément à l'article 6(f) de la Convention de Paris, les Parties Contractantes à la présente Convention ont le même droit dans la mesure où des fonds publics sont alloués en vertu de l'article 3(b) et (g).

F. L'article 6 est remplacé par le texte suivant:

Article 6

Pour le calcul des fonds publics à allouer en vertu de la présente Convention, seuls sont pris en considération les droits à réparation exercés du fait de décès ou de dommage aux personnes dans un délai de trente ans à compter de l'accident nucléaire et du fait de tout autre dommage nucléaire dans un délai de dix ans à compter de l'accident nucléaire. De tels délais sont en outre prolongés dans les cas et aux conditions fixées à l'article 8(e) de la Convention de Paris. Les demandes complémentaires présentées après l'expiration de ce délai, dans les conditions prévues à l'article 8(f) de la Convention de Paris, sont également prises en considération.

G. L'article 7 est remplacé par le texte suivant:

Article 7

Lorsqu'une Partie Contractante fait usage de la faculté prévue à l'article 8(d) de la Convention de Paris, le délai qu'elle fixe est un délai de prescription de trois ans au moins à compter soit du moment où le lésé a eu connaissance du dommage et de l'exploitant responsable, soit du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance.

H. L'article 8 est remplacé par le texte suivant:

Article 8

Toute personne bénéficiant des dispositions de la présente Convention a droit à la réparation intégrale du dommage nucléaire

digen Ersatz des eingetretenen nuklearen Schadens nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Jedoch kann eine Vertragspartei für den Fall, dass der Schadensbetrag 1 500 Millionen Euro übersteigt oder zu übersteigen droht, angemessene Kriterien für die Verteilung der gemäß diesem Übereinkommen verfügbaren Entschädigungssummen aufstellen. Dabei darf kein Unterschied hinsichtlich der Herkunft der Mittel und, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 2, hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthalts des Geschädigten gemacht werden.

accordance with national law for nuclear damage suffered, provided that where the amount of such damage exceeds or is likely to exceed 1 500 million euro, a Contracting Party may establish equitable criteria for apportioning the amount of compensation that is available under this Convention. Such criteria shall be applied whatever the origin of the funds and, subject to the provisions of Article 2, without discrimination based on the nationality, domicile or residence of the person suffering the damage.

subi, conformément aux dispositions prévues par le droit national. Toutefois, une Partie Contractante peut fixer des critères de répartition équitables de la réparation disponible en vertu de la présente Convention pour le cas où le montant des dommages dépasse ou risque de dépasser 1 500 millions d'euros, sans qu'il en résulte, quelle que soit l'origine des fonds et sous réserve des dispositions de l'article 2, de discrimination en fonction de la nationalité, du domicile ou de la résidence de la personne ayant subi le dommage.

I. Artikel 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 9

a) Die Auszahlung der nach diesem Übereinkommen bereitgestellten öffentlichen Mittel wird von derjenigen Vertragspartei geregelt, deren Gerichte zuständig sind.

b) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit die durch nukleare Ereignisse Geschädigten ihre Entschädigungsansprüche geltend machen können, ohne verschiedene Verfahren je nach Herkunft der für die Entschädigung bestimmten Mittel einleiten zu müssen.

c) Eine Vertragspartei ist verpflichtet, die in Artikel 3 Absatz b) iii) genannten Mittel bereitzustellen, wenn die Entschädigungssumme nach diesem Übereinkommen die Gesamtsumme der in Artikel 3 Absatz b) i) und ii) genannten Beträge erreicht, gleichviel, ob die vom Inhaber bereitzustellenden Mittel weiterhin verfügbar sind oder ob die Haftung des Inhabers betragsmäßig nicht beschränkt ist.

I. Article 9 shall be replaced by the following text:

Article 9

a) The system of payment of public funds made available pursuant to this Convention shall be that of the Contracting Party whose courts have jurisdiction.

b) Each Contracting Party shall ensure that persons suffering nuclear damage may enforce their rights to compensation without having to bring separate proceedings according to the origin of the funds provided for such compensation.

c) A Contracting Party shall be required to make available the funds referred to in Article 3(b)(iii) once the amount of compensation under this Convention reaches the total of the amounts referred to in Article 3(b)(i) and (ii), irrespective of whether funds to be provided by the operator remain available or whether the liability of the operator is not limited in amount.

I. L'article 9 est remplacé par le texte suivant:

Article 9

a) Le régime d'allocation des fonds publics disponibles en vertu de la présente Convention est celui de la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents.

b) Chaque Partie Contractante prend les dispositions nécessaires pour que les personnes ayant subi un dommage nucléaire puissent faire valoir leurs droits à réparation sans avoir à entamer des procédures différentes selon l'origine des fonds destinés à cette réparation.

c) Une Partie Contractante est tenue d'allouer les fonds visés à l'article 3(b)(iii), à partir du moment où le montant de la réparation en vertu de la présente Convention atteint le total des montants visés à l'article 3(b)(i) et (ii), indépendamment du fait que des fonds à la charge de l'exploitant restent disponibles ou que la responsabilité de l'exploitant n'est pas limitée dans son montant.

J. Artikel 10 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 10

a) Die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, hat die anderen Vertragsparteien von dem Eintreten und den Umständen eines nuklearen Ereignisses zu unterrichten, sobald sich herausstellt, dass der dadurch verursachte nukleare Schaden die Summe der in Artikel 3 Absatz b) i) und ii) vorgesehenen Beträge übersteigt oder zu übersteigen droht. Die Vertragsparteien erlassen unverzüglich alle erforderlichen Vorschriften zur Regelung ihrer Rechtsbeziehungen in dieser Hinsicht.

b) Allein die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, ist befugt, die anderen Vertragsparteien um die Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz g) zu ersuchen und diese Mittel zu verteilen.

c) Diese Vertragspartei übt gegebenenfalls für Rechnung der anderen Vertragsparteien, die gemäß Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz g) öffentliche Mittel bereitge-

J. Article 10 shall be replaced by the following text:

Article 10

a) The Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be required to inform the other Contracting Parties of a nuclear incident and its circumstances as soon as it appears that the nuclear damage caused by such incident exceeds, or is likely to exceed the sum of the amounts provided for under Article 3(b)(i) and (ii). The Contracting Parties shall, without delay, make all the necessary arrangements to settle the procedure for their relations in this connection.

b) Only the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be entitled to request the other Contracting Parties to make available the public funds required under Article 3(b)(iii) and (g) and shall have competence to disburse such funds.

c) Such Contracting Party shall, when the occasion arises, exercise the right of recourse provided for in Article 5 on behalf of the other Contracting Parties who have

J. L'article 10 est remplacé par le texte suivant:

Article 10

a) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents est tenue d'informer les autres Parties Contractantes de la survenance et des circonstances d'un accident nucléaire dès qu'il apparaît que les dommages nucléaires causés par cet accident dépassent ou risquent de dépasser le total des montants visés à l'article 3(b)(i) et (ii). Les Parties Contractantes prennent sans délai toutes dispositions nécessaires pour régler les modalités de leurs rapports à ce sujet.

b) Seule la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents peut demander aux autres Parties Contractantes l'allocation des fonds publics visés à l'article 3(b)(iii) et (g) et a compétence pour attribuer ces fonds.

c) Cette Partie Contractante exerce, le cas échéant, les recours visés à l'article 5 pour le compte des autres Parties Contractantes qui auraient alloué des fonds publics

stellt haben, die in Artikel 5 vorgesehenen Rückgriffsrechte aus.

d) Vergleiche, die über die Zahlung einer Entschädigung für nuklearen Schaden aus den in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bezeichneten öffentlichen Mitteln in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften geschlossen werden, werden von den anderen Vertragsparteien anerkannt; von den zuständigen Gerichten erlassene Urteile über eine solche Entschädigung sind im Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 i) des Pariser Übereinkommens vollstreckbar.

K. Artikel 11 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 11

a) Sind die Gerichte einer anderen Vertragspartei als derjenigen zuständig, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, so werden die in Artikel 3 Absatz b) ii) und Absatz g) genannten öffentlichen Mittel von der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellt. Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, erstattet der anderen die verauslagten Beträge. Die beiden Vertragsparteien legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten der Erstattung fest.

b) Sofern mehr als eine Vertragspartei gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und Absatz g) öffentliche Mittel bereitstellen muss, gilt Absatz a) sinngemäß. Die Erstattung richtet sich nach dem Ausmaß, in dem der Inhaber einer Kernanlage zu dem nuklearen Ereignis beigetragen hat.

c) Erlässt die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, nach dem Eintreten des nuklearen Ereignisses Rechts- oder Verwaltungsvorschriften über Art, Form und Umfang des Schadensersatzes, über die Einzelheiten der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und Absatz g) genannten öffentlichen Mittel und gegebenenfalls über die Kriterien für die Verteilung dieser Mittel, so konsultiert sie dabei die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage des haftenden Inhabers gelegen ist. Sie trifft ferner alle erforderlichen Maßnahmen, um dieser die Beteiligung an Gerichtsverfahren und Vergleichsverhandlungen, welche die Entschädigung betreffen, zu ermöglichen.

L. Artikel 12 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 12

a) Der Aufbringungsschlüssel, nach dem die Vertragsparteien die in Artikel 3 Absatz b) iii) genannten öffentlichen Mittel bereitstellen, wird wie folgt bestimmt:

made available public funds pursuant to Article 3(b)(iii) and (g).

d) Settlements effected in respect of the payment of compensation for nuclear damage out of the public funds referred to in Article 3(b)(ii) and (iii) in accordance with the conditions established by national legislation shall be recognised by the other Contracting Parties, and judgements entered by the competent courts in respect of such compensation shall become enforceable in the territory of the other Contracting Parties in accordance with the provisions of Article 13(i) of the Paris Convention.

K. Article 11 shall be replaced by the following text:

Article 11

a) If the courts having jurisdiction are those of a Contracting Party other than the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated, the public funds required under Article 3(b)(ii) and (g) shall be made available by the first-named Contracting Party. The Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated shall reimburse to the other Contracting Party the sums paid. These two Contracting Parties shall agree on the procedure for reimbursement.

b) If more than one Contracting Party is required to make available public funds pursuant to Article 3(b)(ii) and (g), the provisions of paragraph (a) of this Article shall apply *mutatis mutandis*. Reimbursement shall be based on the extent to which each operator has contributed to the nuclear incident.

c) In adopting all legislative, regulatory or administrative provisions, after the nuclear incident has occurred, concerning the nature, form and extent of the compensation, the procedure for making available the public funds required under Article 3(b)(ii) and (g) and, if necessary, the criteria for the apportionment of such funds, the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall consult the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated. It shall further take all measures necessary to enable the latter to intervene in proceedings and to participate in any settlement concerning compensation.

L. Article 12 shall be replaced by the following text:

Article 12

a) The formula for contributions according to which the Contracting Parties shall make available the public funds referred to in Article 3(b)(iii) shall be determined as follows:

au titre de l’article 3(b)(iii) et (g).

d) Les transactions intervenues conformément aux conditions fixées par la législation nationale au sujet de la réparation des dommages nucléaires effectuée au moyen des fonds publics visés à l’article 3(b)(ii) et (iii) seront reconnues par les autres Parties Contractantes, et les jugements prononcés par les tribunaux compétents au sujet d’une telle réparation deviendront exécutoires sur le territoire des autres Parties Contractantes conformément aux dispositions de l’article 13(i) de la Convention de Paris.

K. L’article 11 est remplacé par le texte suivant:

Article 11

a) Si les tribunaux compétents relèvent d’une Partie Contractante autre que celle sur le territoire de laquelle est située l’installation nucléaire de l’exploitant responsable, les fonds publics visés à l’article 3(b)(ii) et (g) sont alloués par la première de ces Parties. La Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l’installation nucléaire de l’exploitant responsable rembourse à l’autre les sommes versées. Ces deux Parties Contractantes déterminent d’un commun accord les modalités du remboursement.

b) Si plusieurs Parties Contractantes sont tenues d’allouer des fonds publics conformément à l’article 3(b)(ii) et (g), les dispositions du paragraphe (a) ci-dessus s’appliquent *mutatis mutandis*. Le remboursement s’effectue en prenant en compte la mesure dans laquelle chaque exploitant a contribué à l’accident nucléaire.

c) Dans l’adoption de toutes dispositions législatives, réglementaires ou administratives postérieures au moment de l’accident nucléaire et relatives à la nature, à la forme et à l’étendue de la réparation, aux modalités d’allocation des fonds publics visés à l’article 3(b)(ii) et (g) et, le cas échéant, aux critères de répartition de ces fonds, la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents consulte la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l’installation nucléaire de l’exploitant responsable. En outre, elle prend toutes mesures nécessaires pour permettre à celle-ci d’intervenir dans les procès et de participer aux transactions concernant la réparation.

L. L’article 12 est remplacé par le texte suivant:

Article 12

a) La clé de répartition selon laquelle les Parties Contractantes allouent les fonds publics visés à l’article 3(b)(iii) est calculée:

i) zu 35 % auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen dem Bruttoinlandsprodukt einer jeden Vertragspartei zu jeweiligen Preisen einerseits und der Summe der Bruttoinlandsprodukte aller Vertragsparteien zu jeweiligen Preisen andererseits, wie sie sich aus der von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlichten amtlichen Statistik für das dem nuklearen Ereignis vorangehende Jahr ergeben;

ii) zu 65 % auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen der thermischen Leistung der in dem Hoheitsgebiet jeder einzelnen Vertragspartei gelegenen Reaktoren einerseits und der thermischen Gesamtleistung der in den Hoheitsgebieten aller Vertragsparteien gelegenen Reaktoren andererseits. Diese Berechnung wird auf der Grundlage der thermischen Leistung der Reaktoren, die im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses in der Liste gemäß Artikel 13 enthalten sind, vorgenommen. Jedoch wird ein Reaktor bei dieser Berechnung erst von dem Zeitpunkt an berücksichtigt, in dem er zum ersten Mal kritisch geworden ist; ein Reaktor wird bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt, wenn sämtliche Kernbrennstoffe dauerhaft aus dem Reaktorkern entfernt und in Übereinstimmung mit anerkannten Verfahren sicher gelagert worden sind.

b) „Thermische Leistung“ im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet

i) vor der Erteilung der endgültigen Betriebsgenehmigung die vorgesehene thermische Leistung,

ii) nach der Erteilung dieser Genehmigung die von den zuständigen innerstaatlichen Behörden genehmigte thermische Leistung.

M. Nach Artikel 12 wird folgender neuer Artikel 12bis eingefügt:

Artikel 12bis

a) Im Falle des Beitritts zu diesem Übereinkommen werden die in Artikel 3 Absatz b) iii) genannten öffentlichen Mittel erhöht um

i) 35 % eines Betrags, der dadurch bestimmt wird, dass in die genannte Summe das Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen der beitretenden Vertragspartei einerseits und der Summe der Bruttoinlandsprodukte aller Vertragsparteien zu jeweiligen Preisen andererseits mit Ausnahme dem der beitretenden Vertragspartei einbezogen wird, und

ii) 65 % eines Betrags, der dadurch bestimmt wird, dass in die genannte Summe das Verhältnis zwischen der thermischen Leistung der in dem Hoheitsgebiet der beitretenden Ver-

i) as to 35 %, on the basis of the ratio between the gross domestic product at current prices of each Contracting Party and the total of the gross domestic products at current prices of all Contracting Parties as shown by the official statistics published by the Organisation for Economic Co-operation and Development for the year preceding the year in which the nuclear incident occurs;

ii) as to 65 %, on the basis of the ratio between the thermal power of the reactors situated in the territory of each Contracting Party and the total thermal power of the reactors situated in the territories of all the Contracting Parties. This calculation shall be made on the basis of the thermal power of the reactors shown at the date of the nuclear incident in the lists referred to in Article 13, provided that for the purposes of this calculation, a reactor shall only be taken into consideration as from the date when it first reaches criticality and a reactor shall be excluded from the calculation when all nuclear fuel has been removed permanently from the reactor core and has been stored safely in accordance with approved procedures.

b) For the purposes of this Convention, “thermal power” means:

i) before the issue of a final operating licence, the planned thermal power;

ii) after the issue of such licence, the thermal power authorised by the competent national authorities.

M. A new Article 12bis shall be added after Article 12 as follows:

Article 12bis

a) In case of accession to this Convention, the public funds mentioned in Article 3(b)(iii) are increased by:

i) 35 % of an amount determined by applying to the above-mentioned sum the ratio between the gross domestic product at current prices of the acceding Party and the total of the gross domestic products at current prices of all the Contracting Parties, excluding that of the acceding Party, and

ii) 65 % of an amount determined by applying to the above-mentioned sum the ratio between the thermal power of the reactors situated in the territory of the acceding Party and the total ther-

i) à concurrence de 35 %, sur la base du rapport existant entre, d’une part, le produit intérieur brut aux prix courants de chaque Partie Contractante et, d’autre part, le total des produits intérieurs bruts aux prix courants de toutes les Parties Contractantes, tels qu’ils résultent de la statistique officielle publiée par l’Organisation de Coopération et de Développement Économiques pour l’année précédant celle au cours de laquelle l’accident nucléaire sera survenu;

ii) à concurrence de 65 %, sur la base du rapport existant entre, d’une part, la puissance thermique des réacteurs situés sur le territoire de chaque Partie Contractante et, d’autre part, la puissance thermique totale des réacteurs situés sur l’ensemble des territoires des Parties Contractantes. Ce calcul sera effectué sur la base de la puissance thermique des réacteurs figurant, à la date de l’accident, sur les listes prévues à l’article 13. Cependant, un réacteur n’est pris en considération pour ce calcul qu’à partir de la date à laquelle il a atteint, pour la première fois, la criticalité et un réacteur n’est plus pris en considération pour ce calcul lorsque tous les combustibles nucléaires ont été retirés définitivement du cœur du réacteur et ont été entreposés de façon sûre conformément aux procédures approuvées.

b) Au sens de la présente Convention, «puissance thermique» signifie:

i) avant la délivrance de l’autorisation d’exploitation définitive, la puissance thermique prévue;

ii) après cette délivrance, la puissance thermique autorisée par les autorités nationales compétentes.

M. Un nouvel article 12bis est ajouté après l’article 12, rédigé comme suit:

Article 12bis

a) Dans le cas d’une adhésion à la présente Convention, les fonds publics visés à l’article 3(b)(iii) sont augmentés à raison de:

i) 35 % d’un montant calculé en appliquant au montant précité le rapport entre, d’une part, le produit intérieur brut aux prix courants de la Partie qui adhère et, d’autre part, le total des produits intérieurs bruts aux prix courants de toutes les Parties Contractantes, à l’exception de celui de la Partie qui adhère;

ii) 65 % d’un montant calculé en appliquant au montant précité le rapport entre, d’une part, la puissance thermique des réacteurs situés sur le territoire de la Partie qui adhère et, d’autre

tragspartei gelegenen Reaktoren einerseits und der thermischen Gesamtleistung der in den Hoheitsgebieten aller Vertragsparteien gelegenen Reaktoren mit Ausnahme der beitretenden Vertragspartei andererseits einbezogen wird.

b) Der in Absatz a) genannte erhöhte Betrag wird auf volle Tausender in Euro aufgerundet.

c) Das Bruttoinlandsprodukt der beitretenden Vertragspartei wird gemäß der von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlichten amtlichen Statistik für das dem Wirksamwerden des Beitritts vorangehende Jahr bestimmt.

d) Die thermische Leistung der beitretenden Vertragspartei bestimmt sich gemäß der von dieser Regierung an die belgische Regierung gemäß Artikel 13 Absatz b) übermittelten Liste der Kernanlagen, unter der Voraussetzung, dass ein Reaktor bei dieser Berechnung der Beiträge gemäß Absatz a) ii) erst von dem Zeitpunkt an berücksichtigt wird, in dem er zum ersten Mal kritisch geworden ist; ein Reaktor wird bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt, wenn sämtliche Kernbrennstoffe dauerhaft aus dem Reaktorkern entfernt und in Übereinstimmung mit anerkannten Verfahren sicher gelagert worden sind.

N. Artikel 13 Absätze a), b), f) und i) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 13

a) Jede Vertragspartei hat dafür zu sorgen, dass alle in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlagen, die unter die Begriffsbestimmung des Artikels 1 des Pariser Übereinkommens fallen, in einer Liste aufgeführt werden.

b) Zu diesem Zweck übermittelt jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat der belgischen Regierung bei Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ein vollständiges Verzeichnis dieser Anlagen.

f) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass das von einer anderen Vertragspartei übermittelte Verzeichnis oder eine von dieser mitgeteilte Änderung an der Liste den Bestimmungen dieses Artikels nicht entspricht, so kann sie Einwendungen hiergegen nur durch Mitteilung an die belgische Regierung und binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt erheben, in dem sie eine Mitteilung entsprechend Absatz h) erhalten hat.

i) Die Gesamtheit der Verzeichnisse und Änderungen gemäß den Absätzen b), c), d) und e) stellt die in diesem Artikel vorgesehene Liste dar mit der Maßgabe, dass die

mal power of the reactors situated in the territories of all the Contracting Parties, excluding that of the acceding Party.

b) The increased amount referred to in paragraph (a) shall be rounded up to the nearest amount expressed in thousands of euro.

c) The gross domestic product of the acceding Party shall be determined in accordance with the official statistics published by the Organisation for Economic Co-operation and Development for the year preceding the year in which the accession comes into force.

d) The thermal power of the acceding Party shall be determined in accordance with the list of nuclear installations communicated by that Government to the Belgian Government pursuant to Article 13(b), provided that for the purpose of calculating the contributions under paragraph (a)(ii) of this Article, a reactor shall only be taken into consideration as from the date when it first reaches criticality and a reactor shall be excluded from the calculation when all nuclear fuel has been removed permanently from the reactor core and has been stored safely in accordance with approved procedures.

N. Paragraphs (a), (b), (f) and (i) of Article 13 shall be replaced by the following text:

Article 13

a) Each Contracting Party shall ensure that all nuclear installations used for peaceful purposes situated in its territory, and falling within the definition in Article 1 of the Paris Convention, appear on a list.

b) For this purpose, each Signatory or acceding Government shall, on the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, communicate to the Belgian Government full particulars of such installations.

f) If a Contracting Party is of the opinion that the particulars, or any modification to be made to the list, communicated by another Contracting Party do not comply with the provisions of this Article, it may raise objections thereto only by addressing them to the Belgian Government within three months from the date on which it has received notice pursuant to paragraph (h) of this Article.

i) The list referred to in this Article shall consist of all the particulars and modifications referred to in paragraphs (b), (c), (d) and (e) of this Article, it being understood

part, la puissance thermique totale des réacteurs situés sur l'ensemble des territoires des Parties Contractantes, à l'exception de celle de la Partie qui adhère.

b) Le montant visé au paragraphe (a) ci-dessus ainsi augmenté sera arrondi au montant supérieur le plus proche exprimé en milliers d'euros.

c) Le produit intérieur brut de la Partie qui adhère sera déterminé sur la base de la statistique officielle publiée par l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques pour l'année précédant celle au cours de laquelle l'adhésion est entrée en vigueur.

d) La puissance thermique de la Partie qui adhère sera déterminée sur la base de la liste d'installations nucléaires communiquée par celle-ci au Gouvernement belge conformément à l'article 13(b). Cependant, aux fins du calcul des contributions en vertu du paragraphe (a)(ii) ci-dessus, un réacteur n'est pris en considération pour ce calcul qu'à partir de la date à laquelle il a atteint, pour la première fois, la criticalité et un réacteur n'est plus pris en considération pour ce calcul lorsque tous les combustibles nucléaires ont été retirés définitivement du cœur du réacteur et ont été entreposés de façon sûre conformément aux procédures approuvées.

N. Les paragraphes (a), (b), (f) et (i) de l'article 13 sont remplacés par les textes suivants:

Article 13

a) Chaque Partie Contractante doit faire figurer sur une liste toutes les installations nucléaires à usage pacifique situées sur son territoire, répondant aux définitions de l'article premier de la Convention de Paris.

b) À cet effet, chaque Signataire ou Gouvernement adhérent à la présente Convention communique, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, le relevé complet de ces installations, au Gouvernement belge.

f) Si une Partie Contractante est d'avis que le relevé ou une modification à apporter à la liste communiquée par une autre Partie Contractante n'est pas conforme aux dispositions du présent article, elle ne peut soulever d'objections à cet égard qu'en les adressant au Gouvernement belge dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle elle a reçu une notification conformément au paragraphe (h) ci-dessous.

i) L'ensemble des relevés et modifications visés aux paragraphes (b), (c), (d) et (e) ci-dessus constitue la liste prévue par le présent article, étant précisé que les objec-

nach den Absätzen f) und g) vorgebrachten Einwendungen, sofern sie zugelassen werden, Rückwirkung auf den Tag haben, an dem sie erhoben worden sind.

O. Artikel 14 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 14

a) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt wird, kann jede Vertragspartei die ihr nach dem Pariser Übereinkommen zustehenden Befugnisse ausüben, und alle demgemäß erlassenen Vorschriften können hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel den anderen Vertragsparteien entgegengehalten werden.

b) Die von einer Vertragspartei gemäß Artikel 2 b) des Pariser Übereinkommens erlassenen Vorschriften können jedoch einer anderen Vertragspartei hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel nur entgegengehalten werden, wenn diese ihnen zugestimmt hat.

c) Dieses Übereinkommen schließt nicht aus, dass eine Vertragspartei außerhalb des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens Vorschriften erlässt, sofern dadurch für die anderen Vertragsparteien keine zusätzlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Mittel entstehen.

d) Sofern alle Vertragsparteien dieses Übereinkommens eine andere internationale Übereinkunft auf dem Gebiet der zusätzlichen Entschädigung für nuklearen Schaden ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihr beitreten, kann eine Vertragspartei dieses Übereinkommens die nach Artikel 3 Absatz b) iii) bereitzustellenden Mittel benutzen, um eine etwaige aufgrund dieser anderen internationalen Übereinkunft bestehende Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlicher Entschädigung für nuklearen Schaden aus öffentlichen Mitteln zu erfüllen.

P. Artikel 15 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 15

a) Jede Vertragspartei kann mit einem Nichtvertragsstaat dieses Übereinkommens ein Abkommen über den Ersatz aus öffentlichen Mitteln für Schaden schließen, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist. Jede Vertragspartei, die den Abschluss eines solchen Abkommens beabsichtigt, hat ihre Absicht den anderen Vertragsparteien mitzuteilen. Geschlossene Abkommen sind der belgischen Regierung zu notifizieren.

that objections submitted pursuant to paragraphs (f) and (g) of this Article shall have effect retrospective to the date on which they were raised, if they are sustained.

O. Article 14 shall be replaced by the following text:

Article 14

a) Except in so far as this Convention otherwise provides, each Contracting Party may exercise the powers vested in it by virtue of the Paris Convention, and any provisions made thereunder may be invoked against the other Contracting Parties in order that the public funds referred to in Article 3(b)(ii) and (iii) be made available.

b) Any such provisions made by a Contracting Party pursuant to Article 2(b) of the Paris Convention as a result of which the public funds referred to in Article 3(b)(ii) and (iii) are required to be made available may not be invoked against any other Contracting Party unless it has consented thereto.

c) Nothing in this Convention shall prevent a Contracting Party from making provisions outside the scope of the Paris Convention and of this Convention, provided that such provisions shall not involve any further obligation on the part of the Contracting Parties in so far as their public funds are concerned.

d) Where all of the Contracting Parties to this Convention ratify, accept, approve or accede to any other international agreement in the field of supplementary compensation for nuclear damage, a Contracting Party to this Convention may use the funds to be provided pursuant to Article 3(b)(iii) of this Convention to satisfy any obligation it may have under such other international agreement to provide supplementary compensation for nuclear damage out of public funds.

P. Article 15 shall be replaced by the following text:

Article 15

a) Any Contracting Party may conclude an agreement with a State which is not a Party to this Convention concerning compensation out of public funds for damage caused by a nuclear incident. Any Contracting Party intending to conclude such an agreement shall notify the other Contracting Parties of its intention. Agreements concluded shall be notified to the Belgian Government.

tions présentées aux termes des paragraphes (f) et (g) ci-dessus ont effet rétroactif au jour où elles ont été formulées, si elles sont admises.

O. L'article 14 est remplacé par le texte suivant:

Article 14

a) Dans la mesure où la présente Convention n'en dispose pas autrement, chaque Partie Contractante peut exercer les compétences qui lui sont dévolues par la Convention de Paris et toutes les dispositions ainsi prises sont opposables aux autres Parties Contractantes pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3(b)(ii) et (iii).

b) Toutefois les dispositions prises par une Partie Contractante conformément à l'article 2(b) de la Convention de Paris ne sont opposables à une autre Partie Contractante pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3(b)(ii) et (iii) que si elles ont reçu son consentement.

c) La présente Convention ne s'oppose pas à ce qu'une Partie Contractante prenne des dispositions en dehors du cadre de la Convention de Paris et de la présente Convention, sous réserve toutefois que ces dispositions n'entraînent pas d'obligations supplémentaires pour les autres Parties Contractantes dans la mesure où des fonds publics de ces Parties sont en cause.

d) Dans le cas où toutes les Parties Contractantes à la présente Convention ratifient, acceptent, approuvent ou adhèrent à un autre accord international relatif à la réparation complémentaire des dommages nucléaires, une Partie Contractante à la présente Convention pourra utiliser les fonds devant être alloués conformément à l'article 3(b)(iii) de la présente Convention pour satisfaire à l'obligation qui pourrait lui incomber en vertu de cet autre accord international de fournir une réparation complémentaire de dommages nucléaires au moyen de fonds publics.

P. L'article 15 est remplacé par le texte suivant:

Article 15

a) Toute Partie Contractante peut conclure avec un État qui n'est pas Partie à la présente Convention un accord portant sur la réparation, au moyen de fonds publics, de dommages causés par un accident nucléaire. Toute Partie Contractante qui se propose de conclure un tel accord doit faire part de son intention aux autres Parties Contractantes. Les accords conclus doivent être notifiés au Gouvernement belge.

b) Soweit die Bedingungen für die Entschädigung nach einem solchen Abkommen nicht günstiger sind als diejenigen, die sich aus den von der betreffenden Vertragspartei zur Durchführung des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens erlassenen Vorschriften ergeben, kann der Betrag des Schadens, für den auf Grund eines solchen Abkommens Ersatz zu leisten ist und der durch ein unter dieses Übereinkommen fallendes nukleares Ereignis verursacht worden ist, bei der Anwendung des Artikels 8 Satz 2 für die Berechnung des Gesamtbetrags des durch dieses nukleare Ereignis verursachten Schadens berücksichtigt werden.

c) In keinem Fall können die Vorschriften der Absätze a) und b) die sich aus Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) ergebenden Verpflichtungen derjenigen Vertragsparteien berühren, die einem solchen Abkommen nicht zugestimmt haben.

Q. Artikel 17 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 17

a) Ergeben sich Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, so beraten die Streitparteien gemeinsam im Hinblick auf eine Beilegung der Streitigkeit durch Verhandlungen oder auf anderem gütlichen Weg.

b) Ist eine in Absatz a) genannte Streitigkeit nicht binnen sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, in dem sie von einer der Streitparteien als bestehend bestätigt wurde, beigelegt worden, so treffen sich die Vertragsparteien, um die Streitparteien bei einer gütlichen Einigung zu unterstützen.

c) Ist eine Beilegung der Streitigkeit nicht binnen drei Monaten nach dem in Absatz b) genannten Treffen erreicht worden, so wird sie auf Antrag einer der Streitparteien dem Europäischen Kernenergie-Gericht vorgelegt, das durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie errichtet worden ist.

d) Entsteht aus einem nuklearen Ereignis eine Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens, so findet das Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten Anwendung, das in Artikel 17 des Pariser Übereinkommens vorgesehen ist.

R. Artikel 18 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 18

a) Vorbehalte zu einer oder mehreren Bestimmungen dieses Übereinkommens können jederzeit vor der Ratifikation, An-

b) To the extent that the conditions for payment of compensation under any such agreement are not more favourable than those which result from the measures adopted by the Contracting Party concerned for the application of the Paris Convention and of this Convention, the amount of damage caused by a nuclear incident covered by this Convention and for which compensation is payable by virtue of such an agreement may be taken into consideration, where the proviso to Article 8 applies, in calculating the total amount of damage caused by that incident.

c) The provisions of paragraphs (a) and (b) of this Article shall in no case affect the obligations under Article 3(b)(ii) and (iii) of those Contracting Parties which have not given their consent to such agreement.

Q. Article 17 shall be replaced by the following text:

Article 17

a) In the event of a dispute arising between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, the parties to the dispute shall consult with a view to settling the dispute by negotiation or other amicable means.

b) Where a dispute referred to in paragraph (a) is not settled within six months from the date upon which such dispute is acknowledged to exist by any party thereto, the Contracting Parties shall meet in order to assist the parties to the dispute to reach a friendly settlement.

c) Where no resolution to the dispute has been reached within three months of the meeting referred to in paragraph (b), the dispute shall, upon the request of any party thereto, be submitted to the European Nuclear Energy Tribunal established by the Convention of 20th December 1957 on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy.

d) Where a nuclear incident gives rise to a dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of the Paris Convention and of this Convention, the procedure for resolving such dispute shall be the procedure provided for under Article 17 of the Paris Convention.

R. Article 18 shall be replaced by the following text:

Article 18

a) Reservations to one or more of the provisions of this Convention may be made at any time prior to ratification, acceptance

b) Dans la mesure où les conditions de réparation résultant d'un tel accord ne sont pas plus favorables que celles résultant des dispositions prises pour l'application de la Convention de Paris et de la présente Convention par la Partie Contractante considérée, le montant des dommages indemnisables en vertu d'un tel accord et causés par un accident nucléaire couvert par la présente Convention peut être pris en considération, en vue de l'application de l'article 8, deuxième phrase, pour le calcul du montant total des dommages causés par cet accident.

c) En aucun cas, les dispositions des paragraphes (a) et (b) ci-dessus ne peuvent affecter les obligations incombant en vertu de l'article 3(b)(ii) et (iii) aux Parties Contractantes qui n'auraient pas donné leur consentement à un tel accord.

Q. L'article 17 est remplacé par le texte suivant:

Article 17

a) En cas de différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention, les parties intéressées se consulteront en vue de régler ce différend par voie de négociation ou autre mode de règlement à l'amiable.

b) Lorsqu'un différend visé au paragraphe (a) n'est pas réglé dans les six mois suivant la date à laquelle un tel différend a été constaté par l'une des parties intéressées, les Parties Contractantes se réuniront pour aider les parties intéressées à parvenir à un règlement à l'amiable.

c) Lorsque le différend n'est pas réglé dans les trois mois suivant la date à laquelle les Parties Contractantes se sont réunies conformément au paragraphe (b), ce différend, à la demande de l'une ou l'autre des parties intéressées, sera soumis au Tribunal Européen pour l'Énergie Nucléaire créé par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'établissement d'un contrôle de sécurité dans le domaine de l'énergie nucléaire.

d) Lorsqu'un accident nucléaire donne lieu à un différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes concernant l'interprétation ou l'application de la Convention de Paris et de la présente Convention, la procédure de règlement de ce différend sera celle prévue à l'article 17 de la Convention de Paris.

R. L'article 18 est remplacé par le texte suivant:

Article 18

a) Des réserves portant sur une ou plusieurs dispositions de la présente Convention peuvent être formulées à tout moment

nahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens gemacht werden, wenn die Unterzeichnerstaaten ihnen ausdrücklich zugestimmt haben, oder beim Beitritt oder bei Anwendung der Artikel 21 und 24, wenn ihnen alle Unterzeichner- und beitretenden Staaten ausdrücklich zugestimmt haben.

b) Die Zustimmung eines Unterzeichnerstaates ist jedoch nicht erforderlich, wenn er selbst nicht binnen zwölf Monaten, nachdem ihm gemäß Artikel 25 der Vorbehalt durch die belgische Regierung notifiziert worden ist, dieses Übereinkommen ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat.

c) Jeder gemäß Absatz a) zugelassene Vorbehalt kann jederzeit durch Notifizierung an die belgische Regierung zurückgezogen werden.

S. Artikel 20 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 20

a) Der Anhang dieses Übereinkommens ist Bestandteil desselben.

b) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.

c) Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der sechsten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

d) Für jeden Unterzeichnerstaat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der sechsten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt es drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

T. Artikel 21 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 21

Änderungen dieses Übereinkommens werden im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien angenommen. Sie treten in Kraft, wenn alle Vertragsparteien sie ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben.

U. Artikel 25 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 25

Die belgische Regierung notifiziert allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten den Erhalt jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Beitritts- oder Kündigungsurkunde sowie alle sonstigen Notifi-

or approval of this Convention if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories or, at the time of accession or of the application of the provisions of Articles 21 and 24, if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories and acceding Governments.

b) Such acceptance shall not be required from a Signatory which has not itself ratified, accepted or approved this Convention within a period of twelve months after the date of notification to it of such reservation by the Belgian Government in accordance with Article 25.

c) Any reservation accepted in accordance with the provisions of paragraph (a) of this Article may be withdrawn at any time by notification addressed to the Belgian Government.

S. Article 20 shall be replaced by the following text:

Article 20

a) The Annex to this Convention shall form an integral part thereof.

b) This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Belgian Government.

c) This Convention shall come into force three months after the deposit of the sixth instrument of ratification, acceptance or approval.

d) For each Signatory ratifying, accepting or approving this Convention after the deposit of the sixth instrument of ratification, acceptance or approval, it shall come into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

T. Article 21 shall be replaced by the following text:

Article 21

Amendments to this Convention shall be adopted by agreement among all the Contracting Parties. They shall come into force on the date when all Contracting Parties have ratified, accepted or approved them.

U. Article 25 shall be replaced by the following text:

Article 25

The Belgian Government shall notify all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, acceptance, approval, accession or withdrawal, and shall also notify them of the

avant la ratification, l'acceptation ou l'approbation de la présente Convention, si leurs termes ont été expressément acceptés par tous les Signataires, ou lors, soit de l'adhésion, soit de l'utilisation des dispositions des articles 21 et 24, si leurs termes ont été expressément acceptés par les Signataires et Gouvernements adhérents.

b) Toutefois, l'acceptation d'un Signataire n'est pas requise si celui-ci n'a pas luimême ratifié, accepté ou approuvé la présente Convention dans un délai de douze mois à partir de la date où la notification de la réserve lui a été communiquée par le Gouvernement belge conformément à l'article 25.

c) Toute réserve acceptée conformément aux dispositions du paragraphe (a) cidessus peut être retirée à tout moment par notification adressée au Gouvernement belge.

S. L'article 20 est remplacé par le texte suivant:

Article 20

a) L'Annexe à la présente Convention fait partie intégrante de cette dernière.

b) La présente Convention sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement belge.

c) La présente Convention entrera en vigueur trois mois après le dépôt du sixième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

d) Pour chaque Signataire ratifiant, acceptant ou approuvant la présente Convention après le dépôt du sixième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, elle prendra effet trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

T. L'article 21 est remplacé par le texte suivant:

Article 21

Les modifications à la présente Convention sont adoptées du commun accord des Parties Contractantes. Elles entrent en vigueur à la date à laquelle toutes les Parties Contractantes les auront ratifiées, acceptées ou approuvées.

U. L'article 25 est remplacé par le texte suivant:

Article 25

Le Gouvernement belge donne communication à tous les Signataires et Gouvernements ayant adhéré à la Convention, de la réception des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation, d'adhésion,

zierungen, die sie erhalten hat; sie notifiziert ihnen ferner den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens, den Wortlaut der angenommenen Änderungen und den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, die gemäß Artikel 18 gemachten Vorbehalte sowie Erhöhungen der Entschädigung gemäß Artikel 3 Absatz a) auf Grund der Anwendung des Artikels 12bis.

date on which this Convention comes into force, the text of any amendment thereto and the date on which such amendment comes into force, any reservations made in accordance with Article 18, any increase in the compensation to be provided under Article 3(a) as a result of the application of Article 12bis, and all notifications which it has received.

de retrait et de toutes autres notifications qu'il aurait reçues. Il leur notifie également la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, le texte des modifications adoptées, la date d'entrée en vigueur de ces modifications, les réserves faites conformément à l'article 18, ainsi que toute augmentation de la réparation disponible en vertu de l'article 3(a) du fait de l'application de l'article 12bis.

V. Der Anhang wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Anhang
zum Zusatzübereinkommen
vom 31. Januar 1963
zum Pariser Übereinkommen
vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten
auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls
vom 28. Januar 1964,
des Protokolls
vom 16. November 1982
und des Protokolls
vom 12. Februar 2004

Die Regierungen der Vertragsparteien erklären, dass der Ersatz von Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das allein deshalb nicht unter das Zusatzübereinkommen fällt, weil die betreffende Kernanlage wegen ihrer Verwendungsart nicht in die Liste gemäß Artikel 13 des Zusatzübereinkommens aufgenommen ist (einschließlich des Falls, dass diese nicht in die Liste aufgenommene Anlage von einer oder mehreren, aber nicht allen Regierungen als nicht unter das Pariser Übereinkommen fallend angesehen wird),

- ohne jede unterschiedliche Behandlung den Staatsangehörigen der Vertragsparteien des Zusatzübereinkommens gewährt wird;
- nicht auf einen Betrag unter 1 500 Millionen Euro begrenzt wird.

Ferner werden die Regierungen sich bemühen, soweit dies nicht bereits geschehen ist, die Schadensersatzvorschriften für durch solche Ereignisse Geschädigte denjenigen Vorschriften möglichst weitgehend anzugleichen, die für nukleare Ereignisse in Verbindung mit Kernanlagen gelten, die unter das Zusatzübereinkommen fallen.

V. The Annex shall be replaced by the following text:

Annex
to the Convention
of 31 January 1963
Supplementary
to the Paris Convention
of 29 July 1960
on Third Party Liability
in the Field of Nuclear Energy,
as amended
by the Additional Protocol
of 28 January 1964,
by the Protocol
of 16 November 1982
and by the Protocol
of 12 February 2004

The Governments of the Contracting Parties declare that compensation for nuclear damage caused by a nuclear incident not covered by the Supplementary Convention solely by reason of the fact that the relevant nuclear installation, on account of its utilisation, is not on the list referred to in Article 13 of the Supplementary Convention (including the case where such installation is considered by one or more but not all of the Governments to be outside the Paris Convention):

- shall be provided without discrimination among the nationals of the Contracting Parties to the Supplementary Convention; and
- shall not be limited to less than 1 500 million euro.

In addition, if they have not already done so, they shall endeavour to make the rules for compensation of persons suffering damage caused by such incidents as similar as possible to those established in respect of nuclear incidents occurring in connection with nuclear installations covered by the Supplementary Convention.

V. L'Annexe est remplacée par le texte suivant:

Annexe
à la Convention
du 31 janvier 1963
complémentaire
à la Convention de Paris
du 29 juillet 1960
sur la responsabilité civile dans le
domaine de l'énergie nucléaire,
amendée par le Protocole Additionnel
du 28 janvier 1964,
par le Protocole
du 16 novembre 1982
et par le Protocole
du 12 février 2004

Les Gouvernements des Parties Contractantes déclarent que la réparation des dommages nucléaires causés par un accident nucléaire qui n'est pas couvert par la Convention Complémentaire du seul fait que l'installation nucléaire concernée, en raison de son utilisation, n'est pas incluse dans la liste visée à l'article 13 de la Convention Complémentaire (y compris le cas où cette installation, non incluse dans la liste, est considérée par un ou plusieurs, mais non par tous les Gouvernements comme non couverte par la Convention de Paris):

- est effectuée sans aucune discrimination entre les ressortissants des Parties Contractantes à la Convention Complémentaire;
- n'est pas limitée par un plafond qui serait inférieur à 1 500 millions d'euros.

En outre, ces Gouvernements s'efforceront, si elles ne le sont déjà, de rendre les règles de dédommagement des victimes de tels accidents aussi voisines que possible de celles prévues pour les accidents nucléaires survenus en relation avec les installations nucléaires couvertes par la Convention Complémentaire.

II.

a) Die Bestimmungen dieses Protokolls sind im Verhältnis seiner Vertragsparteien untereinander Bestandteil des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar

II.

a) The provisions of this Protocol shall, as between the Parties thereto, form an integral part of the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16

II.

a) Entre les Parties au présent Protocole, les dispositions dudit Protocole font partie intégrante de la Convention du 31 janvier 1963 Complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 jan-

1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 (im Folgenden „Übereinkommen“ genannt); das Übereinkommen wird als „Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964, des Protokolls vom 16. November 1982 und des Protokolls vom 12. Februar 2004“ bezeichnet.

b) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.

c) Die Unterzeichner dieses Protokolls, die das Übereinkommen bereits ratifiziert haben, bekunden ihre Absicht, dieses Protokoll so bald wie möglich zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen. Die anderen Unterzeichner dieses Protokolls verpflichten sich, es gleichzeitig mit der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Übereinkommens zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen.

d) Dieses Protokoll steht nach Artikel 22 des Übereinkommens zum Beitritt offen. Der Beitritt zum Übereinkommen ist nur zulässig, wenn er mit dem Beitritt zum Protokoll verbunden ist.

e) Dieses Protokoll tritt nach Artikel 21 des Übereinkommens in Kraft.

f) Die belgische Regierung zeigt allen Unterzeichnern und allen beitretenden Regierungen den Eingang jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- und Beitrittsurkunde an.

November 1982 (hereinafter referred to as the “Convention”), which shall be known as the “Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964, by the Protocol of 16 November 1982 and by the Protocol of 12 February 2004”.

b) This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval of this Protocol shall be deposited with the Belgian Government.

c) The Signatories of this Protocol who have already ratified or acceded to the Convention express their intention to ratify, accept or approve this Protocol as soon as possible. The other Signatories of this Protocol undertake to ratify, accept or approve it at the same time as they ratify the Convention.

d) This Protocol shall be open for accession in accordance with the provisions of Article 22 of the Convention. Accessions to the Convention will be accepted only if they are accompanied by accession to this Protocol.

e) This Protocol shall come into force in accordance with the provisions of Article 21 of the Convention.

f) The Belgian Government shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

vier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982 (appelée ci-après la «Convention»), qui sera dénommée «Convention du 31 janvier 1963 Complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964, par le Protocole du 16 novembre 1982 et par le Protocole du 12 février 2004».

b) Le présent Protocole sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d’acceptation ou d’approbation du présent Protocole seront déposés auprès du Gouvernement belge.

c) Les Signataires du présent Protocole qui ont déjà ratifié ou adhéré à la Convention expriment leur intention de ratifier, d’accepter ou d’approuver aussitôt que possible le présent Protocole. Les autres Signataires du présent Protocole s’engagent à le ratifier, l’accepter ou l’approuver, en même temps qu’ils ratifieront la Convention.

d) Le présent Protocole sera ouvert à l’adhésion conformément aux dispositions de l’article 22 de la Convention. Aucune adhésion à la Convention ne sera reçue si elle n’est accompagnée d’une adhésion au présent Protocole.

e) Le présent Protocole entrera en vigueur conformément aux dispositions de l’article 21 de la Convention.

f) Le Gouvernement belge donnera communication à tous les Signataires ainsi qu’aux Gouvernements adhérents de la réception des instruments de ratification, d’acceptation, d’approbation ou d’adhésion.

Denkschrift

Protokoll 2004
zum Pariser Übereinkommen

Das Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 wurde am 12. Februar 2004 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt und am selben Tag von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Das Protokoll wird in Kraft treten, nachdem die in seinem Abschnitt II Abs. e in Verbindung mit Artikel 20 des Pariser Übereinkommens festgelegten Voraussetzungen erfüllt sein werden. Das Pariser Übereinkommen ist in Verbindung mit dem Atomgesetz die Grundlage für die Haftung für Schäden aufgrund nuklearer Ereignisse.

A. Allgemeines zum Inhalt des Protokolls

Die Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens nahmen 1998 im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Beratungen zur Revision des Übereinkommens auf; die Revisionsarbeiten konnten im Februar 2002 inhaltlich abgeschlossen werden.

Die bedeutsamsten Änderungen des Pariser Übereinkommens sind die folgenden:

- Fortfall der Begrenzung der Haftung auf 15 Millionen Sonderziehungsrechte (SZR) bzw. 150 Millionen SZR und Festsetzung eines Mindesthaftungsbetrags von 700 Millionen Euro (Referenzsumme);
- ausdrückliche Zulassung der unbegrenzten Haftung des Inhabers einer Kernanlage;
- Anhebung der Mindesthaftung von bisher 5 Millionen SZR auf 80 Millionen Euro für Beförderungen und auf 70 Millionen Euro für Anlagen mit geringem Risiko;
- Umstellung der Währungseinheit von SZR auf Euro;
- Erweiterung des territorialen Anwendungsbereichs des Übereinkommens;
- Einführung einer Definition des Begriffs „nuklearer Schaden“ mit u. a. ausdrücklicher Erstreckung auf Umweltschäden;
- Verpflichtung der Vertragsstaaten, jeweils ein einziges Gericht zu bestimmen, das für nukleare Schadensersatzprozesse zuständig ist;
- Festlegung gerichtlicher Zuständigkeiten für Entschädigungsforderungen, die sich aus einem nuklearen Ereignis innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone ergeben;
- Aufnahme einer Regelung zum Staatenklagerecht im Namen geschädigter Bürgerinnen und Bürger.

Mit den Änderungen wurden auch verschiedene Entscheidungen, Empfehlungen oder Interpretationen des Direktionsausschusses, die z. T. schon Eingang in die innerstaatlichen Gesetzgebungen gefunden haben, in das Protokoll aufgenommen. Eine Reihe von Änderungen stellt zudem sicher, dass das Haftungsregime des Pariser Übereinkommens mit anderen Instrumenten, die Teil des internationalen Nuklearhaftungsregimes sind, kompatibel bleibt. Dies gilt vor allem mit Blick auf das Wiener Übereinkommen vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden (BGBl. 2001 II S. 202, 207) (im Folgenden: Wiener Übereinkommen) in der durch das Protokoll vom 12. September 1997 geänderten Fassung und das Gemeinsame Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens (BGBl. 2001 II S. 202, 203) (im Folgenden: Gemeinsames Protokoll). Insgesamt führen die Änderungen des Pariser Übereinkommens zu einer erheblichen Verbesserung des haftungsrechtlichen Schutzes potentiell Geschädigter.

Das Protokoll besteht aus einer Präambel, in der die Vertragsparteien den Wunsch ausdrücken, das Pariser Übereinkommen zu ändern, sowie aus den Abschnitten I und II.

Abschnitt I enthält 27 mit Großbuchstaben bezeichnete Änderungsartikel des Pariser Übereinkommens; in Abschnitt II sind die üblichen Schlussklauseln internationaler Übereinkommen aufgenommen.

B. Zu den einzelnen Abschnitten des Protokolls

Zu Abschnitt I Buchstabe A

Die Bestimmung ändert die Begriffsdefinition in folgenden Punkten:

In Artikel 1 Abs. a Ziffer i wird der zweite Halbsatz des bisherigen Begriffs „nukleares Ereignis“, der den Ursprung des nuklearen Schadens benennt, gestrichen und sein Inhalt in die neue Definition „nuklearer Schaden“ übernommen (Artikel 1 Abs. a Ziffer vii – neu –; vgl. Abschnitt I Buchstabe B). Die Ersetzung des Begriffs „Schaden“ im weiteren Text des Übereinkommens durch „nuklearer Schaden“ ist eine redaktionelle Anpassung an die neue Definition.

Die Begriffsbestimmung der Kernanlagen wurde erweitert um „Anlagen zur Entsorgung von Kernmaterialien“ sowie um „alle Reaktoren, Fabriken, Einrichtungen oder Anlagen, die außer Betrieb genommen werden“.

Zu Abschnitt I Buchstabe B

Die Bestimmung ergänzt den bisherigen Begriffskatalog des Artikels 1 des Übereinkommens um die Definition der Begriffe „nuklearer Schaden“, „Maßnahmen zur Wiederherstellung“, „Vorsorgemaßnahmen“ und „angemessene Maßnahmen“.

Der bisherige Artikel 3 des Übereinkommens sah eine Haftung des Anlageninhabers für Personenschäden und Schäden an oder Verlust von Vermögenswerten vor. Der neue Schadensbegriff erweitert den Umfang des zu ersetzenden Schadens gemäß den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Abs. a Ziffer vii Nr. 3 bis 6.

Der Ersatz der dort genannten Schadenstypen steht unter dem Vorbehalt des nationalen Rechts des zuständigen Gerichts. Das bedeutet, dass die Vertragsstaaten in ihren nationalen Gesetzgebungen grundsätzlich diese

Schadenstypen in die Ersatzpflicht des Inhabers einbeziehen müssen, aber frei sind, ihren Umfang nach Maßgabe des nationalen Rechts zu bestimmen.

Nummer 3 sieht den Ersatz des wirtschaftlichen Verlusts vor, soweit er nicht bereits in den Nummern 1 und 2 geregelt ist. Voraussetzung für die Entschädigung ist, dass der Schaden unmittelbar aus der Verletzung der Person oder des Eigentums resultiert. Letzteres kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn ein Fabrikinhaber Einkommensverluste hinnehmen muss, weil der Betrieb wegen Beschädigung der Anlage eingestellt werden muss.

Gemäß Nummer 4 besteht die Verpflichtung, die Kosten für Maßnahmen zur Wiederherstellung geschädigter Umwelt zu ersetzen, sofern diese Schädigung nicht unbeträchtlich ist und wenn solche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden oder ergriffen werden sollen und ferner, soweit diese Kosten nicht bereits durch Entschädigung des Verlusts von Vermögenswerten nach Nummer 2 erfasst sind. Der Begriff „Maßnahmen zur Wiederherstellung“ ist in Ziffer viii definiert. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, die von den zuständigen Behörden des Staates, in dem sie ergriffen wurden, genehmigt und auf eine Wiederherstellung oder Erneuerung geschädigter oder zerstörter Teile der Umwelt gerichtet sind. Der Staat, in dem der Schaden eingetreten ist, legt fest, wer befugt ist, solche Maßnahmen zu ergreifen.

Gemäß Nummer 5 besteht die Verpflichtung, Einkommensverluste aus einem unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse an der Nutzung oder dem Genuss der Umwelt, die infolge einer beträchtlichen Umweltschädigung eingetreten sind, auszugleichen. Erfasst wird hierdurch etwa der wirtschaftliche Schaden des Inhabers eines Hotels, das am Strand gelegen ist und nicht mehr besucht wird, weil der Strand kontaminiert ist.

Nummer 6 zählt zu den Schäden, für die Ersatz verlangt werden kann, auch die Kosten für Vorsorgemaßnahmen und andere Nachteile infolge solcher Maßnahmen. Nach dem bisherigen Recht galt dies lediglich für die Kosten solcher Maßnahmen, die nach Eintritt eines nuklearen Ereignisses zur Schadensminderung ergriffen wurden. Nach der Begriffsbestimmung in Ziffer ix sind nunmehr auch die Kosten solcher Maßnahmen zu ersetzen, die nach einem nuklearen Ereignis, das zu einer unmittelbaren Gefahr eines nuklearen Schadens führt, ergriffen werden, um den Eintritt des Schadens zu verhindern. Besteht für solche Maßnahmen nach nationalem Recht ein Genehmigungsvorbehalt, ist dieser zu beachten.

In Ziffer x wird der Begriff „angemessene Maßnahmen“ definiert, der in den Begriffsbestimmungen „Maßnahmen zur Wiederherstellung“ und „Vorsorgemaßnahmen“ verwendet wird. Es muss sich dabei um Maßnahmen handeln, die nach dem Recht des zuständigen Gerichts als geeignet und verhältnismäßig gelten, wobei alle Umstände berücksichtigt werden, wie z. B. Art und Umfang des Schadens, die Erfolgsaussicht, die zum Zeitpunkt des Ergreifens solcher Maßnahmen besteht, und schließlich auch zweckdienliches wissenschaftliches und technisches Fachwissen. Maßgeblich zur Bestimmung des Begriffs „angemessene Maßnahmen“ ist somit der Zeitpunkt, zu dem die Maßnahmen ergriffen werden („ex ante“), und nicht der Zeitpunkt, zu dem das Gericht über die Angemessenheit der Maßnahmen urteilt („ex post“).

Zu Abschnitt I Buchstabe C

Der neue Artikel 2 erweitert den territorialen Anwendungsbereich des Übereinkommens. Bisher erstreckte sich der Anwendungsbereich auf nukleare Ereignisse oder Schäden im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates und – zwei Empfehlungen des Direktionsausschusses von 1968 und 1971 folgend – zusätzlich auf nukleare Ereignisse auf Hoher See und dort eingetretene nukleare Schäden [NE/M(68)1] sowie auf Schäden im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates oder auf Hoher See an Bord eines in einem Vertragsstaat registrierten Schiffes, auch wenn das nukleare Ereignis in einem Nichtvertragsstaat eingetreten ist [NE/M(71)1].

Nunmehr wird das Übereinkommen unabhängig vom Ort des nuklearen Ereignisses auf nukleare Schäden angewendet, die im Hoheitsgebiet oder in den völkerrechtlich festgelegten Meereszonen eines Vertragsstaates oder an Bord eines in dem Vertragsstaat registrierten Schiffes oder Luftfahrzeugs eintreten. Es gilt ferner für einen Nichtvertragsstaat, sofern dieser eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllt:

(1) Er ist Vertragsstaat des Wiener Übereinkommens und – ebenso wie der Staat des haftpflichtigen Inhabers der Kernanlage – des Gemeinsamen Protokolls.

(2) Er besitzt keine Kernanlage in seinem Hoheitsgebiet oder in seinen völkerrechtlich festgelegten Meereszonen.

(3) Er hat, sofern er in seinem Hoheitsgebiet oder seinen Meereszonen eine Kernanlage hat, zum Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses eine Gesetzgebung über die Haftung für nukleare Schäden in Kraft gesetzt, die gleichwertige Ersatzleistung auf Grundlage der Gegenseitigkeit bietet und die auf Grundsätzen beruht, die mit denen des Übereinkommens identisch sind.

Die unter (1) genannte Voraussetzung ist eine Folge der durch das Gemeinsame Protokoll geschaffenen Rechtslage: Die Vorteile des Pariser Übereinkommens sollen auch den Geschädigten in Vertragsstaaten des Wiener Übereinkommens zugute kommen und umgekehrt.

Die unter (2) genannte Voraussetzung berücksichtigt die Tatsache, dass von einem Nichtvertragsstaat, der keine Kernanlagen besitzt, kein nukleares Risiko ausgeht. Geschädigte in diesen Nichtvertragsstaaten würden daher unangemessen benachteiligt, wenn sie ohne Schadensersatzanspruch gegen den Anlageninhaber des Staates blieben, in dem das nukleare Ereignis eingetreten ist.

Die unter (3) genannten Voraussetzungen beruhen auf der Überlegung, dass Nichtvertragsstaaten, die ihrerseits angemessene Haftungsvorschriften für nukleare Schäden, die von ihren Kernanlagen verursacht werden, im Verhältnis zu den Vertragsstaaten bereithalten, nicht von einer Entschädigung ausgeschlossen werden dürfen.

Die bisher den Vertragsparteien eingeräumte Möglichkeit, einen größeren Anwendungsbereich des Übereinkommens vorzusehen, bleibt erhalten (Artikel 2 Abs. b).

Zu Abschnitt I Buchstabe D

Die Änderungen des Artikels 3 sind redaktionelle Folgeänderungen zur Einführung der neuen Definition „nuklearer Schaden“. Der Haftungsausschluss für Schäden an der Kernanlage selbst und anderen Kernanlagen auf demselben Gelände, einschließlich Kernanlagen während der Errichtung, bleibt unverändert bestehen.

Zu Abschnitt I Buchstabe E

Die Haftpflicht des Inhabers einer Kernanlage für Schäden, die während der Beförderung von Kernmaterialien verursacht werden, bleibt durch das Änderungsprotokoll unberührt. Die Regelung des Artikels 4 wird jedoch um eine Bestimmung ergänzt, die eine Übertragung der Haftung auf den Inhaber einer anderen Kernanlage nur zulässt, wenn dieser ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse an den beförderten Kernmaterialien hat (Absatz c). Die bisherige Praxis hat gezeigt, dass einige Inhaber von Kernanlagen in Staaten, die relativ niedrige Haftungssummen für Beförderungen vorsehen, die Haftung übernommen haben, obwohl sie an den Beförderungen keinerlei wirtschaftliches Interesse hatten. Hintergrund waren die niedrigen Versicherungsprämien, die sich in entsprechend reduzierten Beförderungskosten niederschlugen. Eine solche für mögliche Geschädigte nicht ohne weiteres erkennbare Fallgestaltung macht die Rechtslage unübersichtlich, erschwert die Geltendmachung von Ersatzansprüchen und ist unvereinbar mit dem Geist des Übereinkommens, das u. a. durch die Kanalisierung der Haftung und der Haftpflichtprozesse größtmögliche Rechtsklarheit anstrebt.

Zu Abschnitt I Buchstabe F

Die Änderungen in der französischen und englischen Fassung des Artikels 5 Abs. d dienen der Angleichung der beiden Texte. Auf die deutsche Fassung hat dies keine Auswirkungen. Hier wie in Artikel 5 Abs. b erfolgt lediglich eine begriffliche Anpassung an die neue Definition „nuklearer Schaden“.

Zu Abschnitt I Buchstabe G

Bei den Änderungen in Artikel 6 Abs. c handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen.

Der bisherige Artikel 6 Abs. e wird ersatzlos gestrichen. Nach dieser Vorschrift gingen Ansprüche, die lediglich wegen der bisherigen territorialen Begrenzung des Anwendungsbereichs des Pariser Übereinkommens nicht gegen den haftenden Inhaber der Anlage unmittelbar geltend gemacht werden konnten, auf Personen über, die den Schaden ersetzt und die ihre geschäftliche Hauptniederlassung im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei hatten. Mit der Ausweitung des territorialen Anwendungsbereichs (Artikel 2) ist diese Vorschrift überflüssig geworden.

Artikel 6 Abs. e – neu – bestimmt, dass ein Anlageninhaber von seiner Ersatzpflicht gegenüber einem Geschädigten, der den nuklearen Schaden in Schädigungsabsicht oder grob fahrlässig herbeigeführt hat, befreit werden kann, sofern das nationale Recht diese Möglichkeit vorsieht. Eine entsprechende Regelung findet sich auch in Artikel IV Abs. 2 des Wiener Übereinkommens.

Gemäß Artikel 6 Abs. g – neu – steht dem Geschädigten, der den Schaden in Schädigungsabsicht verursacht hat, gegen den Anlageninhaber kein Rückgriffsrecht nach Absatz d zu.

Zu Abschnitt I Buchstabe H

Die wichtigsten Änderungen des Übereinkommens sind die Erhöhung der Haftungssumme auf einen Mindestbetrag von 700 Millionen Euro und die Umstellung der Währungseinheit von SZR auf Euro, Artikel 7 Abs. a.

Bislang sah das Übereinkommen einen Höchstbetrag von 15 Millionen SZR vor; diese Summe wurde durch die Empfehlung des Direktionsausschusses [NE/M(90)1] von 1990 auf 150 Millionen SZR angehoben. Die bisherigen Summen orientierten sich an der in den Vertragsstaaten unterschiedlich ausgeprägten Leistungsfähigkeit der Versicherungsmärkte. Da deren Kapazitäten mittlerweile gewachsen sind, konnten sich die Vertragsparteien auf 700 Millionen Euro als Mindesthaftungssumme verständigen. Die Erhöhung ist auch deshalb erforderlich, weil durch den erweiterten Anwendungsbereich und den neuen Schadensbegriff im Schadensfall gegebenenfalls größere Entschädigungssummen erforderlich sind.

Besonders hervorzuheben ist die Ersetzung der bisherigen Höchstsummenregelung durch eine verbindliche Mindestsummenregelung. Mit dieser konzeptionellen Änderung wird klargestellt, dass die Festsetzung einer unbegrenzten Haftung mit dem Übereinkommen vereinbar ist. Ebenso wie bereits das Wiener Übereinkommen erlaubt nunmehr zweifelsfrei auch das Pariser Übereinkommen, dass das nationale Recht eine unbegrenzte Haftung des Anlageninhabers vorsieht.

Die Mindesthaftungssumme für Kernanlagen mit geringem Risiko wurde auf 70 Millionen Euro und für die Beförderung von Kernmaterialien auf 80 Millionen Euro angehoben, Artikel 7 Abs. b; bisher lag die Mindestgrenze für beide Fallgruppen bei 5 Millionen SZR. Sollte ein nuklearer Schaden diese Mindestsummen überschreiten, ist die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers liegt, verpflichtet, den weitergehenden Schaden bis zur Höhe der Referenzsumme (700 Millionen Euro) zu ersetzen, vgl. hierzu Artikel 10 Abs. c.

Das Sonderziehungsrecht als Rechnungseinheit des Internationalen Währungsfonds ist als Währungskorb konstruiert. Sein Wert errechnet sich aus den repräsentativen Wechselkursen für die einzelnen im Korb enthaltenen Währungen und unterliegt damit täglichen Schwankungen. Das Risiko von Wechselkursschwankungen wird mit der Umstellung auf den Euro als Währungseinheit des Pariser Übereinkommens erheblich reduziert, wodurch möglicherweise auch die Deckung, die durch eine Haftpflichtversicherung erbracht wird, für höhere Haftungssummen leichter zu erhalten ist.

Nach Artikel 7 Abs. c – neu – darf der Ersatz von Schäden an Beförderungsmitteln nicht bewirken, dass die Haftung des Anlageninhabers für andere Schäden 80 Millionen Euro unterschreitet; damit wurde die bisherige Mindestsumme von 5 Millionen SZR erheblich angehoben.

Der neu eingefügte Artikel 7 Abs. g erlaubt den Vertragsparteien, Haftungsbeträge unterhalb der Referenzsumme von 700 Millionen Euro in solchen Fällen festzusetzen, in denen Nichtvertragsstaaten, auf die das Übereinkommen

gemäß Artikel 2 Abs. a Ziffer iv anwendbar ist, in ihrer nationalen Gesetzgebung keine Leistungen in Höhe der Referenzsumme auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gewähren.

Der neu angefügte Artikel 7 Abs. j schließlich enthält eine Regelung zur Verfahrenserleichterung zugunsten der Geschädigten. Danach haben die Vertragsparteien sicherzustellen, dass Geschädigte ihre Ansprüche in einem einzigen Verfahren geltend machen können, und zwar auch dann, wenn neben dem haftenden Inhaber auch der Staat zur Entschädigungsleistung herangezogen werden kann (vgl. Artikel 10 Abs. c). Eine ähnliche Regelung enthält auch das geänderte Wiener Übereinkommen.

Von einigen redaktionellen Anpassungen abgesehen, bleiben die übrigen Vorschriften des alten Artikels 7 unverändert. Die Absätze d bis f entsprechen den bisherigen Absätzen d bis f; Absatz h entspricht dem bisherigen Absatz g und Absatz i dem bisherigen Absatz b Satz 3.

Zu Abschnitt I Buchstabe I

Die durch ein nukleares Ereignis eintretenden Gesundheitsschäden können sich noch viele Jahre nach dem Unfall als Spätfolgen manifestieren. Das Interesse der Geschädigten verlangt deshalb möglichst lange Fristen für die Geltendmachung der Ansprüche. Dies berücksichtigt der neue Artikel 8 Abs. a, der – wie auch das geänderte Wiener Übereinkommen – die Verjährungs- oder Ausschlussfrist bei Klagen wegen Tötung oder Verletzung eines Menschen von zehn auf dreißig Jahre verlängert. Die Zehnjahresfrist bei Klagen wegen anderer Schäden bleibt dagegen erhalten. Wie bisher sind auch längere Fristen unter der Voraussetzung möglich, dass die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers liegt, für den Verlängerungszeitraum Maßnahmen zur Deckung der Haftpflicht des Inhabers getroffen hat (Absatz b) und dass die innerhalb der Dreißig- bzw. Zehnjahresfrist erhobenen Ansprüche Vorrang haben (Absatz c).

Nach dem bisherigen Artikel 8 Abs. c konnten die Vertragsparteien eine Ausschluss- oder Verjährungsfrist von mindestens zwei Jahren von dem Zeitpunkt an setzen, zu dem der Geschädigte Kenntnis von dem Schaden und von dem haftenden Anlageninhaber hatte oder haben musste. Diese Mindestfrist wird in Absatz d – neu – auf drei Jahre erhöht und entspricht damit der Regelung in Artikel 7 des Brüsseler Zusatzübereinkommens.

Der bisherige Artikel 8 Abs. b wird ersatzlos gestrichen; er legte eine gesonderte Ausschlussfrist bei Schäden fest, die durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen verursacht wurden, die zum Zeitpunkt des Ereignisses gestohlen, verloren oder über Bord geworfen waren oder deren Besitz aufgegeben war. Die dort genannten Fälle dürften so selten auftreten, dass es nicht notwendig erscheint, hierfür eine spezielle Ausschlussfrist beizubehalten.

Von einigen redaktionellen Änderungen abgesehen, bleiben die übrigen Bestimmungen des alten Artikels 8 unverändert; die Absätze e und f entsprechen hierbei den bisherigen Absätzen d und e.

Zu Abschnitt I Buchstabe J

Artikel 9 bestimmt den Haftungsausschluss für bestimmte Ereignisse, die auf höhere Gewalt zurückzuführen sind. Der bisherige Ausschlussgrund „schwere Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art“ entfällt nunmehr, weil Kernanlagen so gebaut und erhalten werden können, dass sie solchen Katastrophen standhalten.

Zu Abschnitt I Buchstabe K

Zu den tragenden Grundsätzen des Pariser Übereinkommens gehört die Kongruenz von Haftung und Deckung. Der haftpflichtige Inhaber der Kernanlage muss somit grundsätzlich Deckungsvorsorge in der Höhe seiner Haftung nachweisen. Der durch das Protokoll neu gefasste Artikel 10 Abs. a bestätigt diesen Grundsatz.

Da das Änderungsprotokoll nunmehr allerdings auch eine unbegrenzte Haftung ausdrücklich zulässt, muss die Neuregelung dies berücksichtigen: Eine Kongruenz von Haftung und Deckung kann es bei unbegrenzter Haftung nicht geben, da eine unbegrenzte Deckung nicht möglich ist; alle Vermögenswerte der Welt sind begrenzt. Aus diesem Grund sieht Absatz b des neu gefassten Artikels 10 vor, dass die Gesetzgebung der Vertragsparteien, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers liegt, einen Höchstbetrag für die finanzielle Sicherheit des Inhabers festzulegen hat, der die Referenzbeträge in Artikel 7 Abs. a oder b nicht unterschreiten darf. Das bedeutet, die Deckungsvorsorge darf für Kernanlagen den Referenzbetrag von 700 Millionen Euro nicht unterschreiten; in den Fällen des Artikels 7 Abs. b darf die Deckungsvorsorge den dort festgelegten Betrag von 80 Millionen Euro für Beförderungen und 70 Millionen Euro für Anlagen mit geringem Risiko nicht unterschreiten.

In Anlehnung an eine im Wiener Übereinkommen existierende Bestimmung enthält Artikel 7 Abs. c des Übereinkommens die Verpflichtung des Anlagenstaates, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, wenn die Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit des Inhabers entweder zur Schadensersatzleistung nicht zur Verfügung steht oder aber nicht ausreicht. Die staatliche Eintrittspflicht darf den in Artikel 7 Abs. a des Übereinkommens festgelegten Betrag von 700 Millionen Euro nicht unterschreiten; in den Fällen, in denen Vertragsstaaten von den Möglichkeiten des Artikels 21 Abs. c für eine Übergangsfrist Gebrauch machen, darf die staatliche Eintrittspflicht den dort festgesetzten Betrag nicht unterschreiten. Diese Neuregelung bedeutet eine wesentliche Verbesserung des Opferschutzes, da sie Entschädigung bis zum Referenzbetrag auch in den Fällen garantiert, in denen aus der Deckungsvorsorge des Inhabers kein Ersatz geleistet werden kann.

Von redaktionellen Anpassungen abgesehen, bleiben die bisherigen Regelungen des Artikels 10 unverändert; dabei entspricht Absatz d dem bisherigen Absatz b und Absatz e dem bisherigen Absatz c.

Zu Abschnitt I Buchstabe L

Bisher wurde in Artikel 12 auf Artikel 7 Abs. g verwiesen. Als Folge der Änderung von Artikel 7 wird in Artikel 12 nun auf Artikel 7 Abs. h verwiesen.

Zu Abschnitt I Buchstabe M

Artikel 13 des Pariser Übereinkommens bestimmt, dass die Gerichte derjenigen Vertragspartei zuständig sind, in deren Hoheitsgebiet das nukleare Ereignis eingetreten ist. In Fällen, in denen ein nukleares Ereignis außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien eingetreten ist, oder in Fällen, in denen der Ort des nuklearen Ereignisses nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann, sind die Gerichte der Vertragspartei zuständig, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers liegt. Diese Gerichtsstandsregelung ist spiegelbildlich deckungsgleich mit der Regelung des Wiener Übereinkommens. Sie soll sicherstellen, dass bei einem nuklearen Schaden die Haftungsregeln einheitlich angewendet und insbesondere die zur Verfügung stehenden Haftungssummen unter allen Opfern nach gleichen Maßstäben verteilt werden. Die Konzentrierung der gerichtlichen Zuständigkeit auf die Gerichte eines Vertragsstaates bildet eine tragende Säule im internationalen System der Nuklearhaftung.

In Anlehnung an eine entsprechende Vorschrift im Wiener Übereinkommen legt der neue Artikel 13 Abs. b Satz 1 die Zuständigkeit der Gerichte derjenigen Vertragspartei fest, in deren ausschließlicher Wirtschaftszone ein nukleares Ereignis stattgefunden hat, sofern die betroffene Vertragspartei dem Generalsekretär der Organisation vor Eintritt des nuklearen Ereignisses ein solches Gebiet notifiziert hat. Dies gilt auch dann, wenn keine ausschließliche Wirtschaftszone festgelegt wurde, das nukleare Ereignis jedoch innerhalb der Grenzen einer gedachten ausschließlichen Wirtschaftszone eintritt. Diese Vorschrift passt Artikel 13 an die neueren Entwicklungen des internationalen Seerechts an und zielt ausdrücklich nur auf die Festlegung der gerichtlichen Zuständigkeit für Entschädigungsforderungen, die sich aus einem nuklearen Ereignis ergeben. Daher wird in Artikel 13 Abs. b Satz 2 und Absatz e klargestellt, dass die Notifizierung einer ausschließlichen Wirtschaftszone an den Generalsekretär oder die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dieser Vorschrift weder Rechte noch Pflichten im Hinblick auf die Abgrenzung von Meereszonen zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder angrenzenden Küsten schafft. Der Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone bestimmt sich nach den Artikeln 55 ff. des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 1798). Tritt ein nukleares Ereignis in einer Meereszone ein, deren Abgrenzung umstritten ist, sieht Artikel 13 Abs. d ferner die Zuständigkeit der Gerichte derjenigen Vertragspartei vor, die mit dem nuklearen Ereignis am unmittelbarsten verbunden und von den Folgen am meisten betroffen ist.

Nach dem Vorbild einer entsprechenden Regelung im Wiener Übereinkommen wird in Artikel 13 ein neuer Absatz g eingefügt. Diese Vorschrift bestimmt, dass die Vertragspartei, deren Gerichte für Schadensersatzklagen wegen nuklearen Schadens zuständig sind, sicherstellt, dass der Staat für die geschädigte Person mit deren Einwilligung Klage erheben kann, wenn die geschädigte Person diesem Staat angehört oder ihren Wohnsitz oder Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Staates hat. Absatz g verpflichtet die Vertragsparteien außerdem, die Klagebefugnis derjenigen Person sicherzustellen, die Rechte aus dem Übereinkommen durch Abtretung oder Übergang erworben hat. Beide Regelungen dienen dazu, der geschädigten Person das Verfahren zur Durchsetzung ihrer Ansprüche zu erleichtern.

Gemäß Artikel 13 Abs. h hat die Vertragspartei, deren Gerichte gemäß dem Übereinkommen zuständig sind, sicherzustellen, dass nur eines ihrer Gerichte für Entscheidungen über den Ersatz von nuklearem Schaden zuständig ist, wobei die Auswahlkriterien durch die innerstaatliche Gesetzgebung dieser Vertragspartei festgelegt werden. Die Konzentrierung der Haftpflichtprozesse wird damit weiter verstärkt und so auch die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen erleichtert. Die Neuregelung macht aber zugleich das Haftungs- und Prozessrisiko für den haftpflichtigen Inhaber der Kernanlage übersichtlicher. Sie entspricht der Fassung der Gerichtsstandsregelung im geänderten Wiener Übereinkommen. Der Direktionsausschuss hatte darüber hinaus schon durch die Empfehlung von 1990 [NE/M(90)2] eine Konzentrierung auf ein einziges Gericht zu erreichen versucht; zahlreiche Vertragsstaaten waren dieser Empfehlung bereits gefolgt.

Jeweils redaktionell modifiziert entspricht Absatz a dem bisherigen Absatz a, Absatz c dem bisherigen Absatz b und Absatz f dem bisherigen Absatz c; wörtlich stimmt Absatz i mit dem bisherigen Absatz d und Absatz j mit dem bisherigen Absatz e überein.

Zu Abschnitt I Buchstabe N

Artikel 14 Abs. b bestimmt die *lex fori* zu dem ergänzend zu den Vorschriften des Pariser Übereinkommens anwendbaren innerstaatlichen Recht und definiert zu diesem Zweck die Begriffe „innerstaatliches Recht“ und „innerstaatliche Gesetzgebung“. Die Vorschrift wird dahin geändert, dass Kollisionsrecht, das sich auf Ansprüche aufgrund eines nuklearen Ereignisses bezieht, von der Definition „innerstaatliches Recht“ und „innerstaatliche Gesetzgebung“ künftig ausgenommen wird. Dies entspricht der neueren Tendenz im Internationalen Privatrecht, ohne jedoch dem zuständigen Gericht das Recht zu nehmen, Fragen des Internationalen Privatrechts zu entscheiden, die nicht durch die Anwendung der Rechtsregeln nach dem Pariser Übereinkommen entschieden werden.

Zu Abschnitt I Buchstabe O

Gemäß Artikel 15 Abs. a des Pariser Übereinkommens ist es den Vertragsparteien gestattet, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den im Pariser Übereinkommen vorgesehenen Entschädigungsbetrag zu erhöhen. Gemäß Artikel 15 Abs. b in der ursprünglichen Fassung des Übereinkommens konnte in diesem Fall von den Bestimmungen des Übereinkommens abgewichen werden, wenn der Schadensersatz den Betrag von 5 Millionen SZR überstieg und aus öffentlichen Mitteln gewährt wurde. Das Änderungsprotokoll ändert diese Vorschrift in zweierlei Hinsicht: Der Betrag von 5 Millionen SZR wird durch 700 Millionen Euro ersetzt; die Begrenzung auf Ersatzleistung aus öffentlichen Mitteln wird gestrichen. Die Vertragsstaaten waren der Ansicht, dass es keinen Unterschied machen könne, ob Entschädigung aus öffentlichen oder aus privaten Mitteln geleistet wird.

Zu Abschnitt I Buchstabe P

Der neue Artikel 16bis enthält den klarstellenden Hinweis, dass etwaige völkerrechtliche Ersatzansprüche der Vertragsparteien von der zivilrechtlichen Haftung für nukleare Schäden nach dem Pariser Übereinkommen unberührt

bleiben. Eine entsprechende Regelung war bisher im Anhang II des Pariser Übereinkommens enthalten. Die Formulierung wurde an den Wortlaut der korrespondierenden Bestimmung im Wiener Übereinkommen angepasst.

Zu Abschnitt I Buchstabe Q

Artikel 17 regelt das Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten über Auslegung oder Anwendung des Pariser Übereinkommens. Während solche Streitigkeiten bisher vom Direktionsausschuss zu prüfen waren, sollen die Streitparteien nunmehr versuchen, ihre Meinungsverschiedenheiten einvernehmlich innerhalb von sechs Monaten beizulegen. Misslingt dieser Versuch, treffen sich alle Vertragsparteien, um die Streitparteien bei einer gütlichen Einigung zu unterstützen, Artikel 17 Abs. a und b. Wird die Streitigkeit nicht innerhalb von drei Monaten nach Zusammenkunft aller Vertragsparteien beigelegt, kann – wie bisher – jede Streitpartei die Streitsache dem Europäischen Kernenergie-Gericht vorlegen, Artikel 17 Abs. c.

Der neue Artikel 17 Abs. d stellt klar, dass Streitigkeiten über die Festlegung von Seegrenzen nicht in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen. Diese Vorschrift korrespondiert mit der Regelung in Artikel 13 Abs. e.

Zu Abschnitt I Buchstabe R, S, T, W und X

Ohne inhaltliche Änderungen wird die Sprache der Artikel 18 bis 20 an die Terminologie der Wiener Vertragsrechtskonvention und die moderne Staatenpraxis angepasst.

Zu Abschnitt I Buchstabe U

Als neuer Absatz c wird in Artikel 21 – in Anlehnung an eine entsprechende Bestimmung im Wiener Übereinkommen – eine Übergangsvorschrift eingefügt. Sie erlaubt es Staaten, die dem Übereinkommen nach dem 1. Januar 1999 beigetreten sind oder beitreten möchten, die Haftung des Anlageninhabers für die Dauer von fünf Jahren (ab dem Datum der Annahme des Änderungsprotokolls) auf einen Betrag von 350 Millionen Euro zu begrenzen, sofern der Anlageninhaber zum Zeitpunkt des Beitritts nicht in der Lage ist, die Referenzsumme von 700 Millionen Euro (vgl. Artikel 7) aufzubringen.

Zu Abschnitt I Buchstabe V

Der neue Artikel 12 Abs. c sieht vor, dass sich die Vertragsparteien regelmäßig im Abstand von fünf Jahren (ab dem Datum der Annahme des Änderungsprotokolls) treffen, um über alle Probleme von gemeinsamem Interesse zu beraten, einschließlich der Frage einer Erhöhung der Beträge für Haftung und finanzielle Sicherheit.

Zu Abschnitt I Buchstabe Y

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen an den neu eingeführten Begriff „nuklearer Schaden“ (vgl. Abschnitt I Buchstabe B).

Zu Abschnitt I Buchstabe Z

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen in der englischen und französischen Fassung des Pariser Übereinkommens.

Zu Abschnitt I Doppelbuchstabe AA

Der Inhalt des bisherigen Anhangs II wurde in den neuen Artikel 16bis übernommen (vgl. Abschnitt I Buchstabe P); Anhang II konnte daher ersatzlos entfallen.

Zu Abschnitt II

Die Schlussbestimmungen des Änderungsprotokolls entsprechen denen der Änderungsprotokolle von 1964 und 1982.

Protokoll 2004 zum Brüsseler Zusatzübereinkommen

Das Protokoll zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 wurde am 12. Februar 2004 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt und am selben Tag von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Das Protokoll wird in Kraft treten, nachdem die in Abschnitt II Abs. e in Verbindung mit Artikel 21 des Brüsseler Zusatzübereinkommens festgelegten Voraussetzungen erfüllt sein werden.

A. Allgemeines zum Inhalt des Protokolls

Zeitgleich mit den Verhandlungen zur Revision des Pariser Übereinkommens nahmen auch die Vertragsparteien des Brüsseler Zusatzübereinkommens im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Beratungen zur Revision des Übereinkommens auf; die Revisionsarbeiten konnten ebenfalls im Februar 2002 inhaltlich abgeschlossen werden. Die Revision wurde notwendig, um die Vereinbarkeit des Übereinkommens mit dem Änderungsprotokoll zum Pariser Übereinkommen sicherzustellen.

Das dreistufige Entschädigungssystem des Brüsseler Zusatzübereinkommens wurde nicht verändert. Die bedeutsamsten Änderungen, die das Protokoll vorsieht, sind die Anhebung der Gesamtersatzleistung von bisher maximal 300 Millionen SZR auf 1 500 Millionen Euro und die Umstellung der Währungseinheit von SZR auf Euro. Die Erhöhung der Entschädigungssummen bedeutet – angesichts immer noch relativ niedriger Haftungshöchstgrenzen in einigen Vertragsstaaten – eine erhebliche Verbesserung des Nuklearhaftungsniveaus auf internationaler Ebene.

Das Protokoll besteht aus einer Präambel, in der die Vertragsparteien den Wunsch ausdrücken, das Brüsseler Zusatzübereinkommen zu ändern, sowie aus den Abschnitten I und II.

Abschnitt I enthält 22 mit Großbuchstaben bezeichnete Änderungsartikel des Brüsseler Zusatzübereinkommens; in Abschnitt II sind die üblichen Schlussklauseln internationaler Übereinkommen aufgenommen.

B. Zu den einzelnen Abschnitten des Protokolls

Zu Abschnitt I Buchstabe A

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, durch die der Hinweis auf das Pariser Übereinkommen um die Erwähnung des neuen Änderungsprotokolls ergänzt wird.

Zu Abschnitt I Buchstabe B

Artikel 2 regelt den sachlichen, territorialen und personellen Anwendungsbereich des Brüsseler Zusatzübereinkommens. Die Regelung bestätigt die bereits bestehende Akzessorietät des Übereinkommens zum Pariser Übereinkommen.

Hinsichtlich des sachlichen Anwendungsbereichs sieht das Änderungsprotokoll grundsätzlich keine materiellen Änderungen vor. Gemäß dem revidierten Artikel 2 ist das Brüsseler Zusatzübereinkommen anwendbar auf nuklearen Schaden, für den aufgrund des Pariser Übereinkommens der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei des Brüsseler Zusatzübereinkommens liegenden und für friedliche Zwecke bestimmten Anlage haftet. Die in der bisherigen Fassung des Artikels 2 Abs. a Ziffer i enthaltene Verweisung auf die Liste nach Artikel 13 des Brüsseler Zusatzübereinkommens ist gestrichen worden, da nach Ansicht der Vertragsparteien dieser Liste keine konstitutive Wirkung für die Entstehung von Ansprüchen nach dem Brüsseler Zusatzübereinkommen zukommen sollte. Die Gewährung ergänzender Entschädigungsleistungen aufgrund dieses Übereinkommens soll nicht davon abhängig sein, ob eine bestimmte Anlage versehentlich nicht gemeldet oder aus anderen Gründen nicht in die Liste aufgenommen worden ist.

Dagegen wird der territoriale Anwendungsbereich gegenüber dem bisherigen Recht hinsichtlich nuklearer Schäden, die in oder über den Meeresgebieten außerhalb des Küstenmeeres einer Vertragspartei eintreten, ausgedehnt (vgl. Artikel 2 Abs. a Ziffer ii).

Zum einen wird in diesem Bereich – unabhängig von der Nationalität des Geschädigten – ein nuklearer Schaden auch dann erfasst, wenn er nicht nur an Bord entstanden ist, sondern auch durch ein die Flagge einer Vertragspartei führendes Schiff oder ein im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registriertes Luftfahrzeug sowie auf einer der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei unterstehenden künstlichen Insel, Anlage oder Struktur oder durch eine solche Insel, Anlage oder Struktur. Ist der Geschädigte Angehöriger einer Vertragspartei, ist der Schaden auch dann zu ersetzen, wenn diese Voraussetzungen nicht vorliegen. Neu ist jedoch, dass die bisherige Einschränkung entfällt, wonach der Ersatz von Schäden an einem Schiff oder Luftfahrzeug nur möglich war, wenn dieses im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registriert war (vgl. Artikel 2 Abs. a Ziffer ii Nr. 2 und 3 – alt –). Schäden, die in oder über dem Küstenmeer eines Nichtvertragsstaates eingetreten sind, werden auch weiterhin nicht ersetzt (Artikel 2 Abs. a Ziffer ii letzter Halbsatz; vgl. den bisherigen Artikel 2 Abs. a). Der Bereich des Küstenmeeres bestimmt sich nach den Artikeln 2 bis 4 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982; die Souveränität eines Staates erstreckt sich hierbei auf das Küstenmeer sowie den Luftraum darüber und den Meeresboden und -untergrund des Küstenmeeres.

Zum anderen werden künftig auch Schäden ersetzt, die in oder über der ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf dem Festlandsockel einer Vertragspartei im Zusammenhang mit der Ausbeutung oder Erforschung der natürlichen Ressourcen dieser Bereiche entstanden sind (Artikel 2 Abs. a Ziffer ii). Die Bereiche der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels und die sich hierauf beziehenden Hoheitsbefugnisse bestimmen sich ebenfalls nach dem o. g. Seerechtsübereinkommen (Artikel 55 ff., 76 ff.); beide Bereiche beginnen jenseits des Küstenmeeres (s. o.). Mit der neuen Bestimmung werden Entwicklungen des internationalen Seerechts nachvollzogen, die bei Zustandekommen des Übereinkommens noch nicht zu berücksichtigen waren.

Schäden, die außerhalb des Hoheitsgebiets einer Vertragspartei eintreten bzw. außerhalb der Bereiche, für die einer Vertragspartei Hoheitsbefugnisse zustehen, werden nicht ersetzt. Dies entspricht der bisherigen Rechtslage und ist darauf zurückzuführen, dass die Entschädigungsleistungen nach dem Brüsseler Zusatzübereinkommen im Wesentlichen aus öffentlichen Mitteln erbracht werden und ihre Verwendung daher Opfern in solchen Staaten vorbehalten sein sollen, die dem Übereinkommen beigetreten sind.

Ohne inhaltliche Änderungen wurde die Sprache des Artikels 2 Abs. b an die Terminologie der Wiener Vertragsrechtskonvention und die moderne Staatenpraxis angepasst.

Artikel 2 Abs. c enthält geringfügige sprachliche Änderungen.

Zu Abschnitt I Buchstabe C

Artikel 3 regelt das 3-Tranchen-System der zusätzlichen Entschädigung nach dem Brüsseler Zusatzübereinkommen und legt die Haftungsbeträge der einzelnen Tranchen fest. Hierbei wird in Übereinstimmung mit dem Pariser Übereinkommen (vgl. den dortigen Artikel 7 Abs. a) die Währungseinheit von SZR auf Euro umgestellt. Die Summe der ersten Tranche wird grundsätzlich vom haftenden Anlageninhaber bereitgestellt. Die zweite Tranche wird aus öffentlichen Mitteln gedeckt, die vom Genehmigungsstaat aufzubringen sind, während die Vertragsparteien die öffentlichen Mittel der dritten Tranche im Schadensfall nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel (Artikel 12) gemeinsam aufbringen.

Zur Verbesserung des Opferschutzes sowie vor dem Hintergrund der erhöhten Haftung des Anlageninhabers nach dem Pariser Übereinkommen und der Einführung des Begriffs „nuklearer Schaden“ ist die Erhöhung der Entschädigungssummen, die nach den verschiedenen Tranchen aufzubringen sind, das wichtigste Anliegen des Änderungsprotokolls zum Brüsseler Zusatzübereinkommen. Der Gesamt(höchst)betrag wurde von 300 Millionen SZR auf 1 500 Millionen Euro angehoben, dieser Betrag verteilt sich auf die drei Tranchen wie folgt:

Die erste Tranche beträgt mindestens 700 Millionen Euro (vgl. Artikel 3 Abs. b Ziffer i; bisher mindestens 5 Millionen SZR) und entspricht damit dem Referenzbetrag gemäß Artikel 7 Abs. a des Pariser Übereinkommens. Diese Summe wird grundsätzlich durch private Mittel gedeckt. Unter den Voraussetzungen des neuen Artikels 10 Abs. c des Pariser Übereinkommens können jedoch auch öffentliche Mittel verwendet werden, die dann gleichwohl in Übereinstimmung mit dem Pariser Übereinkommen, z. B. unter den dortigen Voraussetzungen auch an Geschädigte in Nichtvertragsstaaten, verteilt werden müssen.

Die zweite Tranche (bisher 175 Millionen SZR) beträgt 500 Millionen Euro (Differenzbetrag zwischen erster Tranche = 700 Millionen Euro und 1 200 Millionen Euro; vgl. Artikel 3 Abs. b Ziffer ii). Diese Summe ist grundsätzlich durch öffentliche Mittel bereitzustellen. Die Vertragsstaaten jedoch, in denen die Haftung des Anlageninhabers über der Referenzsumme von 700 Millionen Euro liegt oder unbegrenzt ist, können diese privaten Mittel zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus Artikel 3 Abs. b Ziffer ii nutzen. Diese privaten Mittel sind gleichwohl in Übereinstimmung mit dem Brüsseler Zusatzübereinkommen zu verteilen, also innerhalb des Anwendungsbereichs, der gegenüber dem Pariser Übereinkommen eingeschränkt ist.

Die dritte Tranche (bisher 125 Millionen SZR) beträgt 300 Millionen Euro (vgl. Artikel 3 Abs. b Ziffer iii; Differenzbetrag zwischen zweiter Tranche = 1 200 Millionen Euro und dem Gesamtbetrag von 1 500 Millionen Euro). Dieser Betrag wird im Falle des Beitritts eines Staates nach dem in Artikel 12bis festgelegten Aufbringungsschlüssel erhöht.

Artikel 3 Abs. c entspricht dem bisherigen Absatz c; dabei wurden redaktionelle Anpassungen an die neuen Vorschriften zu den Haftungssummen vorgenommen.

Artikel 3 Abs. d entspricht mit einer redaktionellen Anpassung dem bisherigen Absatz d.

Um zu gewährleisten, dass allen Vertragsparteien die gleichen Verpflichtungen auferlegt werden, wird mit Artikel 3 Abs. e eine neue Regelung eingefügt, die von demjenigen Staat, der dem Übereinkommen beitreten und von der Einstiegsphase nach Artikel 21 Abs. c des Pariser Übereinkommens Gebrauch machen möchte, verlangt, dass er die Verfügbarkeit der Mittel sicherstellt, die die Differenz zwischen der reduzierten Inhaberhaftung während der Einstiegsphase und der Referenzsumme von 700 Millionen Euro abdecken.

Artikel 3 Abs. f entspricht mit redaktionellen Änderungen dem bisherigen Absatz e.

Artikel 3 Abs. g entspricht mit redaktionellen Änderungen dem bisherigen Absatz f. In Absatz g Ziffer ii wird vor dem Hintergrund, dass die zweite Tranche gegebenenfalls auch durch private Mittel des Anlageninhabers gedeckt werden kann, klargestellt, dass Zinsen und Kosten nur insoweit zulasten des Vertragsstaates gehen, als dieser öffentliche Mittel auch tatsächlich bereitgestellt hat.

Artikel 3 Abs. h entspricht wörtlich dem bisherigen Absatz g Satz 2. Die Sätze 1 und 3 konnten als Folge der Umstellung der Währungseinheit von SZR auf Euro ersatzlos entfallen.

Zu Abschnitt I Buchstabe D

Der bisherige Artikel 4 nimmt von der Situation, dass mehrere Anlageninhaber gemeinsam und nebeneinander haften (vgl. Artikel 5 Abs. d des Pariser Übereinkommens) den Fall aus, dass von verschiedenen Vertragsparteien in ihrer Eigenschaft als Anlagenstaaten die Zuteilung öffentlicher Mittel nach der zweiten und dritten Tranche verlangt wird. Da sich dies jedoch bereits aus der Vorschrift des Artikels 5 Abs. d des Pariser Übereinkommens ergibt, konnte Artikel 4 gestrichen werden (siehe aber auch unten die Ausführungen zu Abschnitt I Buchstabe K).

Zu Abschnitt I Buchstabe E

Dem haftenden Inhaber einer Kernanlage steht unter den in Artikel 6 Abs. f des Pariser Übereinkommens genannten Voraussetzungen ein Rückgriffsrecht zu. Nach dem bisherigen Artikel 5 Abs. a des Brüsseler Zusatzübereinkommens hatte jede Vertragspartei die erforderlichen Rechtsvorschriften zu erlassen, damit diese Rückgriffsrechte ihr und den übrigen Vertragsparteien zugute kommen, soweit öffentliche Mittel im Rahmen der zweiten und dritten Tranche eingesetzt wurden. Nach Ansicht der

Vertragsparteien war die bisherige Regelung rechtssystematisch nicht eindeutig. Tatsächlich können die Staaten nicht über die Rückgriffsrechte des Inhabers einer Kernanlage verfügen, sondern das Übereinkommen muss ein selbständiges Rückgriffsrecht der Vertragsstaaten begründen. Dies ist mit der Neuformulierung geschehen. Den Vertragsparteien steht nach Artikel 5 dann ein Rückgriffsrecht zu, wenn ein solches Recht für den Inhaber der Kernanlage besteht und soweit öffentliche Mittel gemäß der zweiten und dritten Tranche des Brüsseler Zusatzübereinkommens bereitgestellt wurden.

Die nach dem bisherigen Artikel 5 Abs. b enthaltene Möglichkeit, in der innerstaatlichen Gesetzgebung Rückgriffsrechte gegen den Anlageninhaber im Hinblick auf die nach der zweiten und dritten Tranche bereitgestellten öffentlichen Mittel vorzusehen, sofern der Schaden auf einem dem Inhaber zurechenbaren Verschulden beruht, ist gestrichen worden. Die Vertragsparteien hielten ein solches Rückgriffsrecht für systemfremd.

Zu Abschnitt I Buchstabe F

Nach Artikel 6 werden für die Berechnung der im Rahmen der zweiten und dritten Tranche bereitzustellenden öffentlichen Mittel nur die Entschädigungsansprüche berücksichtigt, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Pariser Übereinkommens geltend gemacht werden. Insoweit enthält der neue Artikel 6 die notwendigen Anpassungen an die geänderten Verjährungsfristen nach Artikel 8 des Pariser Übereinkommens, er entspricht im Übrigen jedoch inhaltlich dem bisherigen Artikel 6 Satz 1, 3 und 4. Als Folgeänderung zur Streichung des Artikels 8 Abs. b des Pariser Übereinkommens entfällt der bisherige Artikel 6 Satz 2.

Zu Abschnitt I Buchstabe G

Die Verjährungsvorschrift des Artikels 7 entspricht mit redaktionellen Anpassungen an Artikel 8 Abs. d des Pariser Übereinkommens dem bisherigen Artikel 7.

Zu Abschnitt I Buchstabe H

Nach Artikel 8 Satz 1 besteht – wie bisher – grundsätzlich das Recht des Geschädigten auf vollständigen Schadensersatz. Satz 2 erlaubt den Vertragsparteien jedoch, angemessene Kriterien für eine gleichmäßige Verteilung festzusetzen, wenn die Schadenshöhe 1 500 Millionen Euro für Entschädigung gemäß dem geänderten Artikel 3 übersteigt oder zu übersteigen droht. Dies entspricht, angepasst an die höheren Entschädigungssummen, dem bisherigen Satz 2 Ziffer i. Satz 2 Ziffer ii konnte hingegen aus dem Grund entfallen, aus dem auch Artikel 4 gestrichen wurde. Satz 3 ist wortgleich mit dem bisherigen Satz 2 zweiter Halbsatz.

Zu Abschnitt I Buchstabe I

Die Änderungen in Artikel 9 Abs. a und b sind redaktioneller Art.

Artikel 9 Abs. c enthält eine der wesentlichen Verbesserungen des Brüsseler Entschädigungssystems. Die Bestimmung beseitigt nämlich eine bestehende Ungleichgewichtung zulasten jener Staaten, die im Interesse des Opferschutzes den Inhabern von Kernanlagen eine über die Referenzsumme des Artikels 7 des Pariser Übereinkommens hinausgehende oder unbegrenzte Haftung auferlegt hatten. Nach der bisherigen Fassung des Artikels 9 Abs. c konnten die Mittel nach der zweiten und der dritten Tranche erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die Mittel der ersten Tranche, also die Mittel des Inhabers, verbraucht waren. Das bedeutete, dass jedenfalls die Mittel der dritten Tranche für solche Staaten erst sehr viel später zur Verfügung standen als für Staaten, die niedrige Haftungssummen für den Inhaber der Kernanlage festgesetzt hatten. Nach der neuen Regelung werden die internationalen Mittel der dritten Tranche allen Vertragsparteien zum gleichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen, nämlich dann, wenn die Mittel der ersten und der zweiten Tranche, also 1 200 Millionen Euro, verbraucht sind. Dies ist unabhängig davon, ob noch Mittel des Inhabers vorhanden sind. Damit wird die bisherige Ungleichbehandlung beseitigt, die Staaten mit hoher oder unbegrenzter Haftung des Anlageninhabers wenig Anreiz zum Beitritt bot.

Zu Abschnitt I Buchstabe J

Artikel 10 entspricht dem bisherigen Artikel 10; die Verweisungen auf Artikel 3 sind den dortigen Änderungen angepasst.

Zu Abschnitt I Buchstabe K

Der neue Artikel 11 entspricht dem bisherigen Artikel 11, der die Erstattungspflicht zwischen verschiedenen Vertragsparteien regelt. Es wird jedoch ein neuer Absatz b eingefügt, der die Regelung des Artikels 11 Abs. a auf den zwar nicht sehr wahrscheinlichen, aber auch nicht gänzlich auszuschließenden Fall, dass mehr als eine Vertragspartei öffentliche Mittel nach der zweiten Tranche bereitstellen muss, für entsprechend anwendbar erklärt. Die Erstattung richtet sich dabei nach dem Ausmaß, in dem der Inhaber einer Kernanlage zu dem nuklearen Ereignis beigetragen hat.

Die übrigen Änderungen in Artikel 11 Abs. a und c sind redaktioneller Art.

Zu Abschnitt I Buchstabe L

In Artikel 12 ist die Methode zur Berechnung des finanziellen Beitrags festgelegt, den jede Vertragspartei zur dritten Tranche zahlen muss. Während sich der Aufbringungsschlüssel bisher gemäß Absatz a zu 50 Prozent nach dem Bruttosozialprodukt und zu 50 Prozent nach der thermischen Leistung der Reaktoren bestimmte, beruht der neue Aufbringungsschlüssel nunmehr zu 35 Prozent auf dem Bruttoinlandsprodukt und zu 65 Prozent auf der thermischen Leistung. Mit der stärkeren Gewichtung der thermischen Leistung wird die Tatsache berücksichtigt, dass das Gefährdungspotential, das von einem Vertragsstaat ausgeht, von der thermischen Leistung der dort vorhandenen Kernanlagen bestimmt wird. Die Umstellung vom Bruttosozialprodukt auf das Bruttoinlandsprodukt beruht auf der Erkenntnis, dass das Bruttoinlandsprodukt zunehmend internationalen Methoden statistischer Arbeiten zugrunde gelegt wird (zur Bestimmung des Bruttoinlandsprodukts vgl. Artikel 12bis Abs. b). Mit Blick auf die Bestimmung der jeweiligen Reaktorleistung sieht Absatz a Ziffer ii jetzt ausdrücklich vor, dass ein Reaktor außer Betracht bleibt, wenn sämtliche Kernbrennstoffe dauerhaft aus dem Reaktorkern entfernt und in Übereinstimmung mit anerkannten Verfahren sicher gelagert worden sind.

Zu Abschnitt I Buchstabe M

Bisher war die Höhe der dritten Tranche festgelegt, d. h. sie variierte nicht nach der Anzahl der Vertragsparteien. Der neu eingefügte Artikel 12bis ermöglicht nunmehr die Anhebung der dritten Tranche im Falle des Beitritts eines Staates zu dem Übereinkommen, wobei der Aufbringungsschlüssel für neue Vertragsparteien dem Aufbringungsschlüssel nach Artikel 12 entspricht (Absatz a). Durch die Anhebung wird der finanzielle Beitrag der jetzigen Vertragsparteien nicht berührt. Das Bruttoinlandsprodukt und die thermische Leistung der Reaktoren werden nach den für die jetzigen Vertragsparteien geltenden Kriterien bestimmt (vgl. Absätze c und d).

Zu Abschnitt I Buchstabe N

Artikel 13 Abs. a, f und i enthält Folgeänderungen zu Artikel 2 Abs. a Ziffer i, in dem die Bezugnahme auf Artikel 13 gestrichen wurde; aus diesem Grund mussten umgekehrt auch die Verweisungen in Artikel 13 auf Artikel 2 entfallen.

Ohne inhaltliche Änderungen wurde die Sprache des Artikels 13 Abs. b an die Terminologie der Wiener Vertragsrechtskonvention und die moderne Staatenpraxis angepasst.

Die übrigen Absätze sind unverändert.

Zu Abschnitt I Buchstabe O

Der bisherige Artikel 14 Abs. b bestimmte, dass Sonderregelungen, die Vertragsparteien im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2 und 9 des unrevidierten Pariser Übereinkommens getroffen haben, nur mit Zustimmung der Vertragsparteien des Zusatzübereinkommens genutzt werden konnten, um Mittel der zweiten und dritten Tranche anzufordern. Die Neuregelung passt die Bestimmung an die Änderungen der Artikel 2 und 9 des Pariser Übereinkommens an. Der in beiden Übereinkommen erweiterte territoriale Geltungsbereich macht nunmehr den Abruf der zweiten und dritten Tranche nur noch dann zustimmungspflichtig, wenn von der Erweiterung des Anwendungsbereichs nach Artikel 2 Abs. b des Pariser Übereinkommens Gebrauch gemacht wird.

Die bisherige Bezugnahme auf Artikel 9 des Pariser Übereinkommens wurde gänzlich gestrichen. Die ursprüngliche Fassung dieses Artikels erlaubte es den Vertragsstaaten, bezüglich schwerer Naturkatastrophen außergewöhnlicher Art Sonderregelungen zu treffen. Nukleare Schäden durch solche Ereignisse sind jedoch gemäß dem revidierten Artikel 9 des Pariser Übereinkommens kein Haftungsausschlussgrund mehr, sodass insoweit kein Bedürfnis nach einer Sonderregelung im Zusatzübereinkommen besteht.

Es wird ein neuer Absatz d angefügt. Danach ist es einer Vertragspartei gestattet, die nach der dritten Tranche bereitzustellenden Mittel zu verwenden, um eine etwaige Verpflichtung zur Entschädigung nuklearen Schadens nach einem anderen internationalen Übereinkommen zu erfüllen. Voraussetzung ist jedoch, dass alle Vertragsparteien auch diesem anderen Übereinkommen angehören. Mit dieser Bestimmung soll insbesondere sichergestellt werden, dass die Vertragsstaaten des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens auch dem noch nicht in Kraft getretenen Übereinkommen vom 12. September 1997 über zusätzliche Entschädigungsleistung für nuklearen Schaden beitreten können, ohne doppelt Beiträge zahlen zu müssen.

Die Absätze a und c sind unverändert aus der alten Fassung des Brüsseler Zusatzübereinkommens übernommen worden.

Zu Abschnitt I Buchstabe P

Artikel 15, der Regelungen über zusätzliche Entschädigungsabkommen zwischen Vertragsparteien und Nichtvertragsstaaten enthält, wird inhaltlich unverändert übernommen. Es wird lediglich die bisher in Absatz d geregelte Notifizierungspflicht als neuer Satz 2 dem Absatz a angefügt und in den Absätzen a und b eine kleine redaktionelle Änderung vorgenommen. Absatz c ist unverändert.

Zu Abschnitt I Buchstabe Q

Für das Streitbeilegungsverfahren wird der neue Artikel 17 Abs. a bis c des Pariser Übereinkommens wörtlich in Artikel 17 dieses Übereinkommens übernommen; insoweit wird auf die Ausführungen in der Denkschrift zum Protokoll 2004 zum Pariser Übereinkommen (Teil B Abschnitt I Buchstabe Q) verwiesen. Im neuen Absatz d wird darüber hinaus bestimmt, dass im Falle von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung beider Übereinkommen das Verfahren nach Artikel 17 des Pariser Übereinkommens durchzuführen ist, um für diesen Fall eine einheitliche Verfahrensgrundlage festzulegen.

Zu Abschnitt I Buchstabe R, S, T und U

Ohne inhaltliche Änderungen wird die Sprache der Artikel 18, 20, 21 und 25 an die Terminologie der Wiener Vertragsrechtskonvention und die moderne Staatenpraxis angepasst.

Ferner werden die Notifizierungsverpflichtungen des Depositars nach Artikel 25 erweitert. Künftig ist als Folge der neuen Bestimmung des Artikels 12bis im Falle des Beitritts eines Staates zum Übereinkommen auch die Höhe der Entschädigungssumme der dritten Tranche zu notifizieren.

Zu Abschnitt I Buchstabe V

Der Anhang zum Übereinkommen wird redaktionell an die Änderungen in den Artikeln 2 und 3 angepasst.

Zu Abschnitt II

Die Schlussbestimmungen des Änderungsprotokolls entsprechen denen der Änderungsprotokolle von 1964 und 1982.

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates

Der Nationale Normenkontrollrat hat die beiden Entwürfe eines Gesetzes zum Pariser Übereinkommen und zum Brüsseler Zusatzübereinkommen (Vertragsgesetz) sowie eines Zweiten Gesetzes zur Änderung haftungsrechtlicher Vorschriften des Atomgesetzes und der Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung und des Chemikaliengesetzes (Atomrecht-Haftungsnovelle 2007) auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Mit den vorliegenden Entwürfen werden keine Informationspflichten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung eingeführt, geändert oder abgeschafft.

Der Nationale Normenkontrollrat hat keine Bedenken gegen die Regelungsvorhaben.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 8340, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333